

NEUE ZEIT

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Berliner Str. 10/14
Fernruf 24 305

AUGUST 1980

31



WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

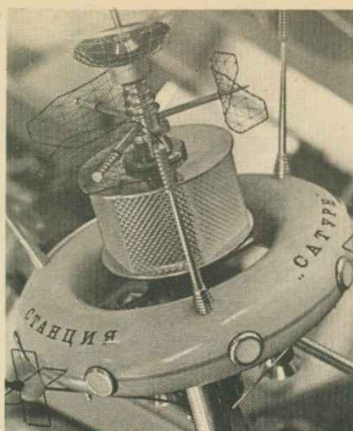


**ZUR ENTSPANNUNG
KEINE ALTERNATIVE**

Wenn man jung ist, da scheinen auch die unmöglichsten Ideen möglich. Aber das Leben zeigt, daß die unbegrenzte Jugendphantasie, wenn sie gesellschaftlich nützlichen Dingen gilt, durchaus reale Aufgaben von Bedeutung für den ganzen Staat lösen kann — so z. B. die Tätigkeit der jungen Ra-

tionalisatoren und Erfinder in der UdSSR. Über ihre Errungenschaften unterrichtet die in Moskau im Rahmen des Kulturprogramms der Olympiade '80 veranstaltete Ausstellung über das wissenschaftlich-technische Schaffen der Jugend. Über 20 Millionen Jungen und Mädchen nehmen in ihrer Freizeit an Erfindergruppen, -zirkeln, -klubs usw. teil, deren Gesamtzahl mehr als 360 000 beträgt.

Ein geräumiger Pavillon



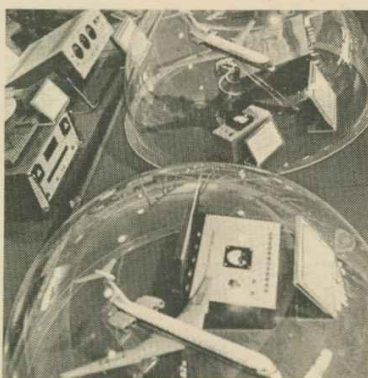
Modell der Raumstation „Saturn“

Ein Stanzautomat



Im Pavillon in der Leistungsschau der sowjetischen Volkswirtschaft beherbergt 10 000 Ausstellungsstücke, von Modellen galaktischer Schiffe bis zu Produktionsmustern von Erzeugnissen für die Urheberscheine ausgestellt wurden. Auf dem Freigelände sieht man Bautechnik, Landmaschinen, Flugzeuge, Hubschrauber, Renn- und Geländewagen: kühne ingenieurtechnische Lösungen, originelle Einfälle.

Das haben junge Maschinenbauer aus der CSSR geschickt



Diesen Wagen mit Sonnenbatterieantrieb haben mongolische Schulkinder geschickt

Neuartige Flugzeuggeräte

Gäste der Olympiade '80 aus Bulgarien in der Ausstellung

Fotos: A. Motschalin



„Elan und Begeisterung der Jugend für das Planjahrhundert der Effektivität und Qualität!“ — das könnte das Motto dieser anregenden Ausstellung sein.

Die Exponate berichten auch über Leistungen der jungen Rationalisatoren und Erfinder aus den anderen RGW-Ländern.

HIROSHIMA MAHNT

Vor 35 Jahren, am 6. August 1945 um 8 Uhr 15 morgens, legte eine amerikanische Atombombe Hiroshima in Schutt und Asche. Drei Tage später eine zweite auch Nagasaki. Beides war keine militärische Notwendigkeit, denn das Schicksal des militaristischen Japans war schon besiegelt. Mit dem Mord an 200 000 Menschen wollten die USA ihre militärische Macht demonstrieren, wollten sie die UdSSR und andere Länder schrecken.

„Wir haben dem Teufel die Arbeit abgenommen“, sagte der Vater der amerikanischen Atombombe, Oppenheimer, über diesen Vandalenakt. Um die Menschheit vor dem nuklearen Teufel zu retten, schlug die UdSSR 1946 vor, daß die Atomwaffen verboten und daß ihre Bestände vernichtet werden sollen. Diese radikale Maßnahme, die eine Wiederholung der Tragödie von Hiroshima und Nagasaki unmöglich gemacht hätte, fand bei der USA-Führung kein Verständnis. Sie hoffte, im Monopolbesitz einer solchen Waffe eine „Pax Americana“ auf Erden herstellen und den anderen Völkern ihren Willen diktieren zu können. Die UdSSR hatte keine Wahl, sie mußte die Herausforderung annehmen und für sich und ihre Bündnispartner einen Atomschirm schaffen.

Der jetzige Bestand an Atomwaffen hat die Stärke von 1,3 Mio Bomben der Art, wie sie Hiroshima zerstörten. Sie könnten alles Leben auf Erden 15mal auslöschen. Die „Washington Post“ schrieb: „Wir gehen über dünnes Eis und versuchen zu erkennen, wie dünn es ist und wann es bersten kann.“

Wer ist schuld daran, daß wir so gefährlich leben? Wenden wir uns den Tatsachen zu. Die erste Atombombe wurde von den USA gebaut. Die UdSSR dagegen schlug als erste vor, sie zu verbieten und zu vernichten. Washington baute den ersten strategischen Bomber, Moskau das erste Atomkraftwerk. Die USA entwickelten das erste atomare U-Boot, die UdSSR den ersten Atomeisbrecher.

Die westlichen Spitzenpolitiker reden öfter von der Gefährlichkeit der A-Waffen und behaupten, sie wollten die Welt vor einer Katastrophe bewahren. Absichten beurteilt man aber nicht nach Worten, sondern nach Taten. Als

Churchill erfuhr, daß die Atomspaltung gelungen war, rief er aus: „Wir besitzen eine Kenntnis, vor der die Menschheit durch ein barmherziges Geschick bewahrt geblieben war!“ Einige Jahre danach war er bereit, den USA seinen Segen zu einem Atomkrieg gegen die UdSSR zu geben. Truman schrieb am 25. Juli 1945 in sein Tagebuch: „Es ist bestimmt ein Glück für die Menschheit, daß die ‚schreckliche‘ Atombombe von den Amerikanern und nicht von den Russen entwickelt worden ist.“ Zehn Tage später „beglückte“ er Hiroshima und danach Nagasaki.

Soweit die Geschichte. Sie wiederholt sich leider. Wie vor 35 Jahren legt Washington es auf die militärische Überlegenheit über die UdSSR an. Heutzutage ist eine solche Überlegenheit aber ein Hirnespinnst, wovon sich die USA zur Genüge überzeugen konnten.

Soll das Gesagte heißen, daß keine Hoffnung besteht, den bösen Atomgeist in die Flasche zu bannen? Nein. Es ist ja gelungen, im Jahre 1963 den Vertrag über ein Verbot der Kernwaffenteste in Atmosphäre, Kosmos und unter Wasser zustande zu bringen. Warum sollte man sich heute nicht auf ein Verbot dieser Tests unter der Erde einigen können?

Der Vertrag von 1963 ist nicht der einzige Markstein auf dem Weg der Menschheit zur Bannung der Atomgefahr. Es gibt andere. So haben die Kernwaffenteste im Kosmos und auf dem Meeresgrund ein Ende. Vor zehn Jahren wurde diesen Waffen die Verbreitung über die Erde unmöglich gemacht: Im März 1970 trat der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen in Kraft, der vor allem eine Vergrößerung des „Kernklubs“ verhindern soll. Den Staaten, die solche Waffen haben, verbietet der Vertrag ihre Weitergabe an wen auch immer, und denen, die keine haben, sie zu erzeugen oder entgegenzunehmen. Gewisse Leute sahen darin eine Diskriminierung, was aber kaum begründet ist. Je weniger Nuklearstaaten es gibt, desto geringer ist die Gefahr, daß sich die Tragödie von Hiroshima und Nagasaki wiederholen könnte. Was die gemeinsame friedliche Atomenergienutzung betrifft, so ist sie sehr zu begrüßen.

Wichtig für die nukleare Abrüstung sind die SALT-Verträge. Sie sollen das Wettrüsten im gefährlichsten Bereich — im strategischen — abbremsen. Deshalb ist die Weltöffentlichkeit mit Recht besorgt darüber, daß Washington die Ratifizierung des SALT-II-Vertrags hinauszieht, daß der Westen mit der Schaffung kernwaffenfreier Zonen, mit der Annahme des Vorschlags, als erste keine Kernwaffen zum Einsatz zu bringen, wie auch hinsichtlich vieler anderer Friedensinitiativen nicht vom Fleck kommt.

Der Glockenschlag in Hiroshima bringt jeden Morgen die Tragödie von 1945 in Erinnerung, er ruft die Menschheit wie Sturmgeläut zum Kampf gegen eine nukleare Katastrophe.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 31 AUGUST 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Hiroshima mahnt	1
M. Lwow — Die ersten fünf Jahre	5
G. Rjabow — Interkosmonauten wieder im Orbit	7
M. Awakow — Der nichterklärte Krieg gegen Afghanistan	8
J. Botschkarjow — Mit leeren Händen	8
A. Medwedenko — Spanien. Das 16. NATO-Mitglied!	10
W. Boikow — Gefährlicher Schritt	11
D. Wolski — Südostasien. Zeit zu wählen	12
P. Mesenzew — Türkei. Probleme spitzen sich zu	14
Notizen ♦ Glossen	16
A. Melwil — Zwei Aspekte des US-Hegemonismus	18
L. Tolkunow — Japan heute	20
A. Dalnew — China. Die Wirtschaftsexpansion	24
S. Siws, G. Lokschin — Frieden und Menschenrechte	25
A. Ter-Grigorian — Sri Lanka. Schluß der Premiere	27
V. Burdenjow — Allmächtige Mafia	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Die gesamteuropäische Konferenz hat das politische Klima in Europa grundlegend verändert. In der Schlußakte von Helsinki fand die Entschlossenheit der Sowjetunion und ihrer sozialistischen Verbündeten, aller Friedenskräfte Ausdruck, den Frieden zu bewahren und durch die umfassende und allseitig vorteilhafte Zusammenarbeit der Länder und Völker Europas zu festigen.

Titelbild: A. Garanin

Gestaltung: W. Koslow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščadʹ

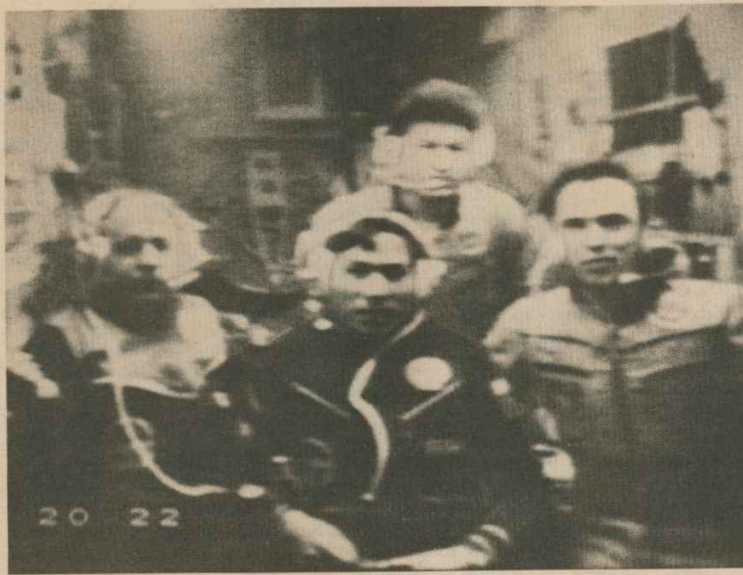
Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 23. Juli wurde in der Sowjetunion das Raumschiff Sojus 37 mit einer internationalen Besatzung gestartet: Kommandant Viktor Gorbalko, zweifacher Held der Sowjetunion und Fliegerkosmonaut der UdSSR, und Pham Tuan, Forschungskosmonaut und Held der SRV. Am 24. Juli dockte Sojus 37 an den Orbitalkomplex Salut 6—Sojus 36 an. Die Besatzung von Sojus 37 wechselte zur Station Salut 6 über. Leonid Breshnew und Le Duan, Generalsekretär des ZK der KPV, richteten Glückwünsche an die internationale Besatzung des wissenschaftlichen Orbitalkomplexes Salut 6—Sojus 36—Sojus 37: die Kosmonauten Popow, Rjumin, Gorbalko und Pham Tuan (siehe S. 7).

Am 24. Juli kamen auf der Krim Leonid Breshnew und János Kádár, Erster Sekretär des ZK der USAP, der in der Sowjetunion zu einem Kurzurlaub weilte, zu einem freundschaftlichen Treffen zusammen. Die Hauptfragen der sowjetisch-ungarischen Zusammenarbeit wurden erörtert. Beide Staatsmänner hatten einen Meinungsaustausch zu aktuellen Fragen der europäischen und der Weltpolitik. Sie bekundeten die Überzeugung, daß die Entspannung durchaus bewährt und gefestigt werden kann, und konstatierten einmütig die Lebenskraft und die bleibende Bedeutung der KSZE-Schlußakte für den Frieden in Europa und in der ganzen Welt.

Am 28. Juli traf Leonid Breshnew auf der Krim mit Gustáv Husák, Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsident der ČSSR, zusammen. Es fand ein Meinungsaustausch über die aktuellen Aufgaben der beiden Bruderparteien statt. Bei der Erörterung der heutigen Weltlage wurde konstatiert, daß den imperialistischen Kräften in ihrer lautstarken Attacke gegen die sozialistischen Länder allmählich die Puste ausgeht. Ein Versuch nach dem anderen scheitert, die Sowjetunion politisch und wirtschaftlich zu isolieren. Unterdes stellt das Streben militanter Kreise des Westens, das bestehende Kräftegleichgewicht durch forciertes Wetrüsten zu stören, eine ernste Gefahr für die Sicherheit der Völker dar.

Am 26. Juli beging das kubanische Volk den Tag des Nationalaufstandes vom 26. Juli 1953. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten an Fidel Castro, den Ersten Sekretär des ZK der KP Kubas, Vorsitzenden des Staatsrates und des Ministerrates der Republik Kuba, eine Grußbotschaft: „Kuba steht nicht allein. Es kann fest mit der Solidarität der Sowjetunion, der sozialistischen Ge-



Die internationale Besatzung — Popow, Rjumin, Gorbakto und Pham Tuan — an Bord des wissenschaftlichen Orbitalkomplexes Salut 6—Sojus 36—Sojus 37

Foto: TASS

meinschaft, der kommunistischen und Arbeiterparteien, der antiimperialistischen Kräfte der Gegenwart rechnen. Die selbstlose Arbeit in Landwirtschaft und Industrie, der enge Zusammenschluß um die Kommunistische Partei und die revolutionäre Regierung, der unbeugsame Wille, die sozialistische Heimat zu verteidigen — das ist die würdige und mutige Antwort der Kubaner auf die imperialistischen Umtriebe."

Leonid Breschnew und Alexej Kossygin richteten an Neelam Sanjiva Reddy, den Präsidenten der Republik Indien, und an Premierminister, Frau Indira Gandhi, Glückwünsche anlässlich des Starts des indischen Satelliten Rohini.

Die Schlußphase der einseitigen Reduzierung der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa, die Leonid Breschnew im Oktober 1979 angekündigt hatte, hat begonnen. Mannschaften, Panzer und andere Militärtechnik werden aus der DDR an ihre neuen Stationierungsorte im europäischen Teil der UdSSR verlegt.

Vom 23. bis 25. Juli weilte Nicolae Ceaușescu, der Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien, zu einem offiziellen Besuch in Frankreich, wo er Gespräche mit Valéry Giscard d'Estaing und anderen führenden Politikern hatte. In der französisch-rumänischen Erklärung

wird die Notwendigkeit einer erfolgreichen Durchführung des Madrider KSZE-Nachfolgetreffens, der Abrüstung in Europa und einer politischen Lösung der Probleme Asiens betont. Frankreich und Rumänien sprachen sich für eine „globale, gerechte und dauerhafte“ Lösung der Nahostfrage aus, was den Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten gewährleisten würde.

Am 26. Juli traf Urho Kaleva Kekkonen, Präsident der Republik Finnland, zu den Olympischen Spielen in Moskau ein.

Am 24. Juli fand in der Wiener Hofburg hinter verschlossenen Türen die abschließende Plenarsitzung der 21. Runde der Truppenabbaugespräche statt. Es sprachen die Vertreter der UdSSR und der USA. Der sowjetische Delegationsleiter, Botschafter Nikolai Tarassow, erklärte, daß die sozialistischen Länder, die an den Wiener Gesprächen teilnahmen, in der zugespitzten Weltlage weiterhin energische Anstrengungen unternehmen, um das Wettrennen zu verhindern und die Gefahr der militärischen Konfrontation im Zentrum Europas zu verringern. Die Gespräche werden in der zweiten Septemberhälfte wiederaufgenommen.

Am 22. Juli begann in New York auf Initiative der Nichtpaktgebundenen die 7. außerordentliche Sondersitzung der

UNO-Vollversammlung zur Palästinafrage.

Am 25. Juli wurde in Genf die 2. Tagung des UNO-Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) abgeschlossen. Es ging dabei um globale wirtschaftliche und soziale Fragen, den Stand der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, um Probleme der Umwelt, der Nahrungsmittelpolitik u. a.

Am 24. Juli ging in Kopenhagen ein Forum der nichtstaatlichen Organisationen zu Ende, das gleichzeitig mit der UNO-Frauenkonferenz stattfand. Die Forumsdelegierten erörterten aktuelle Fragen der Lage der Frauen in der heutigen Welt, des Kampfes für ihre Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen.

Am 24. Juli wurde in Hanoi eine Erklärung des SRV-Außenministeriums verbreitet, in der die falschen Behauptungen des Sprechers des Außenministeriums der VR China vom 21. Juli über die sowjetisch-vietnamesische Zusammenarbeit bei der Prospektierung und der Förderung von Öl und Gas im Kontinentalschelf des südlichen Vietnam voll und ganz zurückgewiesen werden. Die unverschränkten Ansprüche Peking auf Teile des Meeres und des Kontinentalschelfs sind eine massive Einmischung in die inneren Angelegenheiten der SRV und in die vietnamesisch-sowjetischen Beziehungen. Die Paracel-Inseln, die China im Januar 1974 unrechtmäßig an sich riß, und die Spratly-Inseln waren stets ein untrennbarer Teil Vietnams, heißt es in der Erklärung.

In Phnom Penh wurde eine Erklärung des Sprechers des Außenministeriums der VR Kambodscha veröffentlicht: Flugzeuge der thailändischen Luftwaffe haben vom 13. bis 23. Juli ca. 50mal den Luftraum Kambodjas durch Spionageflüge über den Grenzgebieten verletzt. Zugleich hat Thailand Objekte auf kambodschanischem Territorium viele Kilometer von der Grenze entfernt mit Artillerie beschossen.

Das Volk Boliviens leistet der reaktionären Militärjunta, die die rechtmäßige Regierung stürzte, heldenhaften Widerstand. Die Hauptstadt, die Bergbaugebiete und einige andere Landesteile wurden von einem Generalstreik erfaßt. Es kommt zu erbitterten Zusammenstößen von Arbeitermilizen mit Soldaten und der Polizei. Meldungen aus La Paz

zufolge hat Hernán Siles Zuazo, der bei den Präsidentschaftswahlen am 29. Juni die meisten Stimmen erhielt, eine Untergrundregierung gebildet, die so lange agieren wird, wie das jetzige Militäregime besteht. In aller Welt weitet sich die Solidaritätsbewegung mit dem bolivianischen Volk aus. Die Organisation der Amerikanischen Staaten verurteilte auf einer Sondersitzung ihres Ständigen Rates den Militärputsch in Bolivien. Den Umsturz verurteilten auch die Regierungen Mexikos, Ekuadors, Kolumbiens und einiger anderer Länder Lateinamerikas, der Weltgewerkschaftsbund, der Weltfriedensrat, das Sowjetische Friedenskomitee, der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften, das Komitee der Sowjetfrauen und andere gesellschaftliche Organisationen, die Solidarität mit dem Volk Boliviens bekundeten.



In ganz Afghanistan wurden Alphabetisierungskurse eingerichtet. Unser Bild: Beim Unterricht

Foto: ADN-TASS

In Nikaragua wurde eine Patriotische Front der Revolution gebildet, der die Sandinistische Nationale Befreiungsfront, die Unabhängige Liberale Partei, die Christlich-Soziale Volkspartei und die Nikaraguanische Sozialistische Partei angehören.

In Yaoundé (Kamerun) fand eine Konferenz der Informationsminister afrikanischer Länder statt, auf der Wege für die Befreiung der nationalen Massenmedien vom ideologischen Einfluß des Westens erörtert wurden.

Am 23. Juli beendete US-Vizepräsident Walter Mondale eine Reise durch Länder Westafrikas, die ihn nach Senegal, Niger, Nigeria und auf die Kapverden führte (siehe S. 8).

Die Regierung Kanadas beschloß, das Getreideembargo gegen die Sowjetunion, das die frühere konservative Regierung unter dem Druck der USA verhängt hatte, zurückzunehmen.

Am 21. Juli hob der Rat der Westeuropäischen Union in London alle Beschränkungen auf, denen die BRD bislang beim Kriegsschiffbau unterworfen war (siehe S. 11).

Die britische Regierung gab am 22. Juli die Aufhebung aller Beschränkungen für Waffenlieferungen an die faschistische Junta Chiles bekannt. Nach Schätzungen der britischen Presse kann England bereits bald Chile Waffen für mehr als 200 Mio Pfund Sterling liefern.

Am 22. Juli ermordeten rechtsradikale Terroristen Kemal Türker, einen namhaften Gewerkschaftsführer der Türkei. Aus Protest gegen dieses Verbrechen und gegen den zunehmenden Terrorismus führten Hunderttausende Arbeiter in Istanbul, Ankara, Izmir und anderen Städten einen einseitigen Streik und Massendemonstrationen durch (siehe S. 14).

Am 24. Juli landeten britische und französische Soldaten auf Espiritu Santo und stellten die Macht der Zentralregierung auf dieser Insel der Neuen Hebriden wieder her, die fast einen Monat von Separatisten besetzt gehalten worden war.

In Kairo wurde bekanntgegeben, daß Ex-Schah Mohammed Resa Pehlevi am 27. Juli in einem Kairoer Militärhospital gestorben ist.

Der Präsident des Iran, Banisadr, stellte dem Medschlis Mostafa Mirsalim als Kandidaten für das Amt des Premierministers vor.



Die progressive Öffentlichkeit der BRD protestiert gegen den NATO-Beschluß, neue US-Atomraketen in der Bundesrepublik zu stationieren. Unser Bild: Friedensmarsch der Jugend in Gelsenkirchen

Foto: ADN-TASS

Über Ihre Zeitschrift möchte ich mich bei demjenigen bedanken, der mir vor einem Jahr bei meiner UdSSR-Reise riet, die „Neue Zeit“ zu lesen. Ich meine, Ihre Wochenschrift ist sehr informativ und gut geschrieben. Lew Besymenskis Dokumentarbericht über die Schlacht um Berlin (Heft 18, 19) hat mich z. B. sehr beeindruckt. Weniger, weil der Autor Augenzeuge dieser Ereignisse war — davon gab es genug —, sondern vor allem, weil er die richtigen Schlüsse daraus gezogen hat. Ich bin der gleichen Meinung wie andere Leser, was die Beiträge von Boris Wesnin angeht. Dieser Autor analysiert gründlich und schreibt engagiert. Besonders hat mir sein Beitrag „Sorge, Hoffnung, Kampf“ (Heft 20) gefallen.

Nancy DOYLE
Guelph, Kanada

Als junger italienischer Kommunist bekunde ich meine volle Zustimmung zur internationalistischen Unterstützung der UdSSR für das afghanische Volk, um die Errungenschaften der Aprilrevolution und die Unabhängigkeit Afghanistans gegen die Bedrohung seitens der USA, Chinas und Pakistans zu verteidigen. Diese Unterstützung macht die Imperialisten, die eine weitere antisowjetische Propagandakampagne entfesselt haben, fuchsteufelwild. Trotz aller Verleumdungen billigen die wahren Kommunisten die Handlungen der UdSSR.

Solono CONCETTO
Catania, Italien

Was den Beschluß Kenias angeht, sein Territorium für US-Stützpunkte bereitzustellen, so ist es fürwahr erstaunlich, daß ein afrikanisches Land, das so lang unter dem Kolonialismus gelitten hat, sich freiwillig in die Fänge des Imperialismus begibt. Sieht denn Kenia nicht die Gefahr, der Kuba durch den Stützpunkt auf seinem Territorium ausgesetzt ist? Und eine solche Haltung nimmt Kenia ein, obwohl die Weltöffentlichkeit gerade jetzt so entschieden gegen die Forcierung des Raketenrüstens protestiert. Diese Haltung ist nicht nur für Kenia selbst, sondern für ganz Afrika gefährlich.

Issa Mohamed LUTAVI
Student aus Tansania
Aschersleben, DDR

DIE ERSTEN FÜNF JAHRE

Michail LWOW

Am 1. August vor fünf Jahren wurde eines der bedeutendsten welt-politischen Dokumente unserer Zeit — die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa — unterzeichnet und in Kraft gesetzt.

Beim heutigen Entwicklungstempo der Welt sind fünf Jahre nicht wenig, auf jeden Fall genügen sie, um zu zeigen, daß die Ergebnisse des Gipfeltreffens von 35 Staaten in Helsinki lebensnotwendig und lebensfähig sind.

Was hat die Schlußakte Neues in die europäische Realität, in die Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern Europas getragen?

Die Frage ist berechtigt, denn auch schon vor der Schlußakte gab es mehrseitige zwischenstaatliche Abkommen, die Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit fördern sollen. Das wichtigste darunter ist die Charta der Vereinten Nationen, denen fast alle KSZE-Staaten angehören.

Erstmalig in der Geschichte formulierte die UNO-Charta im Namen aller Völker als praktisches Ziel der internationalen Beziehungen und der Weltpolitik die große Aufgabe, „künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu retten, der zweimal zu unseren Lebzeiten der Menschheit unsägliches Leiden brachte“. Die UNO-Charta bestimmte die Grundlagen der friedlichen zwischenstaatlichen Beziehungen und internationale Schritte zur Unterbindung der Aggression sowie die Hauptrichtungen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt der Völker. Somit enthält schon die UNO-Charta die ersten Elemente für eine stabile Struktur der internationalen Beziehungen.

Die europäischen Länder haben viele prinzipielle Fragen auf bilateraler Grundlage gelöst. Zum größeren Teil geschah das in dem Jahrzehnt unmittelbar vor der Annahme der Schlußakte. Einige der entsprechenden Urkunden, z. B. die Verträge der UdSSR, Polens, der CSSR und der DDR mit der BRD, bildeten wichtige Etappen bei der Durchsetzung von Frieden und guter Nachbarschaft in Europa, bei der Verankerung der Unantastbarkeit der europäischen Grenzen, wie sie im Ergebnis des zweiten Weltkrieges

und der Nachkriegsentwicklung entstanden waren. All diese Dokumente trugen ebenfalls zur Herausbildung der friedlichen zwischenstaatlichen Beziehungen bei.

Wichtig und nützlich sind in diesem Sinne auch die multi- und bilateralen Abkommen und Vereinbarungen der 60er und 70er Jahre über die Begrenzung des Wettrüstens in einigen Bereichen.

Die Annahme der Schlußakte bedeutete eine qualitativ höhere Stufe bei der Minderung der internationalen Spannungen und bei der Erkenntnis, daß die Entspannung in unserem Zeitalter die einzig vernünftige staatliche Politik ist.

Die Schlußakte orientierte die Staaten in ihren europäischen Beziehungen auf die Erweiterung und Vertiefung dieses Prozesses, darauf, ihn, wie es in der Präambel der Schlußakte heißt, „fortschreitend und dauerhaft zu machen“.

Leonid Breschnew sagte zum Inhalt und Sinn der Entspannung, sie bedeute „vor allem die Überwindung des kalten Krieges, den Übergang zu normalen, ausgeglichenen Beziehungen zwischen den Staaten. Entspannung bedeutet die Bereitschaft, Meinungsverschiedenheiten und Streitfälle nicht durch Gewalt, nicht durch Drohungen und Waffengerassel, sondern mit friedlichen Mitteln, am Verhandlungstisch beizulegen. Entspannung bedeutet ein bestimmtes Vertrauen und die Fähigkeit, auf die legitimen Interessen des anderen Rücksicht zu nehmen.“

Feierlich und ausdrucksstark ist die in diesem Dokument enthaltene einmütige Erklärung aller Helsinki-Staaten von „ihrer Verpflichtung zu Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit und zur stetigen Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit“. Diese Erklärung wird durch die ebenfalls einmütige Anerkennung der Tatsache bekräftigt, daß „diese Verpflichtung, die das Interesse und die Bestrebungen der Völker widerspiegelt, für jeden Teilnehmerstaat eine durch Erfahrungen aus der Vergangenheit erhöhte Verantwortung in Gegenwart und Zukunft darstellt“.

Die KSZE-Länder bewiesen eine tiefe Staatsweisheit, indem sie in der Schlußakte erklärten: Eingedenk „ihrer gemeinsamen Geschichte“ erkennen sie, „daß die vorhandenen

gemeinsamen Elemente ihrer Traditionen und Werte bei der Entwicklung ihrer Beziehungen dienlich sein können“. Sie äußerten den Wunsch, „unter voller Berücksichtigung der Eigenart und Vielfalt ihrer Standpunkte und Auffassungen nach Möglichkeiten zu suchen, ihre Bemühungen zur Überwindung des Mißtrauens und zur Vergrößerung des Vertrauens zu vereinigen, die Probleme, die sie trennen, zu lösen und zum Wohl der Menschheit zusammenzuarbeiten“.

Sie betonten ihre Überzeugung „von der Notwendigkeit, Anstrengungen zu unternehmen, um die Entspannung im universellen Sinne sowohl zu einem dauerhaften als auch zu einem immer lebensfähigeren und umfassenderen Prozeß zu machen“.

Alle diese Erklärungen der KSZE-Staaten, die Worte der Schlußakte, in denen sie ihren guten Willen und ihre Verantwortung für die Zukunft ausdrücken, wären natürlich nicht so bedeutsam, hätte es bei den Worten sein Bewenden gehabt. Aber die Schlußakte geht viel weiter.

Ihren politischen Kern bildet eine ausführlich ausgearbeitete politisch-rechtliche Grundlage des europäischen Friedens. Wir meinen die zehn Prinzipien, von denen sich die Teilnehmerstaaten in allen ihren gegenseitigen Beziehungen leiten zu lassen verpflichtet haben, und zwar unabhängig von ihren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systemen, ihrer Größe, geographischen Lage und ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Die Schlußakte bestimmte die konkreten Richtungen und Formen der Zusammenarbeit zwischen allen Teilnehmerstaaten im politischen Bereich, bei vertrauensbildenden Maßnahmen, in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik, in humanitären und anderen Bereichen. Sie markierte den Rahmen für die Fortsetzung des gesamteuropäischen Dialogs und schuf den Mechanismus zur Einberufung neuer gesamteuropäischer Treffen.

Bei der Unterzeichnung der Schlußakte betonten die höchsten Vertreter der 35 Staaten in den letzten Zeilen dieses Dokuments die hohe politische Bedeutung, die sie den KSZE-Ergebnissen beimessen, und erklärten ihre Entschlossenheit, in Übereinstimmung mit seinen Festlegungen zu handeln.

Das ist denn auch das Neue und grundsätzlich Wichtige, das vor fünf Jahren ins Leben der europäischen Völker, in die zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa getragen wurde. Die Geschichte der internationalen Beziehungen kannte noch nie etwas Ähnliches.

Doch in einem Dokument sehr schwerwiegende und konstruktive politische Verpflichtungen der Staaten zu vereinbaren und zu fixieren ist eins, diese Prinzipien in die Tat umzusetzen aber ein zweites. Das war die erste Probe für die Lebenskraft der Schlußakte.

Die vergangenen fünf Jahre zeigen, daß sie diese Probe zweifellos bestanden hat. Die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten entwickelten sich dank strikter Einhaltung der zehn Prinzipien aufwärts. Ihre politischen Kontakte haben merklich an Breite und Tiefe gewonnen, was die Voraussetzung dafür ist, die gegenseitige Politik, die Interessen, Bestrebungen und Sorgen jedes Staates besser zu erkennen und zu verstehen.

Die Verwirklichung vertrauensbildender Maßnahmen auf militärischem Gebiet verbessert bis zu einem gewissen Grade das politische Klima in Europa. In den letzten Jahren erhielten die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten, darunter zwischen solchen verschiedener sozialer Systeme, neuen Auftrieb. Immer häufiger werden sie auf langfristiger Grundlage gestaltet. Die intensiveren Kulturkontakte bereichern die Völker Europas gegenseitig. Es erweitern sich der Informationsaustausch und die zwischenmenschlichen Kontakte.

Die sozialistischen Staaten Europas leisten einen außerordentlich großen Beitrag zur Realisierung der Prinzipien und Festlegungen der Schlußakte. Ihre Entschlossenheit, konsequent in dieser Richtung zu handeln, wird in den Deklarationen des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten von Bukarest (1976), Moskau (1978) und Warschau (1980) ausgesprochen.

Viele andere Staaten Europas stehen positiv zur Verwirklichung der Schlußakte. Gemeint sind sowohl neutrale und nichtpaktgebundene Staaten als auch solche, die militärpolitischen Gruppierungen angehören. Das Engagement für die Entspannung in Europa, für die Realisierung der Vereinbarungen von Helsinki wird stets von so großen Staaten Westeuropas wie Frankreich, der BRD und Italien hervorgehoben. Nur die USA und ihre zwei oder drei Anhänger in Europa betrieben auch nach Unterzeichnung der Schlußakte eine Politik, die dem Geist und Buchstaben der Urkunde zuwiderläuft.

Aber die Entwicklung nahm einen Verlauf, der die Vereinbarungen von Helsinki in der komplizierteren internationalen Situation einer Festig-

keitsprobe aussetzte. Der Übergang der reaktionärsten, aggressivsten Kreise des Imperialismus, vor allem des nordamerikanischen, zur forcierten Aufrüstung, insbesondere in Europa, zur verstärkten Konfrontation mit den sozialistischen Staaten und nationalen Befreiungskräften, die Versuche dieser Kreise, die Grundlage der Entspannung zu zerstören und die stabile Struktur der friedlichen zwischenstaatlichen Beziehungen zu erschüttern, rückten die höchst aktuelle Frage in den Vordergrund, wie es in Europa weitergehen soll. Wird das Fundament der Entspannung auf dem Kontinent bewahrt bleiben und die Schlußakte als politischer Angelpunkt des europäischen Friedens bleiben? Dürfen die Völker unseres Kontinents auch weiterhin an ihr Morgen ohne die Befürchtung denken, daß ihnen eine neue Kriegskatastrophe droht?

Mag sein, daß sich heute keine dieser Fragen eindeutig beantworten läßt. Die Geschichte geht viel zu verwickelte Wege, als das man zu Zeiten internationaler Zuspitzungen voraussagen könnte, wohin jeder davon führen wird. Und doch wird klar, daß sich die Schlußakte und die in ihr enthaltenen Vereinbarungen erfolgreich bewähren.

Nach einer kurzen Pause zu Beginn d. J. sind jetzt die politischen Kontakte zwischen den europäischen Staaten auf allen Ebenen bis zu den höchsten wiederaufgenommen worden. Wie sehr man sich in Übersee auch anstrenge, die normalen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen zwischen west- und osteuropäischen Staaten zu untergraben, diese Beziehungen bekamen ihre Eigendynamik. Mit unbedeutender Ausnahme haben die westlichen Länder der Forderung der Washingtoner Administration, die XXII. Olympiade in Moskau zu boykottieren, nicht nachgegeben.

In den letzten Monaten intensiviert sich die Vorbereitung des nächsten Treffens der KSZE-Staaten, das für diesen Herbst nach Madrid einberufen ist. Die zahlreichen gegenseitigen Konsultationen der Staaten im Zuge dieser Vorbereitung bestätigen: Die meisten Staaten beabsichtigen, zu weiteren Fortschritten bei der Realisierung aller Abschnitte der Schlußakte beizutragen. Es wird erwogen, auf dem Madrider Treffen einen Beschluß über die Einberufung einer Konferenz über die militärische Entspannung und Abrüstung in Europa zu fassen.

All das paßt denjenigen nicht, die Europa in die Atmosphäre von Krisen und Konflikten zurückversetzen

möchten. Nicht von ungefähr nehmen gewisse Kreise im Westen die These von der Unteilbarkeit der Entspannung neuerdings zum Vorwand, um zu erklären, die Entspannung könne in Europa nicht fortgesetzt werden, solange die Spannungen in einigen Teilen der Welt, z. B. in Südwestasien oder im Indischen Ozean, zunehmen.

Aber erstens ist eine solche Auslegung der Unteilbarkeit der Entspannung falsch und haltlos. Der Sinn dieser These liegt nicht darin, daß die Völker Europas kein Recht auf Leben in Frieden haben, wenn in einem anderen Raum ein Konflikt heranreift oder schon entfesselt ist. Ganz im Gegenteil: Es ist Pflicht und Verantwortung der Staaten, die Entspannung dort, wo sie schon Wurzeln gefaßt hat, zu stärken, sie auf andere Regionen auszudehnen und ihren Wirkungsbereich auszubauen. Eben darüber sind die 35 Staaten in Helsinki übereingekommen.

Zweitens werden die militärischen Herde und Krisensituationen in verschiedenen Räumen der Welt gerade von den Kräften geschaffen, die sich heuchlerisch auf solche Herde berufen, um die Entspannung in Europa zu unterminieren.

Im Beschluß des ZK-Plenums der KPdSU vom 23. Juni 1980 heißt es: „Die Entspannung hat im internationalen Leben von heute tiefe Wurzeln geschlagen, und es bestehen reale Voraussetzungen dafür, sie als dominierende Tendenz der Weltpolitik zu erhalten.“

Nach dem historischen Treffen in Helsinki sind nur fünf Jahre vergangen. Jahrzehnte der Arbeit und des Kampfes für eine immer vollständigere Realisierung der dort angenommenen Prinzipien und Vereinbarungen stehen bevor. Trotz aller internationalen Komplikationen ist dies eine reale Aufgabe.

Eine höchst wichtige Gewähr für neue Erfolge bei ihrer Lösung ist der konsequente Kurs der UdSSR im Einklang mit den Beschlüssen des XXIV. und des XXV. Parteitag der KPdSU. Ebenso wichtig sind eine größtmögliche Festigung des brüderlichen Bündnisses der sozialistischen Staaten, die Unterstützung des gerechten Kampfes der Völker für Freiheit und Unabhängigkeit, die friedliche Koexistenz und die Zügelung des Wettrüstens, die Erhaltung und Entwicklung der internationalen Entspannung, die allgemein nützliche Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Bei dieser Politik wirkt die UdSSR eng mit den anderen sozialistischen, mit allen friedliebenden Ländern und gesellschaftlichen Kräften zusammen.

INTERKOSMONAUTEN WIEDER IM ORBIT

Am 23. Juli startete Sojus 37 vom Kosmodrom Baikonur mit der sechsten internationalen Besatzung an Bord — dem Kommandanten Viktor Gorbalko und dem Forschungskosmonauten Pham Tuan, einem Bürger des heroischen Vietnam. 1962 sagte Ho chi Minh zum Kosmonauten German Titow: „Ich bin gewiß, daß auch die vietnamesische Jugend einst den Himmel erstürmen wird.“ Und jetzt ist es soweit. Die SRV hat als achttes Land seinen Kosmonauten in den Weltraum entsandt.

Millionen Menschen kennen Fliegerkosmonaut Viktor Gorbalko. Er ist ein Vertreter der Gagarin-Generation. Bereits 20 Jahre steht sein Leben im Dienst der Raumfahrt.

Gorbalko wurde am 3. Dezember 1934 in der Siedlung Wenzysarja, Region Krasnodar (RSFSR), geboren. Nachdem er 1956 eine Fliegerschule in Bataisk absolviert hatte, diente er bei den sowjetischen Luftstreitkräften. Als man 1959 unter den besten jungen Jagdfliegern Kosmonautenanwärter suchte, wurde auch Gorbalko angeboten, sich von der medizinischen Kommission untersuchen zu lassen. Im Diagnostikzentrum lernte er Juri Gagarin und Alexej Leonow kennen.

„Die Auswahlkriterien waren überaus streng“, erinnert sich Gorbalko. „Viele zogen ihren Antrag selbst zurück, nachdem man sie über das Testprogramm informiert hatte. Wir aber waren fest entschlossen, diesen Weg weiterzugehen.“

Bei seinem ersten Flug als Forschungsingenieur 1969 startete Gorbalko mit Sojus 7. Seinen zweiten 18tägigen Flug führte er im Februar 1977 aus — diesmal als Kommandant der Besatzung von Sojus 24 und der Orbitalstation Salut 5.

Die ganze Zeit über absolvierte Gorbalko Trainingsprogramme, wobei er stets aktiver Kosmonaut blieb. So doublierte Gorbalko 1978 zusammen mit dem DDR-Kosmonauten Eberhard Köllner das Team Bykowski—Jähn.

Und jetzt ist Gorbalko Kommandant des sechsten Interkosmonautenteams.

Der vietnamesische Forschungskosmonaut Pham Tuan wurde am 14. Februar 1947 im Dorf Quoc Tuan, Provinz Thai Binh, in einer Bauernfamilie geboren.

Nach Schulabschluß 1965 diente er in der Vietnamesischen Volksarmee. Wenig später wurde er in die UdSSR entsandt, wo er eine Fliegerschule absol-



TASS-Foto: Die Kosmonauten Viktor Gorbalko (links) und Pham Tuan vor dem Start

vierte. Nach seiner Rückkehr wurde Pham Tuan zur berühmten Fliegerdivision „Roter Stern“ versetzt. Flieger dieser Division schossen 143 US-Maschinen ab. In der Nacht zum 27. Dezember 1972 holte Pham Tuan einen strategischen B-52-Bomber der U.S. Air Force bei der Abwehr eines Luftangriffs auf Hanoi herunter. Es war die erste Maschine dieses Typs, die in einem Luftkampf über Vietnam abgeschossen wurde. Für diese Heldentat erhielt Pham Tuan den Titel eines Helden des sozialistischen Vietnam.

1977 kehrte der berühmte vietnamesische Flieger in die Sowjetunion zurück — bereits als Student der Gagarin-Akademie der Luftstreitkräfte. 1979 war für Tuan ein Glücksjahr. Die Aufnahmekommission bestimmte, daß er und sein Divisionskamerad Bui Thanh Liem in die Kosmonautengruppe der sozialistischen Länder aufgenommen wurden und darauf begann ihre Ausbildung.

„Von Anfang an wurden die beiden vietnamesischen Anwärter mit großen Schwierigkeiten konfrontiert“, berichtete Alexej Leonow, stellvertretender Leiter des Kosmonauten-Ausbildungszentrums, auf einer Pressekonferenz. Die Zeit war relativ knapp, sie mußten aber die allgemeine Ausbildung absolvieren und sich solche Disziplinen aneignen wie kosmische Navigation, Flugmechanik, Astronomie und Medizin, die Konstruktion des Raumschiffes und der Trä-

gerrakete. Dann begann die praktische Ausbildung am Stimulator.“

Die Anwärter hatten ihre Russischkenntnisse zu vertiefen. Insbesondere sollten sich die künftigen Kosmonauten das Raumfahrt-Russisch aneignen. Sehr viel also war zu tun.

Das hohe Niveau des Unterrichts neben der guten Vorbereitung durch die Luftstreitkräfte, die robuste Gesundheit und der Fleiß der vietnamesischen Flieger ermöglichten es, erfolgreich alle Schwierigkeiten zu überwinden und sich auf den Flug vorzubereiten. Die Prüfungen vor dem Flug bestanden sie mit Auszeichnung.

„Wir verstanden, daß wir alle unsere Kräfte einsetzen müssen, um Forschungskosmonaut zu werden“, sagten Pham Tuan und Bui Thanh Liem zu den Journalisten. „Wir sind den Spezialisten der Sternstadt sehr dankbar, besonders unseren Kommandeuren Viktor Gorbalko und Valeri Bykowski. Sie haben alles getan, um uns auf den verantwortungsvollen Raumfahrt-Auftrag vorzubereiten.“

Am 24. Juli traf die sowjetisch-vietnamesische Expedition in der Orbitalstation Salut 6 ein, wo Leonid Popow und Valeri Rjumin bereits über 100 Tage tätig sind. Die Kosmonauten erholten sich nach den besonders angespannten und verantwortungsvollen ersten Tagen des Fluges und nahmen dann das gemeinsame umfangreiche Programm der Forschungen und Experimente in Angriff.

Dabei handelt es sich vor allem um Experimente in Raumfahrtmedizin und -biologie. So sollen die medizinische Kontrolle über den Gesundheitszustand der Kosmonauten während des Fluges vervollkommen und Angaben über den Einfluß aller Faktoren des Raumfluges auf den menschlichen Organismus gewonnen werden; auch wird an dem rhythmischen Wechsel Arbeit—Erholung weitergearbeitet.

Die Kosmonauten führen materialwissenschaftliche Experimente unter der Bezeichnung „Halong“ durch. So werden bei den Experimenten vielgliedrige Halbleiterkristalle untersucht, die die Grundlage thermoelektrischer Elemente bilden und für Kühlanlagen genutzt werden.

Gorbalko und Pham Tuan untersuchten die Naturressourcen der Erde und ihre natürliche Umwelt. Hierfür führte das Interkosmonautenteam Sichtbeobachtungen durch und fotografierte einzelne Regionen der Erdoberfläche und des Weltmeeres im Interesse von Wissenschaft und Volkswirtschaft der UdSSR und der SRV.

Das gemeinsame Forschungsprogramm ist auf eine Woche angesetzt.

G. RJABOW

DER NICHTERKLÄRTE KRIEG GEGEN AFGHANISTAN

Dr. jur. habil. Mirsa AWAKOW

Seit mehr als einem halben Jahr peitschen gewisse Politiker des Westens und die bürgerliche und Peking-Propaganda die Leidenschaften wegen der Vorgänge in Afghanistan auf und suchen so die internationalen Spannungen auf die Spitze zu treiben. Dabei spielen sie sich beinahe als Wohltäter des afghanischen Volkes, als Verteidiger seiner legitimen Interessen und Rechte auf. Besonders eifrig betätigen sich so die USA. Es gilt aber nicht, was deren herrschende Kreise sagen, sondern worauf sie mit der von ihnen aufgezogenen, aus politischen Spekulationen und Erpressungen bestehenden Kampagne hinaus wollen.

Es ist ja allgemein bekannt, daß sich die USA schon lange mit der Absicht trugen, Afghanistan zu unterjochen und in den Bannkreis der imperialistischen Globalstrategie einzubeziehen. Gleich nach dem zweiten Weltkrieg verdrängten sie England aus der Moslemwelt und bemühten sich, Afghanistan zur Aufgabe seiner Neutralitätspolitik zu zwingen, es in die militärischen und politischen Blöcke einzubauen, die der Westen zimmerte, und dort amerikanischen Militärstützpunkte anzulegen, die gegen die UdSSR gerichtet sein sollen. Die Aprilrevolution warf diese Pläne der USA über den Haufen, sie konnten Afghanistan nicht zu ihrer Domäne machen. Da änderten ihre herrschenden Kreise die Taktik: Durch ihre Kreaturen, über Agenten der CIA und unter Ausnutzung ihres Einflusses auf den politischen Abenteuerer Amin rüsteten sie zu einem konterrevolutionären Putsch. Afghanistan stand am Rande eines Bruderkriegs, von dem sich Washington politisch viel versprach.

„Alle Aktionen des US-Imperialismus in Afghanistan zielen auf drei bestimmte Dinge ab“, sagte Gus Hall, der Generalsekretär der KP der USA, am 24. Januar d. J. in einer Rede. „Erstens darauf, die volksdemokratische Revolution abzubremesen und die alte Feudalgesellschaft der Gutsbesitzer und Unterdrückter wiederherzustellen; zweitens aus Afghanistan einen antisowjetischen Bereitstellungsbereich zu machen; drittens sich eine Operationsbasis gegen den Iran und die anderen OPEC-Länder zu schaffen,

um die Ölinteressen von Exxon, Gulf und Shell wahrzunehmen.“

Dafür sind die USA aufs Ganze gegangen und haben gegen dieses Land eine bewaffnete Aggression angezettelt. Ihr gefügiges Werkzeug sind die konterrevolutionären Banden und die in Afghanistans Nachbarländern untergekröchten bewaffneten Trupps. Interventen werden in Massen in speziellen Lagern in Pakistan, Ägypten, im Iran und in China ausgebildet. Die dort gedrillten Söldner werden über die Gebirgspässe sowie auf anderen Schmugglerpfaden in Afghanistan eingeschleust. Außerdem liefern die USA den Konterrevolutionären Granatwerfer, Jeeps, Flammenwerfer, Geschütze, Panzer und Boden-Luft-Raketen. Völkerrechtlich kann daraus nur eins gefolgert werden: Die USA mitsamt den Peking-Hege-monisten sind zu einer ausgesprochenen militärischen Aggression gegen die DR Afghanistan übergegangen.

Genau so klar und eindeutig ist ein Vorgehen wie das jetzige der USA und ihrer Komplizen gegen Afghanistan in beschlossenen und von der Weltöffentlichkeit akzeptierten völkerrechtlichen Urkunden qualifiziert. In der von der UNO-Vollversammlung 1974 angenommenen Definition der Aggression z. B. heißt es, abgesehen von anderen Merkmalen dieses haarsträubenden Verbrechens habe es als Aggressionsakt zu gelten, „wenn ein Staat zuläßt, daß sein Territorium, das er einem anderen Staat zur Verfügung gestellt hat, von diesem anderen Staat für einen Aggressionsakt gegen einen dritten Staat benutzt wird“. Zur selben Kategorie von Verbrechen zählt es, „wenn von einem Staat oder im Namen eines Staates bewaffnete Banden, Gruppen, irreguläre Truppen oder Söldner ausgeschickt werden, die militärische Gewaltakte gegen einen anderen Staat verüben“.

In einem von den grundlegenden Dokumenten der UNO, der Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts für die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten, heißt es, daß ein Aggressionskrieg ein Verbrechen am Frieden darstellt, das eine inter-

nationale Verantwortung nach sich zieht.

Die Aggression gegen Afghanistan hat bei der ganzen Weltöffentlichkeit nicht von ungefähr Besorgnis erregt. Sie hat nochmals gezeigt, wie folgeschwer die Politik der Gewalt oder Gewaltandrohung ist, die die USA und einige ihrer Partner um keinen Preis einstellen wollen. Sie halten noch jetzt an dem Prinzip fest, das Machiavelli vor einigen Jahrhunderten verkündete: „Kämpfen kann man auf zweierlei Art. Auf die eine Art kämpft man mit dem Gesetz, auf die andere mit Gewalt; die erste ist dem Menschen, die zweite dem Tier eigen. Da die erste aber sehr oft nicht ausreicht, muß man zur zweiten greifen.“

Die Menschheit kann aber nicht nach den Gesetzen eines Rudels wilder Tiere, sie möchte nach den Begriffen der Vernunft und Gerechtigkeit leben. Nicht umsonst steht im wichtigsten internationalen Kodex, der UNO-Charta, der Gewaltverzicht an oberster Stelle. Da heißt es klipp und klar, daß kein Staat — sei es gegen die territoriale Integrität, sei es gegen die politische Unabhängigkeit anderer Staaten — Gewalt üben oder androhen oder aber dazu aufreizen darf. Der Begriff der Gewalt, wie er völkerrechtlich interpretiert wird, erfaßt nicht allein Schritte zu einer bewaffneten Einwirkung, sondern auch beliebige andere Formen einer Nötigung oder Gewalt, beliebige Formen einer Druckausübung, darunter einer po-

Kürzlich ging die Reise einer 70köpfigen US-Delegation unter Vizepräsident Walter Mondale durch Länder Westafrikas — Senegal, Niger, Nigeria und Kapverden — zu Ende. Der Delegation gehörten Kongreßabgeordnete, Geschäftsleute sowie Beamte der Ministerien für Landwirtschaft, Handel und Energiefragen an.

Der US-Vizepräsident spielte sich in Afrika — wie das für amerikanischen Politiker so typisch ist — als reicher Onkel aus Übersee bei armen Verwandten auf. Er geizte nicht mit Hilfsversprechen in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. In Niamey, der Hauptstadt Nigers, erklärte er, die Freundschaft der Länder Westafrikas zu den USA werde dieser Region den Wohlstand bringen.

Natürlich brauchen die Länder Westafrikas sowie des afrikanischen Kontinents insgesamt dringend Wirtschaftshilfe. Doch noch wichtiger für sie ist, daß die Vorherrschaft der Monopole beseitigt wird, die die Naturressourcen des Kontinents weiterhin skrupellos ausbeuten und die Entwicklung der na-

litischen, wirtschaftlichen, kulturellen und psychologischen.

Das Prinzip des Verzichts auf Gewalt und Gewaltandrohung ist heute allgemein anerkannt und in den jetzigen internationalen Beziehungen obligatorisch. Es ist universell und für einen beliebigen Staat bindend.

Die friedliebenden Staaten wirken darauf hin, daß es strikt eingehalten wird. Sie fordern nachdrücklich einschneidende Maßnahmen, die Rechtsgarantien für die Wahrung des Weltfriedens zu bieten geeignet sind.

Darum bemüht sich u. a. der auf eine Resolution der UNO-Vollversammlung vom 19. Dezember 1977 hin gebildete Sonderausschuß zur Verstärkung der Wirksamkeit des Prinzips des Gewaltverzichts in den internationalen Beziehungen. Ihm gehören 35 Staaten an. Sie arbeiten voll Ausdauer am Entwurf eines globalen Vertrags, der die Gewalt und Gewaltandrohung international ächten soll. Dem Ausschuß werden aber von den USA und von einigen anderen kapitalistischen Staaten allerlei Hindernisse bereitet.

Washington z. B. hatte die Teilnahme an der jüngsten Ausschußtagung vom Juni d. J. demonstrativ verweigert, was von den Mitgliedern und von der Weltöffentlichkeit als eine Herausforderung gegen die UNO, als ein Beweis dafür angesehen worden ist, daß das Weiße Haus in den internationalen Beziehungen nach wie vor auf brutale Gewalt orientiert ist.

Washington verhehlt das übrigens nicht. Letztthin behauptet man dort immer öfter, die USA seien berechtigt, ihre Streitkräfte in einem „nach eigenem Ermessen bestimmten Gebiet“ einzusetzen, von dem ihres Erachtens „eine amerikafeindliche Aktivität ausgeht“.

In Washington scheint man vergessen zu haben, daß niemand die USA ermächtigt hat, weltpolitische Vorgänge nach eigenem Gutdünken zu qualifizieren. Sie haben ja kein Monopol auf die Wahrheit.

Wenn Washington die provokatorische Hetze wegen der angeblichen Aggression der UdSSR gegen Afghanistan aufheizt, setzt es sich wesentlich darüber hinweg, daß über Aktionen unter Teilnahme von Truppen ausschließlich der Staat zu urteilen hat, der ihr Objekt ist. Also nicht die USA, sondern nur Afghanistan und seine legitime Regierung sind berechtigt, zu definieren, von wem sie einem bewaffneten Überfall ausgesetzt sind und wer ihnen bei der Abwehr des Aggressors die erforderliche Hilfe geleistet hat.

Man braucht das Geschehen in Afghanistan nur von diesem völkerrechtlichen Standpunkt zu sehen, dann wird alles vom Kopf auf die Füße gestellt. Die legitime Regierung Afghanistans hat wiederholt erklärt, wenn sie zur Abwehr der Aggressionsakte der USA und Chinas die UdSSR zu Hilfe gerufen habe, so habe das völlig im Einklang mit Artikel 51 der UNO-Satzung gestanden, der Afghanistan wie jedem

anderen einer Aggression ausgesetzten Staat das Recht auf kollektive Selbstverteidigung garantiert. Außerdem habe der Beschluß der afghanischen Regierung auf den Bestimmungen aus dem sowjetisch-afghanischen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit gefußt, der einen speziellen Artikel darüber enthält, daß solche Hilfe auf Ersuchen Afghanistans geleistet werden darf.

Die Vorgänge nach der Ankunft des begrenzten sowjetischen Truppenkontingents in Afghanistan haben nur bestätigt, daß die auf sowjetisch-afghanische Vereinbarung hin getroffenen Maßnahmen notwendig waren und rechtzeitig getroffen worden sind.

Das im Juni d. J. abgehaltene Plenum des ZK der KPdSU hat die Unterstützung Afghanistans bei der Abwehr der bewaffneten Überfälle und der Einmischung von außen, mit denen man die afghanische Revolution abwürgen und einen pro-imperialistischen Bereitstellungsraum für eine militärische Aggression an der Südgrenze der UdSSR schaffen wollte, restlos gebilligt. Es hat für eine politische Regelung der um Afghanistan entstandenen Situation Stellung genommen. Wie aber die Spitzenpolitiker der UdSSR und Afghanistans wiederholt hervorgehoben haben, muß dazu die Aggression gegen Afghanistan völlig eingestellt und müssen gegen subversive Akte von Ausland her sichere Garantien geboten werden. ■

MIT LEEREN HÄNDEN

tionale Wirtschaft verhindern. Mondales Äußerungen zeugen davon, daß mit dieser Reise nicht nur die wirtschaftliche US-Expansion in Afrika verstärkt werden sollte.

Was nun wollen die USA eigentlich nach Afrika exportieren und in welche Wirtschaftszweige soll investiert werden? Die Wahl der Reiseroute macht das deutlich. So entschied man sich für Niger, das der „Washington Post“ zufolge „bekannt ist für seine sehr reichen Uranlagerstätten“. Nigeria hingegen interessiert die USA als Öllieferant. Von dort importieren sie 16% ihres Öls. So erklärt sich das große Defizit der USA im Handel mit Nigeria.

In Lagos fragte man Mondale, was denn Washington eigentlich für die Beilegung des RSA-Rassistenregimes und die Befreiung Namibias zu tun gedenke. Der US-Vizepräsident antwortete aalglatt auf diese delikaten Fragen. Er suchte den Eindruck zu erwecken, als

könne außer erneuten Appellen an die RSA-Regierung, „voran, nicht aber rückwärts zu gehen“, nichts getan werden. Kein Wunder, daß die „Washington Post“ in einer Bilanz der Mondale-Visite zu dem Schluß kam, daß die Beziehungen der USA zu Nigeria eine „kritische Phase durchmachen“.

Der US-Vizepräsident erwies sich als überaus neugierig. Sehr intensiv widmete er sich der Besichtigung lokaler „Sehenswürdigkeiten“. Besonderes Interesse zeigte er dabei für einen Luftstützpunkt in Senegal. Hierzu konstatierte die afrikanische Presse, bei seiner Reise habe er auch Möglichkeiten der Schaffung von US-Militärstützpunkten in Westafrika oder einer Benutzung der bestehenden Stützpunkte klären sollen. Anhaltspunkt hierfür sei die Erklärung Mondales, die USA wollten Afrika den „Schutz ihrer militärischen Macht“ angedeihen lassen. Hierbei verstieg sich Mondale zu Verleumdungen gegen die UdSSR.

Die Versuche Mondales, Afrika seinen „militärischen Schutz“ aufzuoktroieren im Gegenzug für die, wie er offen erklärte, Unterstützung der afrikanischen Länder für die US-Außenpolitik, stießen auf Widerstand. Nigerias Präsident Shagari erklärte, sein Land werde auch in Zukunft stets einen Kurs der Nichtpaktgebundenheit steuern. Und der „Daily Sketch“ (Lagos) betont, daß die US-Politik in Afrika nicht im Interesse des Kontinents ist, und riet Mondale, den Kontinent nicht in sinnlose ideologische Konflikte zu zerren.

Ungeschminkt dürfte Mondales Report über seine Politsafari Carter kaum erfreuen. Um so mehr, da mit dieser Blitzreise auch propagandistische Ziele verfolgt wurden. Nicht von ungefähr bezeichnete sie die „Daily Times“ (Lagos) als „Trick“, um Stimmen der Afroamerikaner für Carter zu gewinnen. Doch Afrika ist nicht der Kontinent, wo Washington mit Unterstützung für seine Politik rechnen kann.

J. BOTSCHKARJOW

DAS 16. NATO-MITGLIED?

Anatoli MEDWEDENKO

Seit der spanische Außenminister Marcelino Oreja Aguirre die Absicht der Regierung bekanntgab, 1981 die Frage eines NATO-Beitritts Spaniens zu stellen, sind über zwei Monate vergangen, aber in den politischen Kreisen und in der Presse des Landes wird weiterhin heftig diskutiert. Das ist begreiflich, geht es doch um die nationalen Interessen des spanischen Volkes, darum, daß sein Recht, frei über sein Schicksal zu verfügen, im Falle des Anschlusses an die NATO gefährdet werden könnte.

Das Thema Spanien/NATO ist nicht gar so neu. Erstmals kam es noch im Januar 1976 zur Sprache, als Madrid und Washington den fünfjährigen Vertrag über Zusammenarbeit unterzeichneten. Formal festigte er die militärischen Kontakte zwischen beiden Ländern und bestimmte, zu welchen Bedingungen die USA auf spanischem Gebiet gelegene Militärstützpunkte benutzen könnten. Aber schon damals war klar, daß ein Hauptziel des neuen Vertrages darin besteht, Spanien für die NATO zu gewinnen.

Seit die Südflanke der NATO infolge des griechisch-türkischen Konfliktes und der labilen politischen Situation auf Malta, in Portugal und Italien geschwächt ist, gewinnt der spanische Raum kraft seiner geographischen Lage sowohl für das Pentagon als auch für die NATO einen besonderen strategischen Wert auf dem europäischen Kontinent und auf den Seewegen nach Afrika und dem Nahen Osten. Die Bedeutung Spaniens für Washington ergibt sich daraus, daß das Land die Mittelmeerküste und die Seewege kontrolliert, auf denen täglich 130 Schiffe verkehren. Eine strategisch sehr günstige Lage haben im Atlantik die Kanarischen Inseln. Hinzufügen wäre, daß das ganze von Westeuropa importierte Erdöl über Gibraltar kommt. Ferner darf man nicht vergessen, welche Bedeutung die USA den Militärstützpunkten auf spanischem Boden beimessen.

Daher rührt die Beharrlichkeit, mit der Washington Spanien zum baldigsten NATO-Beitritt drängt. Am wichtigsten sei es für die USA,

schrrieb die Zeitschrift „Cambio 16“ im Januar 1976, zu vermeiden, daß Spanien in seiner Außenpolitik zur Neutralität übergehe. Das sei jetzt die größte Gefahr für die USA. Die Amerikaner könnten sich jetzt eine Schweiz im Mittelmeerraum nicht leisten. Im Oktober 1976 wurde deshalb in Washington ein amerikanisch-spanischer Rat unter Vorsitz der Außenminister beider Länder gegründet. Im Rahmen dieses Rates entstanden ein Vereinigter Militärausschuß und ein Vereinigter Ausschuß für militärpolitische Probleme und für die militärische Verwaltung. Die beiden Ausschüsse hatten die Handlungen Spaniens, der USA und der NATO zu koordinieren.

Dieses Ziel verfolgten die Amerikaner auch mit ihren zahlreichen Besuchen auf verschiedenen Ebenen. In den letzten vier Jahren waren in Madrid Präsident Carter, Außenminister Vance, Verteidigungsminister Brown, Sicherheitsberater Brzezinski, Senatoren und Abgeordnete. Jedem Besucher ging es in erster Linie darum, die spanischen Behörden zum baldigsten NATO-Beitritt zu überreden. Carter z. B. erklärte ohne Umschweife, daß die USA die Teilnahme Spaniens an diesem Block mit Genugtuung erwägen. Das Problem Spanien/NATO stand auch auf der Tagesordnung verschiedenster Konferenzen, Symposien und Kolloquien unter Teilnahme von NATO-Leuten und natürlich auch der NATO-Ratstagungen.

In Spanien selbst gibt es Kreise, die das Land ebenfalls möglichst bald in der NATO sehen möchten. Sie greifen zu verschiedenen Druckmethoden, um die Regierung in diesem Sinne zu beeinflussen. Nicht zuletzt deshalb setzte sich Außenminister Oreja im März 1978 im Senat offiziell für einen Beitritt ein. Davon sprachen auch andere offizielle Persönlichkeiten, darunter Regierungschef Suarez. Doch waren all das all-

gemeine Erklärungen, mit Vorbehalten und, was noch wichtiger ist, ohne verpflichtende Termine. Die jüngste Erklärung Orejas unterscheidet sich von den früheren dadurch, daß er zum erstenmal mehr oder minder genau den Zeitpunkt bestimmte und kategorisch unterstrich: Die Frage des NATO-Beitritts gehöre zu den nächsten Plänen der Regierung.

Warum spricht Oreja gerade jetzt davon? Politische Beobachter nennen mehrere Gründe. Erstens erfolgte diese Erklärung nur zwei Tage nach dem Gipfeltreffen der EG-Länder in Venedig, auf dem der Vorschlag des französischen Präsidenten Giscard d'Estaing erörtert wurde, die Verhandlungen über die Aufnahme Spaniens und Portugals in die EG auszusetzen. Es hatte also einen tieferen Sinn, daß der spanische Außenminister die Teilnahme seines Landes an der NATO von der Aufnahme Spaniens in die EG abhängig



Um das Problem Spanien/NATO ging es bei den jüngsten Verhandlungen Carters in Madrid

Aus: „País“ (Spanien)

machte. Zugleich stellte Madrid, um möglichst viel vom eventuellen Beitritt zu NATO zu profitieren, eine weitere Bedingung: Spanien bei der Wiederherstellung der Souveränität über Gibraltar zu helfen. Durch die Wiederaufnahme der Frage des NATO-Beitritts will die Regierung nach Meinung spanischer Beobachter die Öffentlichkeit auf die außenpolitischen Fragen umorientieren und der Kritik wegen der Unfähigkeit, die inneren Probleme (Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Terrorismus) zu lösen, entgegen.

Spanische Journalisten verweisen auch auf folgendes: Der Minister gab seine Erklärung am Vorabend des offiziellen Madridbesuchs Präsident Carters ab: Die spanische Regierung, schreibt die Zeitung „Mundo obreiro“, beeilte sich, die USA-Admini-

stration der Treue zum Atlantismus zu versichern. Schließlich kommt in Betracht, daß der amerikanisch-spanische Vertrag über militärische Zusammenarbeit bald abläuft.

Wie zu erwarten war, fand Orejas Erklärung in den atlantischen Kreisen gute Aufnahme. NATO-Generalsekretär Luns hat die Initiative Madrids restlos unterstützt.

Die Absicht Madrids, die Frage des Beitritts 1981 zu prüfen, wurde auf der NATO-Ratstagung im Juni besprochen und ebenfalls restlos unterstützt. Inzwischen haben Militärexperten der NATO seine Funktionen in dieser Organisation schon festgelegt. In einem von ihnen vorbereiteten Bericht heißt es: Die spanischen Streitkräfte sollen Bestandteil der strategischen NATO-Reserve werden, bereit sein, auf dem Kriegsschauplatz in Europa oder Kleinasien vorzugehen (in diesem Falle hat Madrid 1,5 Millionen Mann zu stellen), und dem Oberkommando des Blocks eine bestimmte Menge von Kampftechnik und Rüstungen überlassen. Geplant ist ferner, die Truppen der NATO-Länder in Spanien auszubilden.

Begeistert wurde die atlantische Initiative der Regierung von den spanischen Rechten begrüßt. Blas Piñar, der Führer der profaschistischen „Fuerza Nueva“, tat das unter den ersten. Billigung fand Orejas Erklärung bei Manuel Fraga Iribarne, dem Führer der neofranquistischen „Volksallianz“. Die Union des demokratischen Zentrums ist auch dafür.

Ganz anders steht die linke Opposition zu dieser Idee. Im Beschluß des ZK-Plenums der KP Spaniens vom Juni d. J. heißt es, daß die Kommunistische Partei „entschieden gegen die verantwortungslose Erklärung Außenminister Orejas auftritt und erneuert ihre negative Einstellung zu einem NATO-Beitritt Spaniens bestätigt“. Die Leitung der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei betont in ihrer Resolution, daß die Sozialisten das Vorhaben der Regierung nicht billigen und eine breite Kampagne planen, um alle politischen und sozialen Fortschrittskräfte gegen seine Verwirklichung zu mobilisieren.

Die Sozialistische Einheitspartei Kataloniens, die Sozialistische Partei Andalusiens, der Bund des kanarischen Volkes und andere Parteien haben ebenfalls protestiert. Im gleichen Geist äußern sich viele Massenorganisationen des Landes, die einen Koordinationsausschuß gegen die NATO gegründet haben. Auf seine Initiative wurden in Madrid und anderen Städten Kundgebungen gegen die atlantische Politik der Regierung organisiert. Der Ausschuß sammelt Unterschriften unter einen entsprechenden Aufruf.

In den militärischen Kreisen besteht keine Einmütigkeit in bezug auf einen NATO-Beitritt. Nach Angaben der Zeitschrift „Defensa“ verhalten sich über 40% der Militärs reserviert. Gegen den Beitritt sind die Ränge von Leutnant bis Major.

Wie der Sekretär für internationale Kontakte in der Union des Demokratischen Zentrums Javier Ruperes vor kurzem erklärte, wolle die Regierung dem Parlament den Entwurf eines „organischen“ Gesetzes vorlegen, das den Anschluß des Landes an die NATO vorsieht. Laut Verfassung kann der Entwurf nur mit absoluter Mehrheit (176 Stimmen) angenommen werden. Vorläufig läßt sich nicht sagen, ob die Regierungspartei die erforderliche Unterstützung erhält.

Gewiß, die Ausarbeitung der außenpolitischen Hauptrichtungen ist Sache der spanischen Regierung. Aber sie kann sich nicht über die Meinung der fortschrittlichen Öffentlichkeit im In- und Ausland hinwegsetzen, diese aber vertritt die Auffassung, daß Spanien nicht das 16. NATO-Mitglied werden darf. Vor allem widerspricht das seinen nationalen Interessen. Außerdem läßt sich die NATO-Erweiterung nicht mit der Schlußakte vereinbaren und würde das bestehende militärstrategische Gleichgewicht in Europa stören. Deshalb wäre das ein Hindernis für die Erfüllung der wichtigen Aufgabe, die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen und mit allen Mitteln eine Minde rung der internationalen Spannungen herbeizuführen.

Madrid

NZ

KOMMENTAR

GEFÄHRLICHER SCHRITT

„Das ist der seit dem zweiten Weltkrieg wichtigste Beschluß, der die Maßnahmen aufhebt, die die Neuaufrüstung der Bundesrepublik beschränken“. Auf diese Weise beurteilte ein AP-Korrespondent den vor kurzem gefaßten Beschluß der Westeuropäischen Union (WEU), das über die BRD verhängte Verbot des Baus großtonnagiger Kriegsschiffe aufzuheben. Gemäß dem Pariser Vertrag von 1954 durfte Bonn keine Überwasserschiffe von mehr als 6000 BRT und keine U-Boote von mehr als 1800 BRT bauen. Ferner hatte es kein Recht, seine Flotte mit Atomtrieb auszurüsten. Nunmehr darf die Bundesmarine beliebige Schiffe bis zu Flugzeugträgern haben.

Als Großbritannien, Frankreich und die Beneluxländer 1948 ihr später auf WEU getauftes Militärbündnis gründeten, erklärten sie, eine seiner Hauptaufgaben sei es, die Wiederbelebung des deutschen Militarismus zu verhindern. Das störte sie jedoch nicht, Mitte der 50er Jahre die BRD in ihre Reihen und dann auch in die NATO aufzunehmen.

Heute kann es die Bundeswehr, wie Bundesverteidigungsminister Apel erklärt, mit den Streitkräften jedes NATO-Landes aufnehmen. Sie zählt eine halbe Million Mann, ist mit modernsten Waffen ausgerüstet und gilt als eine der kampffähigsten Armeen. Der WEU-Beschluß eröffnet auch der Bundesmarine nicht weniger günstige Aussichten.

Welche Ziele verfolgt dieser Beschluß? Vor allem: Er wurde auf Initiative der Bonner Regierung angenommen. Am Rhein hofft man, daß dies die politischen und militärischen Positionen der BRD sowohl im Westen als auch global verstärken wird. Bonns Partner in der WEU und der NATO behaupten, der Beschluß sollte die Verteidigungsfähigkeit des Westens verbessern. Es geht um eine Umverteilung der Rollen in der NATO. Der westlichen Presse zufolge werden die Seestreitkräfte der USA und Großbritanniens mehrere Regionen der südlichen Hemisphäre, vor allem den Persischen Golf, „überwachen“, die BRD sie im Norden ersetzen.

Der WEU-Beschluß ruft bei der friedliebenden Öffentlichkeit Besorgnis hervor. Mit Recht. Die „Humanité“ (Paris) betont: „Ein neuer gefährlicher Impuls zur Aufrüstung der BRD ist gegeben worden. Dabei hat sie schon jetzt die zahlenmäßig und auch sonst stärkste Armee Westeuropas.“ Dieser Schritt kann die internationalen Spannungen erhöhen.

W. BOIKOW

Zeit zu wählen

Dmitri WOLSKI

Ist es möglich, in Südostasien einen stabilen Frieden zu errichten? Doch, und das bestätigt erneut die Initiative von Vietnam, Laos und Kambodscha, die in der zweiten Julihälfte der Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN) — Indonesien, Malaysia, den Philippinen, Singapur und Thailand — vorschlugen, Verträge über Nichtangriff und friedliche Koexistenz zu schließen. Sie bekundeten ihre Bereitschaft, zur Schaffung einer Zone von Frieden und Stabilität in Südostasien beizutragen. Der thailändischen Regierung wurden auch Vorschläge gemacht, die die Lösung der Flüchtlingsfrage, die Schaffung einer entmilitarisierten Zone im Raum der kambodschanisch-thailändischen Grenze sowie den Verzicht darauf vorsehen, das Territorium für Wühlaktionen gegen die vertragschließenden Seiten zu überlassen. In diesem Zusammenhang brachten Vietnam, Laos und Kambodscha die Mißbilligung der thailändischen Regierung zum Ausdruck. Das ist begreiflich: Gerade das Territorium Thailands wurde in letzter Zeit zum Einschleusen als „freiwillige Heimkehrer“ getarnter Pol-Pot-Banden nach Kambodscha benutzt, was die Lage im ganzen Raum zugespitzt hat.

„Kommandieren“ und „kontrollieren“

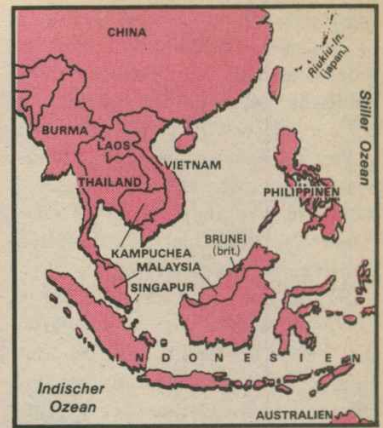
Dabei ist sie dort ohnehin gespannt. In den 16 Monaten nach dem chinesischen Einfall in Vietnam stellt Peking seine Provokationen an der vietnamesischen Grenze nicht ein. Dem stellvertretenden Außenminister der USA Holbrooke, der vor kurzem Peking besuchte, gab man dort zu verstehen, daß eine weitere militärische Aktion gegen Vietnam „nicht ausgeschlossen“ sei. Wie wir sehen, handeln die chinesischen Führer nicht auf eigene Faust, sondern offensichtlich in der Hoffnung auf ein Bündnis mit Washington, wo noch vielen eine Revanche für die Niederlage im langen Aggressionskrieg der 60er—70er Jahre vorschwebt. Zudem sind auch in Südostasien die konservativen Kräfte noch recht einflußreich, sie könnten also gegen die indochinesischen Staaten, vor allem gegen das sozialistische Vietnam, aufgehetzt werden.

Um die asiatischen Länder gegen Vietnam auszuspielen, wurde ein ganzes Szenario (Gattung: politische Utopie) ausgearbeitet. Ein gewisser Peter Navarro, Doktorand an der Harvard-Universität, der selbst zugeibt, die Ereignisse im Geiste des kalten Kriegs zu interpretieren, entblödete sich nicht zu behaupten, die Politik der SRV verfolge das Ziel, „die kommunistische Kontrolle auf die strategisch wichtige Straße von Malakka auszudehnen, über die eine wichtige Seeverbindung zwischen Europa und dem Fernen Osten führt“. Diese Politik sei „Bestandteil der zunehmenden globalen kommunistischen Expansion“.

Der Doktorand kündigt nicht in seinem Namen. Die „New York Times“ bezeugte am 15. Juli: Z. Brzezinski habe geäußert — und Präsident Carter „seinen Standpunkt akzeptiert“ —, daß die Ereignisse im Mittleren Osten und in Indochina auf eine „kommunistische Offensive gegen westliche Seewege an beiden entgegengesetzten Enden des Indischen Ozeans“ zurückzuführen seien.

Von Seewegen und -straßen haben wir aber schon mehrmals Ähnliches gehört. Etwa von der Straße von Hormus, wonach laut imperialistischen Lügenmärchen die unsichtbare „Hand Moskaus“ langt und wo sich in Wirklichkeit USA-Flottenverbände mit Flugzeugträgern konzentrieren. Da jetzt die Lesart von „kommunistischen“ Ansprüchen auf die „Seeverbindungen des Westens“ auch in Südostasien in Umlauf gebracht wird, braucht man sich nicht zu wundern, wenn eines Tages auch dort USA-Geschwader mit Trägern auftauchen. Eigentlich haben sie ja den Raum nie verlassen, sich nur von der indochinesischen Küste zu ihren Stützpunkten auf den Philippinen und in Japan zurückgezogen.

Hat jemand nun beschlossen, daß die Zeit gekommen sei, sie erneut in besagten Raum zu verlegen? Denn mit einemmal erinnert man sich in Washington an den inzwischen vergessenen Manilapakt von 1954, der die Rechtsgrundlage des aggressiven SEATO-Blocks bildete. Die SEATO ist längst zerfallen, aber das vergilbte Dokument aus Dulles' Hinterlassenschaft wird, wie sich herausstellt, nicht nur sorgsam aufbewahrt,



sondern auch griffbereit gehalten: Auch schon amtliche Sprecher beufen sich auf den Manilapakt, um die forcierten Waffenlieferungen der USA an Thailand und überhaupt die neue Erweiterung der „Präsenz“ der USA in Südostasien zu begründen.

Damit im Zusammenhang stehen auch die immer augenfälligeren Versuche Washingtons, die 1967 zur regionalen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit gegründete ASEAN zu einem Militärbündnis, einer Art zweiten SEATO auszubauen. Es liegen Nachrichten über die Pläne der ASEAN-Länder vor, gemeinsame Manöver mit Japan abzuhalten, und im Nationalen Verteidigungsamt Japans deutet man eine eventuelle Teilnahme auch der USA-Truppen an.

„Der Vietnamkrieg ist nicht zu Ende“, behauptet sogar der erwähnte Peter Navarro und ruft die USA auf, ihre „Teilnahme“ an diesem seiner Meinung nach nichtbeendeten Krieg zu erneuern. Was die USA schon jetzt unternehmen sollten, sei „die taktische Unterstützung aus der Luft von einem Luftwaffenstützpunkt auf den Philippinen oder die Verlegung von Kriegsschiffen in die Straße von Siam, um die Artillerieunterstützung vom Meer her zu sichern“.

Man will also die Geschichte ummodellieren und die alte Taktik „Asiaten gegen Asiaten“ in neuer Abwandlung anwenden. Washington festigt seine eigenen militaristischen Positionen im Vorfeld dieses Teils Asiens — insbesondere auf den Inseln Mikronesiens, wo ein intensiver militärischer Aufbau im Gange ist — und bemüht sich zugleich darum, die ASEAN-Länder und Japan in seine Vorbereitungen einzubeziehen. Aber das wichtigste neue Element ist das Zusammenwirken mit der Pekingischen Führung. Auch diese hofft, wie die „Times“ (London) schreibt, „eine inoffizielle, gegen die UdSSR und Vietnam gerichtete Al-

lianzen unter Teilnahme der USA, Japans, Australiens und Thailands zu schaffen“.

In dieser Harmonie gibt es allerdings einen Mißklang: Wer nun wird wen „kommandieren“ und „kontrollieren“? Aus der Geschichte weiß man, daß in friedensfeindlichen Bündnissen stets der mehr Trümpfe hat, der einen aggressiveren und abenteuerlicheren Kurs steuert.

Was unausgesprochen bleibt

Wie dem auch sei, ein solches Bündnis bedroht ganz Asien und nicht zuletzt die ASEAN-Länder, die offenbar in die chinesisch-amerikanische Zange genommen werden sollen.

Es dient ihnen nicht als Garantie, daß sie den kapitalistischen Weg gehen und eng mit dem Westen zusammenarbeiten. Eher im Gegenteil. Für die heutige Pekinger Führung sind diese Länder nur Konkurrenten im Kampf um Anleihen und Kapital aus dem Ausland. Übrigens sind die Beziehungen dieser Staaten zum Westen ebenfalls alles andere als harmonisch.

In den 60er und 70er Jahren erlebten sie einen Wirtschaftsboom, ihr Wachstumstempo betrug bisweilen über 10% im Jahr, es entstanden zahlreiche Betriebe der verarbeitenden Industrie, und die exportierten Rohstoffe wurden Mangelware. Können diese Länder hinnehmen, daß der Westen und Japan die Last der Wirtschaftskrise auf sie abwälzen wollen?

Die Wolkenkratzer haben ja die Elendshütten nicht aus der Welt geschafft. Reicher sind nur die Reichen geworden, während die Zahl der Armen zunimmt, weil die ruinierten Bauern zum städtischen Lumpenproletariat stoßen. All das kann soziale Erschütterungen hervorrufen, deren Ausmaße nicht vorauszusagen sind. Wir wollen hier nur demographische Prognosen erwähnen: Indonesien z. B. wird im Jahr 2000 etwa 221,6 Millionen Einwohner haben, also fast ebensoviel wie die USA; Asien (ohne den asiatischen Teil der UdSSR) beherbergt schon heute 57,9% der Erdbevölkerung und wird diese führende Stellung behalten. UNO-Experten sagen ein „phänomenales Wachstum“ der Städte in den Entwicklungsstaaten voraus, wo „ihre Größe so gewaltig sein wird, daß das Leben in ihnen kaum noch als normal und die städtische Wirtschaft als steuerbar anzusprechen sein wird“. Wie der philippinische Experte R. Sales errechnete, kommen heute 10 von 11 Neugeborenen in den Entwicklungsländern und nur ein Prozent in den Industrieländern zur Welt. Für die-

ses eine Kind aber werden mehr Naturreichtümer verausgabt als für die übrigen 10 zusammengenommen. Dabei ist, wie der philippinische Demograph schreibt, „jedes heute zur Welt kommende Kind die Verkörperung von Hoffnungen und Erwartungen“.

Nicht nur auf den Philippinen oder in Indonesien macht man sich Gedanken darüber. Brzezinski sprach noch 1977 beunruhigt von der Bevölkerungszunahme in den Entwicklungsländern, darunter in Südostasien, und mit noch größerer Unruhe von einem „beispiellosen politischen Erwachen der Massen“. Wie kann der Imperialismus unter diesen Umständen die Kapitalmärkte und Rohstoffquellen weiterhin beherrschen? Einige seiner Strategen mögen denken: Harte militärische Kontrolle zu errichten und die „Hoffnungen und Erwartungen“ der neuen Generationen Südasiens zunichte zu machen, bedeute, seine dichte Bevölkerung „dünn zu machen“. Wie schon, durch militärische Konflikte.

Wie die Praxis zeigt, sind die US-Rangers trotz all ihrer Killer-Ausbildung und berufsmäßigen Grausamkeit einer solchen schmutzigen Arbeit nicht gewachsen. Sie wünschten nicht einmal einige wenige Wochen auf den Schiffen im Indischen Ozean ohne Bier zu bleiben. Weit mehr eignen sich für diese „Arbeit“ die hungrigen, verbitterten, betrogenen Pol-Pot-Leute mit ihren maoistischen Dogmen und ihrer Mißachtung des Menschenlebens. Oder die Banditen vom Schlege derjenigen, die in Afghanistan Menschen bei lebendigem Leibe die Haut abziehen. Wird vielleicht deswegen den einen wie auch den anderen so sehr der Rücken gesteift? Und dienen solche Vorhaben nicht als ein Pfeiler für die „Brücke nach Peking“?

Die „Quotidien de Paris“ schrieb: „Der Westen spielt die chinesische Karte aus und China Einflußsphären zu. Wie ein solches Spiel ausgeht, bleibt dahingestellt.“ Klar ist, daß die ersten Opfer dieses „Spiels“ viele Millionen Menschen in Südostasien werden könnten.

Was überwiegen muß

Es gibt Faktoren, die eine positive Entwicklung in Südostasien begünstigen. In erster Linie ist es die friedliche und zugleich feste Politik der SRV und der anderen indochinesischen Staaten, die von der sozialistischen Staatengemeinschaft unterstützt werden. Bei der Öffentlichkeit dieser Länder haben ihre neuen Vorschläge an die ASEAN-Staaten ein positives Echo ausgelöst.

Die Autorität Vietnams und seiner Bündnispartner wächst trotz aller Versuche, sie in Mißkredit zu bringen.

Zweitens ist es die Stabilisierung in Kampuchea, die Festigung der internationalen Positionen des Volksregimes, die überzeugend davon bestätigt wird, daß es vor kurzem vom größten nichtpaktgebundenen Land, Indien, anerkannt worden ist. Selbst die westliche Presse gibt neuerdings zu, daß das Volk Kampuchreas die Regierung Heng Samrin unterstützt. Solche Faktoren erschweren die Versuche, dieses leidgeprüfte Land in einen ständigen Spannungsherd in Südostasien umzuwandeln.

Drittens erstarkt in den ASEAN-Ländern der Widerstand dagegen, daß sie in die amerikanisch-chinesischen Abenteuer einbezogen werden. Mehr noch. Erst im Juli konstatierte die Londoner „Times“: „Vom Standpunkt Malaysias und Indonesiens lenkt der heutige Konflikt nur von der Gefahr seitens Chinas ab.“

Viertens besteht auch in den herrschenden USA-Kreisen keine Einmütigkeit, nicht einmal in der gegenwärtigen Administration. Der „New York Times“ zufolge seien die „Mitarbeiter des Staatsdepartements“ im Unterschied zu Carter und Brzezinski mit den oben erwähnten Thesen von „zwei Elementen ein und derselben Offensive“ nicht einverstanden. Sie meinen, daß die Lage komplizierter sei, lehnen „entschieden jegliche militärische Schritte Chinas gegen die Regierung in Hanoi“ ab und „rufen zur Zurückhaltung im Hinblick auf künftige militärische Beziehungen zu Thailand auf“.

Und schließlich fünftens. Jeder vernünftige Mensch sieht, daß die feindselige, abenteuerliche Politik der Pekinger Führung gegenüber den südlichen Nachbarländern den wahren Interessen des chinesischen Volkes kraß widerspricht. Ebenso wenig läßt sie sich mit den verkündeten Plänen der „Modernisierung“ Chinas vereinbaren.

Südostasien steht heute also am Scheideweg: entweder die weitere Erhöhung der Spannungen mit allen sich daraus ergebenden Folgen oder die — und sei es langsame und allmähliche — Hinwendung zur friedlichen Koexistenz und Zusammenarbeit. Nur eine solche Hinwendung kann die Lösung der außerordentlich komplizierten sozialen, wirtschaftlichen und demographischen Probleme der asiatischen Länder erleichtern und ihnen eine freie Entwicklung sichern, frei auch von der Angst um die Zukunft.

PROBLEME SPITZEN SICH ZU

Pawel MESENZEW

Die Wahlen des neuen, 7. Staatsoberhauptes der Türkischen Republik dauern schon über vier Monate. Die mehr als 100 Wahlrunden, die in den gemeinsamen Sitzungen beider Kammern (Senat und Meclis) durchgeführt wurden, haben kein Ergebnis gebracht: Keiner der Kandidaten konnte die erforderliche Stimmenmehrheit auf sich vereinigen. Wie die türkische Presse schreibt, müßte ein konstruktiver Dialog zwischen den wichtigsten Parteien eingeleitet werden. Gemeint sind vor allem die Regierungspartei (Gerechtigkeitspartei) und die oppositionelle Republikanische Volkspartei. Beide sind im Parlament ungefähr paritätisch vertreten und darum bemüht, ihren Kandidaten für die nächsten 7 Jahre zum Präsidenten zu machen. Festgestellt wird ferner, daß die langen Wahlen die Lösung unaufschiebbarer Probleme behindern und daß es die wachsende Unzufriedenheit der Generalität hervorruft, die ihre eigenen „Korrekturen“ an der Situation vornehmen könnte.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten

Es bleibt dahingestellt, ob die Wahlen des Präsidenten sofort einen Wohlstand im Lande herzaubern werden. Doch stimmt es, daß die Türkei mit vielen dringenden Problemen konfrontiert ist. Darüber sind die Militärs gereizt. Noch im vorigen Dezember verwiesen sie die Führer der politischen Parteien auf deren Verantwortung für die heutige gar nicht stabile Lage. Diese Probleme lasten schwer auf dem türkischen Volk.

Am ernstesten sind die Wirtschaft- und Finanzschwierigkeiten. Hinzu kommen die Differenzen zwischen den Parteien sowie ein hemmungsloser Terrorismus.

Zur Charakteristik der türkischen Wirtschaft: Die Außenschulden betragen fast 15 Md. Dollar, die Valutareserven dagegen nur ca. 0,5 Md. Dollar. Die Arbeitslosigkeit erreicht mehr als 20%. Die Inflation drückt sich in einer dreistelligen Ziffer aus und wächst unaufhaltsam weiter. Die Industriebetriebe sind nur zu 35 bis 40% ausgelastet. Die sich häufig abwechselnden Regierungen der Gerechtigkeits- und der Republikanischen Volkspartei treffen zwar Maßnahmen zur Wirtschaftsregulierung, aber vorläufig ohne greifbare Erfolge.

Die im vorigen November an die Macht gekommene 6. Regierung der Gerechtigkeitspartei unter S. Demirel gab ein neues „Paket von Wirtschaftsmaßnahmen“ bekannt.

Dieser langfristige Wirtschaftsplan der „Liberalisierung der Wirtschaft“ soll den privaten Sektor stimulieren und Auslandskapital, u. a. Kredite vom Internationalen Währungsfonds (IWF), heranziehen. Die Regierung begann die Verwirklichung des Plans damit, daß sie das türkische Pfund um 48% gegenüber dem US-Dollar abwertete, die Subventionen für die verstaatlichten Betriebe um mehr als 4. Md. Dollar kürzte, dafür aber das private Unternehmertum förderte, dem die Aufgabe gestellt worden ist, mehr Exportwaren zu produzieren.

Diese Schritte der türkischen Regierung wurden von westlichen Monopolen mit Billigung und vom nationalen Kapital mit Begeisterung aufgenommen. Wie die Zeitung „Günaydin“ schrieb, ist die türkische Wirtschaft, die früher in den Händen von 200 Familien war, jetzt an 20 ausgeliefert. Die Zeitung „Gumhuriyet“ betonte, daß die Regierung Demirel „die Wirtschaft, den In- und Auslandshandel nunmehr in vollem Einklang mit den IWF-Empfehlungen leitet“.

Die türkische Presse kommentiert jetzt lebhaft den Beschluß des IWF, der Türkei einen Kredit von 1,6 Md. Dollar zu gewähren. Aus diesem Geld will die Regierung das Defizit von 1980 (voraussichtlich über 3 Md. Dollar) zum Teil decken.

Als Gegenleistung muß die Türkei eben die „Empfehlungen“ des IWF befolgen. Unter dem Hinweis auf das Defizit des Staatshaushalts verlangt er von seinem Kunden ständig eine Kürzung der Subventionen für Massenbedarfsgüter, was unvermeidlich die Lebenshaltungskosten der breiten werktätigen Massen erhöht. Nach Angaben der Zeitung „Tercüman“ stiegen die Preise in Ankara allein in den ersten vier Monaten bei Lebensmitteln und Konsumgütern um 55% (Brot um 50%, Kartoffeln um 100%), und das Defizit der Außenhandelsbilanz erreicht heute 766,7 Mio Dollar. Anfang Juni mußte die Regierung das Pfund erneut (durchschnittlich um 6%) abwerten. Die Presse in Ankara schrieb, der IWF habe der türkischen Währung „eine neue Ohrfeige“ verabreicht. Die Opposition ihrerseits nennt das Wirtschafts-

programm der Regierung einen „Verrat an der Arbeiterklasse zugunsten der Reichen und Ausländer“.

Die Türkei hat Valuta bitter nötig, auch wegen horrender Erdölrechnungen, und sucht danach überall. Die Regierung erwartete, daß die USA, die westeuropäischen Länder und Japan ihr über die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit) helfen würden. Aber die Geldsäcke aus der OECD haben Anleihen eben nur versprochen, und auch da stellten lediglich die USA und die BRD eine größere Summe — je 295 Mio Dollar — in Aussicht; die anderen prüfen noch die Kreditfähigkeit der Türkei.

Vor kurzem noch halfen türkische Arbeiter, die nach Westeuropa auswanderten, die Schulden abzutragen. Jetzt sind die Valutaüberweisungen von ihnen merklich zurückgegangen. Das stürmische Wachstum der Arbeitslosigkeit zwingt das industrielle Europa, zunehmend auf die Dienste der Gastarbeiter zu verzichten.

Einen weiteren Grund für die sinkenden Valutaengänge zum Staatsäckel sieht die Presse darin, daß die türkischen Bürger an die Finanz- und Wirtschaftspolitik der eigenen Regierung nicht mehr glauben und ihre Mittel im Ausland deponieren oder in Gold anlegen.

Nach Ansicht der Regierung Demirel werde sie zur Lösung der Wirtschaftsprobleme gemäß ihrem neuen Wirtschaftsprogramm nur wenig Zeit brauchen, die Schwierigkeiten aber, die sich daraus ergeben, würden durch greifbare künftige Errungenschaften wettgemacht werden. Doch nach Ansicht von Wirtschaftsexperten wird die Türkei für seine Realisierung in den nächsten 5 Jahren ausländische Investitionen in Höhe von 10–15 Md. Dollar benötigen, und die sind nicht so leicht aufzutreiben.

Hemmungsloser Terrorismus

Ein nicht weniger brennendes inneres Problem der Türkei ist der entfesselte politische Terrorismus. Kein Tag, an dem nicht Menschen von der Hand der Terroristen gefallen wären. Allein am 22. Juli z. B. wurden 5 Personen ermordet und unzählige Gewalttätigkeiten und Raubüberfälle verübt. Die Opfer der Terroristen sind hauptsächlich Vertreter der demokratischen Kräfte: Wissenschaftler, Politiker,

Journalisten, Studenten, Arbeiter. Vor wenigen Tagen wurden der ehemalige Ministerpräsident N. Erim, der ehemalige Leiter der Konföderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften K. Türkler und der Korrespondent der fortschrittlichen Zeitung „Demokrat“ R. Ünal getötet. Nach Angaben der Zeitung „Milliyet“ wurden im vorigen Jahr 1058 Personen ermordet.

Einige westliche und türkische Presseorgane sehen die Ursprünge von Banditismus und Anarchie im traditionellen ethnischen und religiösen Hader zwischen den verschiedenen Sekten der 44-Millionen-Bevöl-

stärken und die legitimen Rechte und Freiheiten des türkischen Volkes zu beschneiden, denn in der Auslegung der amtlichen Propaganda ist jede fortschrittliche Aktion antinationaler Kampf für die Errichtung eines „kommunistischen Regimes“.

Viele in der Türkei sind der Meinung, daß es sehr schwer fallen wird, die Verbrechen und den Terrorismus einzudämmen, solange nicht radikale soziale Reformen vorgenommen werden, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und den Lebensstandard des Volkes zu heben.

Der Druck von außen

Zu den inneren Problemen des Landes kommen außenpolitische Komplikationen hinzu. Der Druck der USA auf die Türkei, um diesem Land eine aktivere Rolle in der Strategie der NATO und des Imperialismus aufzuzwingen, wird immer offensichtlicher. Die Zeitschrift „U.S. News & World Report“ schrieb: Der Umstand, daß die USA die Abhörposten im Nachbar-

kischen Territorium zu erlauben. Das sind übrigens jene skandalösen Maschinen, von denen eine seinerzeit in den Luftraum der UdSSR eindrang und über sowjetischem Territorium abgeschossen wurde.

Das Pentagon und die NATO verlangen von der Türkei schon seit langem diese Erlaubnis, denn es geht ihnen um Aufklärungsangaben über die UdSSR. Seit die USA ihre geheimen Abhörstationen in Iran verloren haben, steht die Türkei unter viel stärkerem Druck.

Inzwischen aber erklärte Washington, ohne sich erst um diplomatische Feinheiten zu kümmern, die Türkei habe endlich, „ausgehend von den eigenen nationalen Interessen und den Interessen des NATO-Bündnisses“, amerikanischen Spionageflugzeugen „erlaubt“, in der Nähe der sowjetischen Grenze zu fliegen. In den USA redet man davon, daß dies dem „Schutz der nationalen Interessen“ Washingtons im Persischen Golf, d. h. den aggressiven Aktivitäten der USA im Nahen und Mittleren Osten, sozusagen einen respek-



Die Polizei wütet unter Demonstranten in Izmir. Zur Niederhaltung der Unruhen werden auch Schützenpanzerwagen der Armee eingesetzt.

Aus: „Turkey Today“



land der UdSSR Iran verloren habe, erhöhe noch mehr die Bedeutung der Türkei für die Verteidigung des Westens.

Die gegenwärtige türkische Regierung ihrerseits gibt jeden Anlaß zu denken, daß sie nicht abgeneigt ist, ihre Beziehungen zum Westen zu festigen. Die türkische Zeitung „Demokrat“ schrieb im Zusammenhang mit der NATO-Ratstagung in Ankara: „Die Regierung Demirel ist in ihrer Hoffnung, freigebige Hilfe von den Bündnispartnern zu bekommen, zu allen politischen und wirtschaftlichen Zugeständnissen bereit, die die USA und die NATO von ihr haben wollen.“

Eine überzeugende Illustration für den verstärkten Druck Washingtons auf Ankara sind die Forderungen, den amerikanischen Spionageflugzeugen U-2 das Überfliegen des tür-

tablen Anstrich gibt. Im Zusammenhang mit der Reise einer Gruppe von USA-Senatoren in die Türkei und andere Länder der NATO-Südflanke (April) betonte die AP vor kurzem: „Amerikanische und türkische amtliche Persönlichkeiten scheinen jetzt zu der einmütigen Meinung gekommen zu sein, ... daß solche Flüge wirklich notwendig sind.“

In der Türkei selbst sind sich viele über den Ernst dieser Frage klar. Die schon erwähnte einflußreiche „Gumhuriyet“ fordert auf, in dieser Hinsicht eine feste und eindeutige Position zu beziehen, und schreibt: Wenn heute oder morgen ein USA-Flugzeug vom Stützpunkt in Incirlik startete, um Bomben auf Iran abzuwerfen — welche Position werde die Türkei da beziehen?..

kerung, die sich zum Islam bekennt. In Wirklichkeit handelt es sich um einen offenen profaschistischen Terror, einen Feldzug der äußerst reaktionären politischen Kräfte gegen die demokratische Bewegung. Ein überzeugender Beweis dafür sind die jüngsten dramatischen Ereignisse in Çorum, wo faschistoide Bur-schen 26 Personen ermordet und weitere zahlreiche Menschen verwundet haben.

Die fortschrittliche türkische Presse sieht in der Eskalation des Terrors einen Ausdruck der allgemeinen Offensive der Reaktion, einen Kampf, den die Agenten der einheimischen und ausländischen Monopole gegen die demokratischen Kräfte entfesselt haben. Eine solche Situation liefert den Behörden den Vorwand, die Repressalien zu ver-

AB IN DIE „FREIHEIT“!



Die Karikatur aus dem Nachrichtenmagazin „U.S. News & World Report“ zeigt, daß die Amerikaner immer mehr unter Steuern und Inflation zu leiden haben.

Statistisch sieht das so aus: Ein Ehepaar muß entsprechend seinem Gesamtverdienst Bundessteuern von 28 bis 37% zahlen. Doch selbst nach Abzug

dieser Steuern dürfen die Amerikaner immer noch nicht ruhig leben. Wie das Blatt en passé bemerkt, „kann das Bild noch schlechter aussehen“, wenn man die Steuern des betreffenden Bundesstaates und einige andere Abgaben berücksichtigt. Hinzu kommen die ebenfalls steigenden Beiträge für die Sozialversicherung. Plus Inflation, die allein in den ersten sechs Monaten d. J. 14,8% erreichte...

Der Lebensstandard sinkt. Wenn ein Amerikaner, der 1970 noch 5000 Dollar verdiente, sein Lebensniveau halten will, muß er 1980 bereits 10 376 Dollar aufwenden. Die Statistik übertreibt nicht. Die Aussichten können sich ändern — doch nur zum Schlechteren.

Die Zeichnungen aus der kanadischen „Globe and Mail“ gelten

dem gleichen wirtschaftlichen Thema, das für westliche Karikaturisten eine wahre Fundgrube geworden ist. Unter der Wirtschaftsmisere des Westens leiden nicht nur Arbeiter, Farmer und Angestellte, sondern auch kleine Geschäftsleute. Was bleibt einem bankrotten Geschäftsmann übrig? Soll er sich doch an der abfallenden Profitkurve aufhängen, rät das Blatt. Und wie hat man mit Häftlingen zu verfahren, die... das Kittchen partout nicht verlassen wollen? Sie werden eben einfach von den Gefängniswärtern hinausgetragen.

V. GRIBATSCHOW



QUE VIVA URUGUAY!

In Uruguay gibt es der „Unità“ zufolge die größte Pro-Kopf-Zahl politischer Häftlinge. Jeder hundertste Bürger der einst als „lateinamerikanische Schweiz“ gepriesenen Republik wurde oder wird physischen und psychischen Foltern ausgesetzt. Jeder fünfzigste befand oder befindet sich im Gefängnis. Die Häftlinge müssen ihren Aufenthalt hinter Gittern selbst bezahlen, als hätten sie in einem Luxushotel logiert. Wer für den „Komfort“ und die „Fürsorge“ der Gefängniswärter nicht genug zahlt, wird nach Strafverbüßung nicht auf freien Fuß gesetzt.

„Como el Uruguay no hay“ („Es gibt kein Land wie Uruguay“) ist ein Lieblingsauspruch der Menschen dieses Landes. Die derzeitige Militärregierung hat das auf ihre Art bewiesen.

A. WLADIMIROW

ZURÜCK ZUR RIKSCHA!

Das Beschäftigungsproblem, das den Ländern des Kapitals so zusetzt, macht jetzt auch Peking zu schaffen — obgleich es offiziell keine Arbeitslosen gibt. 20 Millionen „warten“ eben nur auf Arbeit. Doch wie man das auch zu kaschieren sucht — das Problem als solches bleibt und harret seiner Lösung. Doch wie?

Manches wurde schon ersonnen. In letzter Zeit hat in den chinesischen Städten die Zahl der Fakire und Degenschlucker, der kleinen Zauberer, der Wasserträger und der Spielzeugverkäufer stark zugenommen. Doch so können alle 20 Millionen Erwerbslosen nicht beschäftigt werden. Da unterbreitete „Guangming ribao“ eine originelle Idee, um gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen.

Das Blatt veröffentlichte den Brief eines gewissen Ma Cejiu: Das jetzige System des städtischen Nahverkehrs werde mit den Anforderungen nicht fertig, und das Taxifahren sei ja überaus teuer. Um die „vielfältigen Bedürfnisse der Volksmassen“ zu befriedigen, wird vorgeschlagen... den Beruf des Rikschafahrers wieder zu Ehren zu bringen. Das werde „Guangming ribao“ zufolge „neue Möglichkeiten für die Beschäftigung der Jugend bieten“.

Seinerzeit war der Beruf des Rikschafahrers in Volkschina als schändlich und gesundheitsschädlich verboten worden. Jetzt will „Guangming ribao“ also nur die bereits vom Vorsitzenden Mao verkündete Direktive erfüllen, „die Vergangenheit für die Gegenwart nutzbar zu machen“.

I. KARAMSIN

„NEUE ZEIT“

31.80

S „IMMUNITÄT“

nes Prozesses durfte er sich „angesichts
chen Gesundheitszustandes“ in einer
um aufhalten. Zur Urteilsverkündung
ht zu kommen, doch, nachdem er das
re Gefängnis und 100 000 Gulden Geld-
amen hatte, mimte er eine Ohnmacht.
ranke“ wurde nicht etwa in das Ge-
eingewiesen, sondern in die Klinik

NS-Kriegsverbrecher Pieter Menten,
hitlerfaschistischen Okkupation Mas-
der sowjetischen Zivilbevölkerung
a weiteres Mal seiner gerechten Strafe.
chwacher Gesundheitszustand“, den er
ht, hinderte ihn nicht, 7 Stunden — so
sein letztes Wort —, die Sowjetunion
n, indem er behauptete, die Beweise
n von den sowjetischen Behörden fa-
en.

erteil endlich vollstreckt wird? Während
rälte im Solde des Verbrechers und
s immer neue Eingaben abfassen, um
ihres Klienten zu beweisen, sammelt
wirklich „rührend“ betreut wird, neue

W. ROSEN

SLICHE MÜH'

d in Wa-
man jetzt
rechnen auf
tur in Süd-
das wegen
dem Füh-
reanischen
e Schere-
im nehmen

B hatten
Kim Tai
em Tokio-
happt, nach
pt und ins
rphen. Die
ministration
reanischen
en. Warum
an einem
Schwierig-
Die Kid-
elänge in
d in Japan
los, hagel-
entartischen

r Kim Tai
rchgehend
Washington
en sich er-
„besten“
e Attacken
Menschen-
en in Süd-
Mitteln ab-

wimmelten. Jetzt aber ist
der Fall Kim Tai Schung
erneut ins Rampenlicht ge-
rückt: Die Öffentlichkeit
erfuhr aus amerikanischen
und japanischen Zeitun-
gen, daß der Oppositions-
führer gefoltert worden
war. Daraufhin schlossen
die Seouler Generale un-
verzüglich die Korrespon-
dentebüros der Presse-
organe, die diese Infor-
mationen verbreitet hatten.
Ein solcher Affront war in
Tokio nicht erwartet wor-
den. Der Außenminister
Japans mußte sogar seinen
südkoreanischen Kollegen
ermahnen. Und das Weiße
Haus beauftragte seinen
Botschafter, die „Frage“
der Behandlung der poli-
tischen Häftlinge zu klä-
ren.

Nach einigem Nachden-
ken versprach man in
Seoul, für Kim Tai Schung
zu „sorgen“. Doch wie!
Noch ist das unklar, vor
allem aber soll sich die
Aufregung wieder legen,
sollen sich Tokio und Wa-
shington nur nicht aufre-
gen.

L. MICHAÏLOW

BUSINESS AS USUAL?

Auf Anweisung des
britischen Energiemi-
nisters David Howell flog
eine Gruppe britischer
Atomphysiker klammheim-
lich nach Hongkong ab.
Die Tory-Regierung hatte
diese Reise für top secret
erklärt. Selbst die Parla-
mentarier wurden nicht
benachrichtigt.

Die britischen Wissen-
schaftler sollten bei der
Errichtung des ersten
Atomkraftwerkes in China
Hilfe leisten. Warum nun
flog die Delegation nach

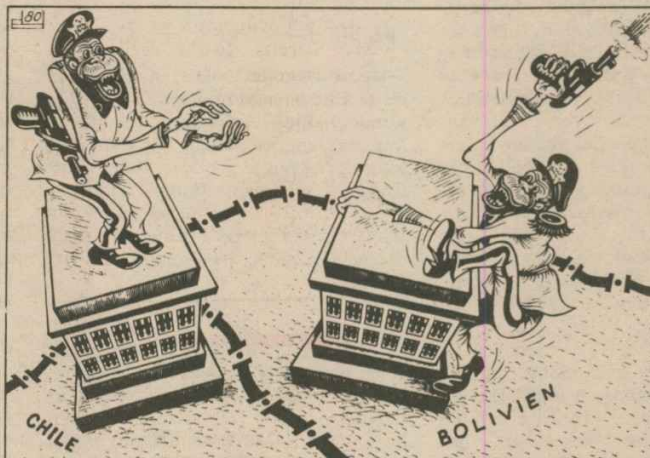
Hongkong, nicht aber
direkt nach Peking! Dem
„Sunday Express“ (Groß-
britannien) zufolge gibt
es kein bilaterales Ab-
kommen über ein solches
Projekt. Ebendeshalb be-
schlossen beide „interes-
sierten Seiten“, einen
Vermittler einzuschal-
ten — die Hongkonger
China Light and Power
Co., die sich bereit er-
klärte, gemeinsam mit
britischen Wissenschaft-
lern Möglichkeiten für
den Bau eines Atomkraft-

werkes in China zu prü-
fen.

Man könnte denken —
Business as usual —
wenn nicht dem „Sunday
Express“ zufolge die Er-
richtung eines solchen
Atomkraftwerkes den
Chinesen ermöglichen
würde, als Nebenprodukt
angereichertes Uran zu er-
halten. Und so wird Pe-
king sein Atomwaffen-
potential vergrößern kön-
nen.

Deshalb will man in
London nicht als Komplie-
ce dastehen.

J. SOLONIZYN



Ein bekanntes
Szenario!
Pinochet und
seine
Helfershelfer
können mit
ihren gelehrigen
Schülern
zufrieden sein.
Die boliviani-
schen Gefäng-
nisse sind
überfüllt. Das
Bolivar-Stadion
in La Paz hat
man (ebenso
wie in Santiago
de Chile) zu
einem riesigen
KZ gemacht...

Zeichnung:
W. Tschakiridis

Alles fließt...

André Fontaine betätigt sich für „Le
Monde“ als Fabelschreiber, wenn er das
Märchen von der Riesenschlange (So-
wjetunion) erzählt, die nach der Revo-
lution von 1917 eine Vielzahl von Län-
dern — große wie kleine — geschluckt
hat. Besonders sagten ihr die ehemali-
gen zaristischen Kolonien in Mittelasien
zu, die auch heute unterjocht würden.

In der französischen Presse finden
sich nicht zum ersten Mal Beiträge über
die mittelasiatischen Sowjetrepubliken.
So verfaßte der Sonderkorrespondent
einer Pariser Zeitung bei einem Usbeki-
stan-Besuch vor einigen Jahren folgen-
de Reportage:

„Die Anhänger des wissenschaftlichen
Materialismus, die heute Usbekistan lei-
ten... sind stolz auf die nach der Okto-
berrevolution erzielten Erfolge. Diese
Erfolge nehmen sich wohl nirgends in

der Region, die noch vor einem halben
Jahrhundert zu Rückständigkeit, Seu-
chen und Analphabetentum verdammt
schien, so beeindruckend aus.“

Den französischen Journalisten ver-
setzte nahezu alles in Staunen — der
„sich vor Überfluß biegende“ Basar von
Samarkand und daß „Usbekistan nach
den USA den zweiten Platz in der
Baumwollproduktion einnimmt“, die
Sauberkeit der Taschkenter Straßen,
„auf die Paris neidisch sein könnte“, das
garantierte Recht auf Arbeit, die kurze
Arbeitswoche und die kostenlose medi-
zinische Betreuung...“

Der Autor dieser Zeilen kann kaum
Sympathie für die UdSSR unterstellt
werden. Sein Name ist André Fontaine.
Seit seiner ersten Usbekistan-Reportage
haben sich offenbar bei den Bossen von
„Le Monde“ der Gusto geändert — und
bei dem Journalisten die Ansichten!

L. NIKOLAJEW

ZWEI ASPEKTE DES US-HEGEMONISMUS

Andrej MELWIL

Die Veränderlichkeit und Unbeständigkeit des politischen Klimas in den USA, seine krankhafte Schwäche gegenüber dem Einfluß des Militär-Industrie-Komplexes, des Big Business, der zionistischen Lobby, der anderen antisowjetischen Kräfte und Gruppierungen sind hinreichend bekannt. Doch wenn man die US-Presse heute durchsieht, muß einem auffallen, wie viele Menschen in den USA sich fragen, was denn nun die Gründe für diese so unerwartete Schwenkung der Administration sind. Viele in den USA sehen die Motive hierfür in Carters Streben zu beweisen, daß er nicht einfach auf äußere Ereignisse reagiert, sondern ein langfristiges politisch-ideologisches Programm hat, um anderen zuvorzukommen. Ein solches Programm der Wende zur Konfrontation und zur faktischen Aufgabe früherer Ziele ist jetzt deutlich genug geworden. Vergessen sind die „Menschenrechte“, die Bekundungen für eine Beschränkung des Waffenhandels und der Weitergabe von Nukleartechnologie. Die verbal früher stets abgelehnte Idee einer globalen Interdependenz („linking“) in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen wird aufoktroiert. Statt der kürzlichen „philantropischen“ Predigten beginnt man, sogar Lebensmittel zum Druck auf andere Länder einzusetzen.

Doch diese Frage hat noch eine andere Seite. Es geht dabei darum, daß sich die jetzige Administration weniger von einer internationalen Krise zur anderen geschleppt hat (was ihr insbesondere Senator Edward Kennedy vorwirft) als vielmehr, daß sie selbst aktiv diese Krisen aufgebaut hat. Offenbar nahm man an, eine Kette von Krisen — „Menschenrechtsverletzungen“, eine „militärische Bedrohung seitens der Sowjetunion“, die Indochinaflüchtlinge, die sowjetische „Kampfbrigade“ auf Kuba und schließlich die Vorgänge im Iran und in Afghanistan — seien am besten geeignet, die Nation von den ungelösten inneren Problemen abzulenken.

Überdies kommt man bei einer Betrachtung der Entwicklung der letzten Jahre unwillkürlich zu dem Schluß, daß sich neben dem sichtbaren Zickzackkurs der Politik Washingtons auch eine gewisse innere Kontinuität in den politischen und ideologischen Aktionen der jetzigen Administration abzeichnet. Im Hin und Her der Carter-Administration vom „Moralisieren“ zum „Kult der Stärke“ gibt es eine gewisse innere

Konsequenz, einen ständigen Hang dazu, die „amerikanische Ausschließlichkeit“, die Ideologie der „Überlegenheit“ und das Streben zu behaupten, politisch, wirtschaftlich, ideologisch oder auch militärisch andere Länder zu dominieren. „Die herrschenden Kreise der USA, die den anderen Staaten ihren Willen aufzuzwingen versuchen, haben den Weg wirtschaftlicher ‚Sanktionen‘ und des Abbaus der wissenschaftlich-technischen, der kulturellen und sportlichen Beziehungen eingeschlagen, halten sich nicht an die übernommenen Verpflichtungen und sabotieren die von ihnen unterzeichneten Abkommen und Vereinbarungen“, heißt es im Beschluß des Juni-Plenums des ZK der KPdSU „Über die internationale Lage und die Außenpolitik der UdSSR“.

„Politik der Stärke“

Heute wagt es kaum jemand, offen seine Hegemonieambitionen zu bekunden. Eine Ausnahme macht da nur das merkwürdige Tandem Peking—Washington. In den USA selbst sind Hegemonieambitionen Tradition, die sich auf die im bürgerlichen Bewußtsein verwurzelte Konzeption der „amerikanischen Ausschließlichkeit“ gründet.

Im Laufe der Geschichte manifestierte sich diese „Ausschließlichkeit“ bisweilen als Isolationismus zur Rettung Amerikas vor dem verderblichen Einfluß von außen, dann wieder als radikal-messianische Orientierung auf die „Rettung“ der ganzen Menschheit. Nach dem zweiten Weltkrieg, der das Territorium der USA nicht berührte, gewannen Hegemonieambitionen in der amerikanischen Außenpolitik die Oberhand. Ihr Kernstück sind militanter Antikommunismus und die falsche Annahme, das „amerikanische Zeitalter“ sei angebrochen.

In den 60er Jahren fügte dieser Hegemonismus Indochina unzählige Leiden zu und bewirkte, daß amerikanische Boys fern der Heimat fielen — für die ideologischen und politischen Ansprüche imperialistischer Kreise in einem schmutzigen Krieg, der keineswegs im nationalen Interesse der USA lag — ganz im Gegenteil. Vietnam war eine schwere außenpolitische Krise, die die USA schmerzlich traf, zu einer Spaltung der Gesellschaft führte sowie eine immer größere Opposition und die Antikriegsbewegung auf den Plan rief.

Natürlich fiel es vielen nicht leicht,

sich der neuen Situation anzupassen. Zugleich taten gewisse politische Kreise alles, um die Amerikaner die vietnamesische Lektion vergessen zu lassen und das Land erneut auf den gefährlichen Weg militärischer Abenteuer zu stoßen. Das konnte damals nicht offen geschehen — zu frisch war noch die Erinnerung an die Vergangenheit, zu groß das Mißtrauen gegenüber der Politik der Regierung, zu stark das Streben nach Katharsis und Erneuerung. Carter, der nicht mit moralisierenden Sentenzen geizt hatte, wußte sich diese Stimmungen zunutze zu machen.

Die westliche Propaganda stellt Carter oft als einen politischen Neuling dar, dem persönliche „Enttäuschungen“ schwer zusetzen. Zugegeben ein Neuling, doch die von ihm entfesselte antisowjetische „Menschenrechtskampagne“ verfolgte weitreichende Ziele und wurde auf ihre Art durchaus auf Profi-Niveau geführt. Angesichts der Untergrabung der Möglichkeiten des militärischen, politischen und wirtschaftlichen Hegemonismus zeigte sich in vollem Maße der ideologisch-moralische Hegemonismus. Wie schon oft wollten sich die USA das Recht anmaßen, Gericht zu halten sowie andere Länder zu belobigen oder zu bestrafen, wenn sie „amerikanischen Modellen“ entsprechen oder nicht.

Das „Moralisieren“ und der „Kult der Stärke“ als zwei kommunizierende Gefäße, beide gefüllt mit Hegemonieambitionen. Neben zur Schau gestellter Ehrsamkeit nahmen Versuche kein Ende, das Post-Vietnam-Syndrom und einen Zustand endgültig zu überwinden, der als „geistige Krise“ und als „Verlust des politischen Willens“ bezeichnet wurde.

Gesetzmäßige Metamorphose

Beunruhigende Anzeichen für schon nicht mehr taktische, sondern strategische Beschlüsse der USA und der NATO, ihre Haltung gegenüber der UdSSR zu verschärfen, sind jetzt deutlich geworden. Ein Übergang auf einen „Kurs der Stärke“ zu einem offen militanten Hegemonismus, der keiner moralisch verbrämten Tarnung bedarf, wird verkündet. Davon zeugen u. a. der Brüsseler Beschluß, neue Raketenkernwaffen in einigen westeuropäischen Ländern zu stationieren, das Fünfjahresprogramm zur Verstärkung der US-Rüstungsanstrengungen, eine ganze Reihe anderer einseitiger Handlungen, die die Bezeichnung „Carter-Doktrin“ erhielten. Sie alle sind vom

Geist des kalten Krieges durchdrungen, zeigen die politische Unausgeglichenheit ihrer Autoren, die Geringschätzung der Grundinteressen von Frieden und Entspannung.

Die Moralpredigten hatten ihren Dienst getan — jetzt konnte man auch zum traditionellen Pragmatismus zurückkehren. Im kalten Krieg hatte man den antisowjetischen Kurs durch militantes messianisches Moralisieren zu rechtfertigen gesucht. Charakteristisches Beispiel: die hochtrabenden Predigten eines John Foster Dulles. Heute aber ist diese moralisierende Rhetorik fast vergessen — zu erkennen ist nur eine Machtkonfrontation.

Diese ideologische Metamorphose wurde durch einige Faktoren hervorgerufen. Erstens kommt in der „Carter-Doktrin“ Peking, das plötzlich zu einem Stabilitätsfaktor in Asien erklärt wurde, eine besondere Rolle zu. Und das, obwohl die „chinesische Karte“ für die USA allein genommen fast wertlos ist. Nach dem offenen Abgehen der USA von einer Politik der „Äquidistanz“ gegenüber der UdSSR und China ist Peking zu einem Vorreiter der US-Militärpräsenz in Asien geworden. Washington seinerseits aber begann viel größeres Verständnis für die Hegemoniegeleüste seines Partners zu zeigen. Nicht von ungefähr schrieb der französische „Quotidien de Paris“ zu dem kürzlichen Tokioter Treffen zwischen US-Präsident Carter und Hua Guofeng, dem Premier des Staatsrates der VR China, daß „ein Ausspielen der ‚chinesischen Karte‘ den Westen dazu bringen kann, China ‚de facto‘ zu seiner Einflußzone zu erklären und ganze Völker der Willkür von Diktaturen auszuliefern“.

Doch viele Leute in den USA (die zudem verschiedenen politischen und ideologischen Lagern angehören) haben das Ausspielen der „chinesischen Karte“ in der antisowjetischen Kampagne nicht gerade enthusiastisch aufgenommen. Selbst ein Verfechter des harten Kurses wie William Kintner, ein bekannter Theoretiker der internationalen Beziehungen, warnte vor der Gefahr eines „historischen Romantismus“ bei der amerikanisch-chinesischen Annäherung.

Der zweite Faktor, der die heutige pragmatische Welle auslöste, hängt mit den Ereignissen in Südwestasien zusammen: mit dem Freiheitskampf des afghanischen und des iranischen Volkes und mit der sowjetischen Hilfe für die DR Afghanistan bei der Abwehr der Einnischung von außen. Die US-Propaganda verbreitet stereotype Erklärungen, als würden der „Iran-Schock“ und das Scheitern der Versuche, Afghanistan in ein militärisches Aufmarschge-

biet gegen die UdSSR zu verwandeln, den USA helfen, erfolgreich ihre „Komplexe“ und ihr „Schuldgefühl“ wegen der Intervention in Indochina zu kompensieren.

Der Iran ist im Grund für die USA die erste schwere internationale Krise, die auf keine Weise durch eine Zuspitzung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen erklärt werden konnte. Auch darauf waren die Väter einer Politik, die stets von der „Hand Moskaus“ tönten, also nicht vorbereitet. Anfangs hatten US-Propagandisten zwar versucht, zu behaupten, die Vorgänge im Iran seien von der UdSSR inspiriert worden. Doch daß solche Vorurteile der wahren Lage in dieser Region nicht gerecht werden, war ganz einfach zu deutlich. Da vollzog sich eine recht eigenartige Wende: Im politischen und ideologischen Kampf gegen die UdSSR sucht man diesmal, die „islamische Karte“ auszuspielen.

So soll versucht werden, die Ereignisse zu entstellen und es so darzustellen, als ob die Bedrohung für die arabische Welt nicht vom US-Imperialismus ausgeht, nicht von der proisraelischen und antiarabischen Orientierung der amerikanischen Nahostpolitik, sondern von der UdSSR. Zudem sind die USA nicht abgeneigt, sich dem Islam anzudienen. Wie Carter sagte, wurde „die Gemeinsamkeit der menschlichen und moralischen Prinzipien des amerikanischen Volkes“ (d. h. der in den USA herrschenden bürgerlichen Ideologie) „und der Moslems“ verkündet.

Doch dann haben erst die versöhnlichen Erklärungen, später der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Iran, die Wirtschaftsanktionen und sogar eine bewaffnete Provokation deutlich gemacht, daß die US-Politik in dieser Region nichts als Heuchelei ist. Trotz aller verbalen Kunststücke ist also die „islamische Karte“ nur ein Feigenblatt, um die Politik des Hegemonismus, des Diktats gegenüber den arabischen Völkern zu tarnen.

Nostalgie nach dem „Big Stick“

Der neue politische Kurs der US-Administration, der den militärischen Hegemonismus in den Mittelpunkt stellt, wird oft mit der „Truman-Doktrin“ verglichen, die die „Eindämmung des Kommunismus“ und den kalten Krieg als Hauptziele der US-Außenpolitik proklamierte. Doch die Analogie ist nicht wortwörtlich zu verstehen. Vor allem ist das Kräfteverhältnis in der Welt insgesamt und das zwischen der UdSSR und den USA insbesondere ein ganz anderes als zu Zeiten von Truman und Dulles. Des-

halb sind selbst bei ähnlichen Motiven für eine Konfrontation die Möglichkeiten einer „Politik der Stärke“ weitaus nicht die einstigen.

Vor allem hat sich die Welt selbst geändert, und eine Rückkehr zur Vergangenheit ist unmöglich. Das verstehen heute viele Amerikaner. Sie sind wie es der bekannte US-Forscher Stanley Hoffmann sagte, gegen den „Hang nach einer Art diktatorischem Stil in der internationalen Diplomatie, die Nostalgie nach ‚Big Sticks‘ und nach heroischen Schlägen, nach einer Welt, kommandiert von amerikanischen Sheriffs und Justizbeamten...“

Zudem sind sich heute anders als zu Zeiten des kalten Krieges in den USA selbst die verschiedenen Kreise nicht darüber einig, welcher politische Kurs gegenüber der UdSSR einzuschlagen sei. Die Öffentlichkeit tendiert oft in verschiedene Richtungen. Natürlich bleiben die Anstrengungen gewisser politischer Kreise, den fanatischen Antisowjetismus und Chauvinismus zu schüren, nicht ohne Ergebnis. Zudem wollen sie sich auch die tiefsitzenden, schwer überwindbaren ideologischen Vorurteile der Amerikaner zunutze machen — den mangelnden Willen, den anderen zu verstehen, die Versuchung, eine einfache Lösung komplizierter weltpolitischer Fragen durchsetzen zu wollen.

Doch die Amerikaner akzeptieren heute keineswegs widerspruchslös die Außenpolitik des Weißen Hauses. Der bekannte amerikanische Meinungsforscher Daniel Jankelovich kam zu dem Schluß, daß die Zeit, da der „Durchschnittsamerikaner“ seinem Präsidenten in der Außenpolitik vorbehaltlos vertraute, für alle Zeiten vorbei ist. Überdies hat das Mißtrauen gegenüber der Staatsmacht, das früher vor allem auf innere soziale Probleme gerichtet war, auch außenpolitische Aktionen der Administration erfaßt.

„Das amerikanische Volk hat die furchtbaren Jahre des McCarthyismus nicht vergessen“, sagte Gus Hall in einer Rede an der New-Yorker Volkshochschule zum Studium des Marxismus im Januar d. J. „Es hat auch Watergate nicht vergessen. Daher mißtraut das Volk der Regierung und den Monopolen und läßt sich nicht in Hysterie versetzen. So kann eine Rückkehr zum kalten Krieg ausgeschlossen werden.“

Natürlich sagen die Hegemonieambitionen, die Exzentrik und der hitzige Eifer manchen Leuten in den USA durchaus zu. Doch Zurückhaltung und Ausgeglichenheit verlangen viel größeren Mut und politische Klugheit.

JAPAN HEUTE

Lew TOLKUNOW

Vor kurzem war ich auf Einladung einer der größten japanischen Zeitungen, der „Asahi“, zum dritten Mal in Japan. Das erste Mal war ich 1967 dort und muß sagen, daß sich seit damals viel verändert hat. Produktionstechnisch und im Export hat es große Fortschritte gemacht. Im Wirtschaftswachstum ist es all die Jahre den anderen kapitalistischen Ländern überlegen. Jetzt haben sich die japanischen Konzerne auf den Kapitalexport eingestellt. Sie bauen Fabriken und andere Betriebe nicht nur in Südostasien, sondern auch in Nord- und Südamerika, in Afrika und im Nahen Osten. Der Kapitalexport gibt ihnen in den einen Fällen die Möglichkeit, billigere Arbeitskräfte zu beschäftigen, in anderen, z. B. in Industrieländern, sich besser der Konkurrenz anzupassen und die Zollschranken links liegen zu lassen. Auf jeden Fall erstreckt sich die Industriemacht Japans nicht mehr auf das Land allein, sondern auch weit über seine Grenzen hinaus.

Japans wirtschaftliche Erfolge sind nicht zu verkennen. Davon sticht besonders die politische und militärische Abhängigkeit von den USA ab. Sie wirkt sich auch auf Japans Beziehungen zu anderen Staaten, u. a. zur UdSSR, aus.

Der Washingtoner Mentor

Das System des amerikanisch-japanischen „Sicherheitsvertrags“ sowie die offenen und geheimen Verbindungen mit der Liberal-Demokratischen Regierungspartei befähigen Washington, die wichtigsten innerpolitischen Prozesse in Japan wie auch dessen Außenpolitik wesentlich zu beeinflussen.

Nach der Niederlage der USA in Vietnam begann Japan, als Vollzieher der Asien-Pazifik-Strategie Washingtons eine merklich größere Rolle zu spielen. Das soll Washington an der Partnerschaft die Hauptsache sein. Brzezinski z. B. nennt die amerikanisch-japanischen Beziehungen ganz offen eine unentbehrliche Grundlage dafür, daß die USA überall auf Erden ihre weitgesteckten Ziele erreichen können, und einen Faktor bei der Wahrung ihrer strategischen und politischen Interessen im Pazifikraum.

Washingtons Kalküle gehen dahin, daß Japan politisch eine größere Rolle in der Welt spielen müsse, doch strikt im Rahmen der US-Strategie, wobei es zusätzliche militärische Aufwendungen an Material und Finanzen zu übernehmen habe. Es habe ein vorgeschobener Posten der USA in Asien zu sein.

Gewiß, Japan hat Anspruch auf eine wichtige weltpolitische Rolle. Klar ist aber auch, daß es sie erreichen kann, wenn es außenpolitisch den Schwerpunkt auf nichtmilitärische und nichtblockgebundene Faktoren legt. Die USA spornen gewisse japanische Politiker aus Leibeskräften in ihrem Streben nach einer Revision der friedlichen Landesverfassung an. Dabei können gerade eine strikte Befolgung der Verfassung und der akzeptierten „kernwaffenfreien Prinzipien“ sowie multilaterale internationale Garantien Japans Sicherheit und Souveränität viel verlässlicher gewährleisten, als es die

und im Kongreß der USA fördert die zunehmende Neigung zum Protektionismus und ist ein Mittel, auf Japan zu drücken. Dessen Abhängigkeit von den USA macht sich noch immer geltend, auf diese entfällt etwa ein Viertel des japanischen Außenhandelsvolumens. Die Handels- und Wirtschaftsgespräche von 1978 und 1979 haben gezeigt, daß die USA Japan mit Druckmitteln zu gewissen Zugeständnissen zwingen können.

Aber die gekünstelten Maßnahmen zur angeblichen Öffnung des japanischen Marktes für amerikanische Waren werden die Handelsbilanz kaum radikal zugunsten der USA verändern. Japans Wirtschaft ist offenbar fähiger, sich den schwierigen Absatzverhältnissen anzupassen. Können die amerikanischen Waren schon auf dem eigenen Markt nicht mit den japanischen konkurrieren, so werden sie es auf dem japanischen Markt wohl erst recht nicht.

Der Partner China

Tokio hat mit dem japanisch-chinesischen „Friedens- und Freundschaftsvertrag“ von 1978 einen gefährlichen Schritt getan. Jeder ist sich darüber klar, daß sein Kern der Artikel über die „Bekämpfung des Hegemonismus“ ist. Peking sucht diesen Artikel als Rechtsgrundlage für die Einbeziehung Japans in seine antisowjetische Strategie und im weiteren Sinne dafür zu benutzen, Japan zu seinem Partner und seiner technologischen Stütze bei seinen Hegemonialbestrebungen in Asien und anderwärts zu machen.

Die Ereignisse haben eindeutig gezeigt, daß recht einflußreiche Kräfte in den herrschenden Kreisen Japans gern die „chinesische Karte“ ausspielen würden, wenn sie ohne Ende die „Frage der nördlichen Gebiete“, d. h. die unhaltbaren Gebietsansprüche

Japans an die UdSSR zur Sprache bringen.

Weitere Vorgänge ließen erkennen, wie gewisse offizielle Kreise Tokios zu den Plänen Pekings stehen, den japanisch-chinesischen Vertrag als Grundlage für eine militärische und technologische Zusammenarbeit der beiden Länder zu benutzen. Immer mehr Tatsachen zeigen, daß Tokio das Bestreben Pekings unterstützt, seine Streitkräfte zu modernisieren, und



Die Werktätigen Japans sind gegen die Pläne für die Militarisierung des Landes

Foto: TASS

militärischen Verpflichtungen und der „Atomschirm“ der USA können.

Viele Politiker der USA möchten die Verantwortung für deren wirtschaftliche Schwierigkeiten auf den fernöstlichen Partner abwälzen und mit einer japanischen Handelsexpansion vor den Wählern die eigene Unfähigkeit bemänteln, der Inflation, der Arbeitslosigkeit und der Energiekrise abzuwehren. Die japanfeindliche Einstellung in den Gewerkschaften, in der Geschäftswelt

grundsätzlich nichts gegen eine militärische Stärkung Chinas einzuwenden hat.

Diese vielsagenden Äußerungen wurden mit Pressemeldungen belegt, Peking bekäme große Kredite, moderne Computer und andere technologische Ausrüstungen, die für die Modernisierung der chinesischen Streitkräfte verwendet werden könnten.

Peking hat in Japan eine große Propaganda aufgezogen, vor allem, um pekingfreundliche Gruppierungen entstehen zu lassen. In Japan leben über 50 000 „Auslandschinesen“. Sie sind gut organisiert und haben eigene Presseorgane. Über sie sucht Peking, die Öffentlichkeit Japans mit seiner Propaganda gründlich zu bearbeiten. Es heißt, von den Abschlüssen habe China 3–5% für diese Propaganda bestimmt. Ausgiebig wird auch von den „freundschaftlichen Buchhandlungen“, d. h. solchen Gebrauch gemacht, die maoistische Schriften führen.

Für japanische Journalisten, die jetzt nach China kommen, werden Programme zusammengestellt, man bringt sie in früher für Ausländer gesperrt gewesene Landesgebiete. Allmählich engen die beiden Länder den Bereich ihrer militärischen Geheimnisse voneinander ein. Japanische Generale und Offiziere sind an Lehranstalten und bei Manövern der Armee, beim Generalstab und beim Verteidigungsministerium Chinas häufige Gäste und sogar Berater. Allein von April 1977 bis April 1979 waren 15 japanische Militärdelegationen in China.

Hohe chinesische Militärs reisen ihrerseits regelmäßig zu einem Meinungs- und Informationsaustausch mit japanischen Kollegen sowie auf der Suche nach moderner Kriegstechnik und anderem modernem Heeresgut nach Japan. Viele Beobachter sehen etwas Symbolisches darin, daß die Liste der chinesischen Besucher nach dem Abschluß des „Friedens- und Freundschaftsvertrags“ vom August 1978 vom Militär in Person des stellvertretenden Generalstabschefs Zhang Caiqiang eingeleitet wurde.

Eine Tripelallianz!

Letztthin hat Peking nicht nur aufgehört, den japanisch-amerikanischen „Sicherheitsvertrag“ und die militaristischen Kreise Japans zu kritisieren, sondern ist dazu übergegangen, Tokio zu einer engeren militärischen Zusammenarbeit mit den USA und zum Aufstocken seiner „Selbstverteidigungskräfte“ aufzurufen. In Peking verheißt man gar nicht, daß man damit die provoka-

torische Absicht verfolgt, die internationale Entspannung zu torpedieren und eine militärische und politische Einheitsfront gegen die UdSSR zu bilden.

Die in Windeseile vorgenommene Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und China ist unverkennbar ein Schritt auf dem Weg zu Sonderbeziehungen in dem Dreieck Washington—Tokio—Peking und zum Aufheizen der Spannungen in der Asien-Pazifik-Region.

Anschaulich zeigten das die Besuche Deng Xiaopings in Japan und in den USA. Sein giftiger antisowjetischer Wortschwall (die „Asahi“ hob hervor: „Das Wichtigste im Gepäck Dengs ist der Antisowjetismus.“) strafte die Behauptung Tokios und Washingtons Lügen, daß sich die Dreierbeziehungen nicht gegen die UdSSR richten. Er hat nochmals bloßgelegt, daß gerade die Zimmerung dieses antisowjetischen Dreierbündnisses der Schwerpunkt in der Politik Pekings und der ins gleiche Horn stoßenden Falken in Washington und Tokio ist. Das hat

der Soka-Universität äußerte in der Zeitschrift „Sekai shuho“, der japanisch-chinesische Vertrag rieche „tatsächlich nach einem antisowjetischen japanisch-chinesischen Bündnis. China strebt es offen an, wenn möglich, sogar seine Umwandlung in eine japanisch-amerikanisch-chinesische, gegen die UdSSR gerichtete Tripelallianz.“ Man dürfe „die früheren geschichtlichen Fehler nicht noch einmal machen“, sondern müsse ein Freundschaftsverhältnis Japans mit allen Ländern, auch mit der UdSSR, pflegen.

In Tokio scheinen aber die militaristischen Anmaßungen die Oberhand über die politische Vernunft zu gewinnen. Entgegen dem offiziellen Begriff einer „multilateralen Diplomatie“ gehen gewisse Elemente der herrschenden Kreise Japans in der Blockbildung mit Peking und Washington immer weiter.

Die herrschenden Kreise scheinen aus der Tragödie des zweiten Weltkriegs keine Lehren gezogen zu haben. Viele Fakten lassen erkennen, daß Tokio Kurs darauf genommen hat, das Land neuzurüsten und starke Streitkräfte aufzustellen.

Das Monopolkapital hat eine komplexe Grundlage für die Herstellung so gut wie aller modernen Waffen geschaffen: Es hat alte Betriebe von Grund auf umgebaut und nach dem letzten Wort der Wissenschaft und Technik hochleistungsfähige Rüstungsindustrien ins Leben gerufen. Die Industrie Japans deckt den Bedarf der „Selbstverteidigungskräfte“ schon zu 90%.

Im Rüstungsgeschäft sind jetzt etwa 2000 Gesellschaften engagiert. Sie erzeugen Geschütze,

Schützenwaffen, Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge, Panzer, Panzerwagen, Raketen, Lenkgeschosse und Elektronenapparate.

Die mit dieser Produktion verbundenen Betriebe bekommen für militärische Forschungen und für die Erneuerung und Modernisierung ihrer Anlagen immer mehr staatliche Zuwendungen. Besonders konzentriert man sich darauf, Raketen mit Laserzielvorrichtungen und elektronische Feuerkontroll- und -richtanlagen zu entwickeln. Japan führt ein umfangreiches Raum- und Kernforschungsprogramm aus.

Mit der Zuwachsrate seiner Rüstungsaufwendungen nimmt Japan heute einen der ersten Plätze in der Welt und mit den absoluten Zahlen



Die Ginsa, die bedeutendste Geschäftsstraße Tokios

Foto: TASS

sich auch bei der kürzlichen Zusammenkunft Carters mit Hua Guofeng in Tokio bestätigt. Vorher hatten die Reisen einer chinesischen Militärdelegation unter Vizepremier Geng Biao nach den USA und Verteidigungsminister Browns nach China und Japan erkennen lassen, daß die militärischen Aspekte der Dreierzusammenarbeit den Charakter regelmäßiger Kontakte annehmen. Damit wird der von Brzezinski schon 1976 vorgebrachte Gedanke ausgeführt, daß ständige militärische und politische Konsultationen zwischen Japan, den USA und China wünschenswert seien.

Über derartige Tendenzen zeigt die Öffentlichkeit Japans zunehmende Besorgnis. Prof. Nakanishi von

den sechsten ein. Im Laufe von 20 Jahren sind sie auf das 13fache gestiegen. Im laufenden Jahrzehnt (1980—1984) betragen sie 13,8 Billionen Yen. Trotzdem dringen Washington und Peking darauf, daß Tokio sie noch mehr erhöht und das militärische Bauprogramm für das laufende Jahrzehnt in vier Jahren erfüllt. Die neue Regierung Japans scheint dazu bereit zu sein. Es fragt sich, ob das die Wirtschaft Japans in ihrem Konkurrenzkampf mit der der USA nicht schwächen wird.

Daneben wird die Strategie und Taktik der Streitkräfte Japans einer Neubewertung unterzogen. Der Militärdoktrin wird eine offensive Zielsetzung gegeben. Schon vor zwei Jahren erklärte ein führender Militär Japans: „Ein lebensfähiges Verteidigungssystem muß auch ein Offensivpotential haben“, und ein früherer Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs, General Kurisu, forderte in der Presse unverblümt, daß die „Selbstverteidigungskräfte“ befugt sein sollen, gegen Militärstützpunkte eines Gegners Präventivschläge zu führen.

In japanischen Militärkreisen wird sogar allen Ernstes über eine Sperrung der Meerengen diskutiert, um der sowjetischen Flotte die Durch-

der und andere Maßnahmen zur Ausdehnung ihrer militärischen Kontakte vor. Zugleich entsprechen sie völlig dem amerikanischen Begriff „vorgeschobener Stellungen“, d. h. sie machen die Armee Japans zu einer Art Anhängsel der US Army und Japan zu einem Bereitstellungsraum für deren Kampfhandlungen.

In Japan befürchtet man, es geriete in eine heikle Lage, wenn die US Army in einem Ernstfall die 2500 Militärstützpunkte und -objekte der „Selbstverteidigungskräfte“ benutzen würde. Sie wären dann nämlich vernichtenden Gegenschlägen ausgesetzt.

Tokio ist geneigt, den jetzt in Aufstellung befindlichen Eingreiftruppen der USA die Benutzung Japans zur Verlegung von Menschen und Material nach einem beliebigen Gebiet der Erde zu gestatten. Damit wird der Wirkungsbereich des japanisch-amerikanischen „Sicherheitsvertrags“, der formell auf den Fernen Osten beschränkt ist, erweitert. Bedenkt man, daß außerdem geplant wird, Japan dem ANZUS-Block anzuschließen, sowie die praktischen Verbindungen mit der NATO und mit Chinas Militärkreisen auszubauen, so ist folgendes klar: Entgegen der Potsdamer Deklaration und der

derungen nach einer selbstständigeren Politik laut, die der Stellung Japans in der Welt von heute entspräche. Die fortschrittlichen Massenorganisationen rufen dazu auf. Begegnungen in Japan haben uns davon überzeugt, daß diese Kräfte sehr einflußreich sind.

Die UdSSR hat sich immer um feste gutnachbarliche Beziehungen zu Japan bemüht. In den letzten 25 Jahren ist recht viel dafür getan worden. Zusammenkünfte von Staatsmännern der beiden Länder haben sich eingebürgert, rund 50 Verträge und Abkommen, darunter 20 auf Regierungsebene, sind geschlossen worden.

Sehr intensiv und vielseitig ist der kulturelle Austausch. Jedes Jahr treten sowjetische Interpreten, Chöre, Orchester und Tanzensembles — professionelle und Laien — mit Erfolg in Japan auf und werden dort Filmfestspiele, Kunstausstellungen usw. veranstaltet. In der UdSSR macht man sich wiederum gern mit der Kunst und Kultur Japans bekannt.

Fruchtbar sind die bilateralen Kontakte in Wissenschaft und Technik. Davon zeugt schon die Tatsache, daß japanische Firmen Lizenzen auf sowjetische Technologien erworben haben: auf Methoden zum Abkühlen von Hochöfen, zum trockenen Koks löschen, zum Granulieren von Magnesium und zur Erzeugung synthetischer Fettsäuren.

Sehr ausgedehnt sind bereits die Handels- und Wirtschaftskontakte. In den zwei Jahrzehnten seit dem Abschluß des sowjetisch-japanischen Handelsvertrags von 1957 ist der Warenverkehr zwischen den beiden Ländern auf mehr als das 70fache angewachsen.

Günstig auf die bilateralen Beziehungen wirkt sich die gemeinsame Erschließung von Naturschätzen in Sibirien und im sowjetischen Fernen Osten nach umfangreichen Generalabkommen aus. Gerade das bietet reale Möglichkeiten zu stabilen und langfristigen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Die beiden Gebiete sind enorm reich an Energie- und Industrierohstoffen, die Japan dringend braucht. Die UdSSR ist wirtschaftlich stark genug, diese Ressourcen selbständig restlos nutzbar zu machen. Wir brauchen dazu keine Hilfe und hängen dabei von niemandem ab. Wir bieten nur eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit an, dank der wir die Erschließung dieser Gebiete einigermaßen beschleunigen können, während unseren Partnern Lieferungen der benötigten Rohstoffe und anderen Waren auf weite Sicht gesichert sind.

Zur Zeit wird in der Wrangel-



Motorisierte „Selbstverteidigungsruppen“ auf dem Marsch

Foto: Aus der Broschüre „Defense of Japan“

eigenen Verfassung verschafft sich Japan wieder den Status einer militärischen Weltmacht.

Japan: Unser Nachbar

fahrt aus dem Japanischen Meer abzuschneiden.

In einer neuen Qualität stellt sich die militärpolitische Zusammenarbeit mit den USA dar. Im November 1978 beschloß der japanisch-amerikanische Beratungsausschuß für Sicherheitsfragen „Grundlegende Prinzipien für die japanisch-amerikanische Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen“. Sie sehen gemeinsame Operationen der Streitkräfte beider Län-

In Japan sehen viele ein, daß es höchst riskant ist, das Land vor den Streitwagen der USA und Chinas zu spannen. Das ist es in der Tat, und einen greifbaren politischen und militärischen Gewinn wird ihm das nicht bringen. Umgekehrt, es schmälert seine außenpolitische Selbständigkeit und kann seinen nationalen Interessen schweren Abbruch tun. Darüber sollte man sich doch Gedanken machen. Es werden auch schon For-

Bucht, nicht weit von den Kohle- und Gasvorkommen Jakutiens, gemeinsam der Hafen Woßtotschny gebaut sowie an der Öl- und Gaserbschürfung auf dem Schelf Sachalins gearbeitet. Das schilderte uns ausführlich Herr Shigeo Nagano, der Präsident der Industrie- und Handelskammer und Vorsitzende des japanisch-sowjetischen Komitees für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Trotz seiner 80 Jahre sehr beweglich, entwarf er ein detailliertes Bild von den sowjetisch-japanischen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und ihren schon vereinbarten Perspektiven.

Dennoch muß konstatiert werden, daß sich der Handel der UdSSR mit Japan in letzter Zeit langsamer als der mit anderen Ländern entwickelt. 1979 war ihr Warenverkehr miteinander um 12% größer als 1978 und belief sich auf 2,6 Md. Rubel, während der Warenverkehr der UdSSR mit den kapitalistischen Industrieländern 1979 um 30,9% anwuchs. Dadurch ist Japan unter diesen auf den vierten Platz gesunken, während es vorher lange den zweiten eingenommen hatte. Somit büßen japanische Firmen auf dem sowjetischen Markt Terrain ein, größtenteils, weil viele Länder Westeuropas ihre Handelsbeziehungen zur UdSSR nach 10- oder sogar 25jährigen, auf unsere Wirtschaftspläne abgestimmten Programmen abwickeln, was leider im Handel mit Japan nicht der Fall ist. Mehr noch, die Verhandlungen über neue gemeinsame Projekte sind — nicht durch unser Verschulden — so gut wie zum Stillstand gekommen.

Dabei sind die gute Nachbarschaft und die für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit Japans und der UdSSR ja auch für die Lösung globaler Probleme der modernen Welt recht vielversprechend. Ist etwa nur das Sowjetvolk daran interessiert, daß ein Kernkrieg verhütet, daß Kern- und andere Massenvernichtungswaffen verboten, daß allgemein und vollständig abgerüstet, daß die Energiewirtschaft vorangebracht, die Umwelt geschützt und andere lebenswichtige Probleme gelöst werden? Sie sind ja auch für die Japaner ungemein wichtig.

Leider lassen Ereignisse der letzten Jahre deutlich erkennen, daß in Japan die Kräfte immer betriebsamer werden, die dagegen sind, daß die Beziehungen zur UdSSR im Sinne guter Nachbarschaft ausgebaut werden. Sie stellen immer wieder unhaltbare Gebietsansprüche an sie und ziehen damit Kampagnen gegen das Sowjetvolk auf. Wiederholt hat die UdSSR erklärt, daß zwischen ihr und Japan keinerlei territoriale Frage besteht. Die jetzige Grenze zwischen den beiden Ländern beruht



Im japanischen Hafen Tiba wird ein sowjetisches Schiff geladen

Foto: TASS

auf der Nachkriegsregelung, die den Schlußstrich unter den blutigsten Krieg der Menschheitsgeschichte zog und in entsprechenden internationalen Dokumenten verbrieft ist.

Die UdSSR hat wiederholt erklärt, daß sie auf eine Revision der als Ergebnis des zweiten Weltkriegs entstandenen Grenzen niemals eingehen wird. Unhaltbare Ansprüche an sie können nur Hindernisse gegen die Entwicklung der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den Völkern der UdSSR und Japans aufrichten.

Nicht dienlich können den sowjetisch-japanischen Beziehungen auch die Versuche Tokios sein, sich in die inneren Angelegenheiten der UdSSR einzumischen und den sowjetischen Menschen zu sagen, was sie zu tun und zu lassen haben. So sah die sowjetische Öffentlichkeit die wüste antisowjetische Kampagne an, die in Japan wegen des angeblichen Baus von Militärstützpunkten auf den Südkurilen aufgezogen wurde. Die japanische Presse selbst hat diese

von der CIA lancierte Mitteilung widerlegt.

Das Sowjetvolk hat viel mehr Ursache zur Besorgnis über Militärstützpunkte in der Nähe seiner Landesgrenze, auch in Japan. Um dem Sowjetvolk ein Dasein in Ruhe und Frieden zu sichern, kann die UdSSR diesen Umstand nicht außer Acht lassen.

Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern würden viel gewinnen, wenn die Versuche aufhören würden, in Japan Feindseligkeit und Mißtrauen gegen die UdSSR zu wecken. Diese tut von jeher alles, damit sich diese Beziehungen progressiv entwickeln. Das bezweckte z. B. ihr Vorschlag, einen Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zu schließen. Sie hat ihn gemacht, weil Japan schon so lange die Realitäten ignoriert, wie sie sich nach dem zweiten Weltkrieg ergeben haben, und vorläufig zum Friedensvertrags-schluß nicht bereit ist.

Nach dem Dafürhalten des Sowjetvolkes würde der Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit die Grundlagen der bilateralen Beziehungen bedeutend festigen. Leonid Breschnew hat in seinen Antworten auf Fragen des „Asahi“-Chefredakteurs, Herrn Sharyn Hatas, betont, mit diesem Akt würde eine scharfe Wende zur Überwindung der Überbleibsel des Mißtrauens und zu einer gesicherten Entwicklung der für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit in allen Richtungen ausgeführt werden. Das sowjetische Angebot ist in dem Bestreben gemacht worden, zwischen den beiden Ländern wirklich gutnachbarliche Beziehungen herzustellen.

Derartige Beziehungen müssen aber von beiden Seiten ausgehen. Jetzt hängt viel von der Bereitschaft Japans ab, guten Willen zu praktischen Schritten für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu zeigen.

DIE WIRTSCHAFTSEXANSION

Alexander DALNEW

Der Handel der VR China mit kapitalistischen Industrieländern belief sich 1977 auf 7,3 Md. Dollar, 1978 schon auf 11 und 1979 auf 14 Md. Dollar. Bei westlichen Banken hat sie Kredite und Anleihen von insgesamt etwa 26 Md. Dollar aufgenommen. Intensiv wird über die Gründung von Betrieben mit ausländischer Beteiligung in der VR China verhandelt.

Diese rapide Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zum Westen scheint auf den ersten Blick nur Peking und seine Partner anzugehen. In Wirklichkeit ist sie ein starker Impuls für die Handelsexpansion Chinas auf den Märkten der Entwicklungsländer und macht es immer mehr zu einem gefährlichen Konkurrenten von Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Bekanntlich hat China noch immer einen akuten Mangel an Nahrungsmitteln und Gebrauchsartikeln und ein Markensystem. Dabei werden gerade Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter mit jedem Jahr mehr exportiert. Auf sie entfallen etwa zwei Drittel des chinesischen Exports nach den Entwicklungsländern.

Warum diese auf den ersten Blick so paradoxe Politik?

Aus dem Handel mit Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bezieht China viel Devisen. Als es Anfang der 60er Jahre seine außenwirtschaftlichen Verbindungen auf die kapitalistischen Länder umorientierte, war es ein Problem, woher es die feste Valuta für die Einkäufe im Westen nehmen sollte. Schon in den 60er Jahren erzielte es einen ansehnlichen Aktivsaldo im Handel mit den Entwicklungsländern. Er belief sich 1960 und 1961 auf je ca. 50 Mio Dollar, 1967 auf 400, 1974 auf gut 800 Mio und überstieg später 1 Md. Dollar (nur 1977 waren es 750 Mio). In den vier Jahren von 1975 bis 1978 brachte der Handel mit den Entwicklungsländern über 4 Md. Dollar ein, und diese wurden für den Import aus den kapitalistischen Industrieländern verwendet.

Nicht alle Entwicklungsländer sind als Quellen fester Valuta für Peking gleichbedeutend. Die Spitze halten zweifellos die Länder Südostasiens. Zwischen 1975 und 1978 hatte China allein im Handel mit Malaysia und Singapur einen Gewinn von mehr als 1,3 Md. Dollar, im Handel mit Indonesien, wohin chinesische Waren hauptsächlich über Hongkong gelangen, zwischen 1974 und 1977 über 600 Mio Dollar, und insgesamt betrug der Aktivsaldo im Handel mit den

fünf ASEAN-Ländern von 1970 bis 1978 über 3,3 Md. Dollar.

Um die Offensive gegen die Märkte der Entwicklungsländer breiter aufzurollen, macht Peking ausgiebig vom Dumping Gebrauch. Offenbar ist die Billigkeit der chinesischen Erzeugnisse in manchen Fällen für Entwicklungsländer günstig, sie können deshalb manche Gebrauchsartikel billig an die Bevölkerung abgeben. Dadurch entstehen aber auch ernste Probleme.

Der Zustrom billiger chinesischer Waren bedroht manche Industriezweige der Entwicklungsländer. Als die Tansania-Sambia-Bahn gebaut wurde, lieferte China für die Kredite, die es eingeräumt hatte, große Mengen billiger Gebrauchsgüter dorthin. Infolgedessen waren zahlreiche Betriebe Sambias, die ähnliche Waren erzeugen, zu einer Produktionsdrosselung und zur Kündigung von Arbeitern gezwungen. So wurde in der Steingutfabrik in Lusaka die Hälfte der Belegschaft entlassen und eine Viertageweche eingeführt. Die Fabrik bekam keine Bestellungen mehr, was die Kaufleute damit motivierten, daß die Regierung den Verkauf chinesischen Geschirrs angeordnet habe. Textilbetriebe Indonesiens hatten 1975 infolge des chinesischen Dumpings 80 Mio Dollar Verlust.

Wiederholt versuchten Entwicklungsländer, die Einfuhr aus China einzuschränken. In sämtlichen ASEAN-Ländern ist die Einfuhr einzelner Waren entweder verboten, oder sie müssen hoch verzollt werden. Peking benutzt jedoch allerlei Hintertürchen, um seinen Export zu steigern. Es muß sich sehr anstrengen, um den wachsenden Import aus dem Westen bezahlen zu können. So forderte Hua Guofeng im Frühjahr 1978 im Nationalen Volkskongreß „die Anlegung einer Gruppe von „Stützpunkten“, die Fabrik- und Bergbauerzeugnisse sowie Produkte der Landwirtschaft und Hilfsgewerbe für den Export liefern sollen“. Der Presse Chinas zufolge gab es Ende 1979 schon über 120 „Stützpunkte“ zur Erzeugung von Agrarprodukten für den Export und rund 100 auf Exportwaren spezialisierte Fabriken.

Wirtschaftsexperten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas konstatieren, daß Peking die Wirtschaftsverbindungen mit dem Westen zur Stärkung seines Exportpotentials benutzt und auch weiter benutzen wird. Dazu sollen u. a. Betriebe unter Beteiligung des Auslands die-

nen. Laut vorliegenden Angaben hat China bereits für 300 Mio Dollar Kontrakte über gemeinsame Leichtindustriebetriebe abgeschlossen. Andere werden Radioelektronik für den Massenbedarf, Tonbandkassetten, Uhren usw. herstellen, größtenteils für die Entwicklungsländer.

Diese, vor allem diejenigen in Südostasien, sind darüber alarmiert. Die „Business Week“ (USA) zitierte folgenden Ausspruch von Desmond Brown, dem Präsidenten der Internationalen Handelskammer von Singapur: „Spätestens in 10 Jahren kann China... unmittelbar mit Singapurs jetziger Industrie konkurrieren.“ Eine kürzliche Untersuchung des indischen Außenhandels-Forschungsinstituts hat ergeben, daß „China drauf und dran ist, ein erbitterter Konkurrent der Länder Südostasiens zu werden“.

Tatsächlich kann China mit seinen enorm vielen billigen Arbeitskräften — sie kosten ein 20stel derjenigen Japans und ein 14tel derjenigen Südkoreas — bei energischer Unterstützung des Westens ein gefährlicher Konkurrent werden. Kein Wunder, daß in vielen Ländern laut „Business Week“ eine „fieberhafte Umwertung der Wirtschaftsstrategie“ im Gange ist. Viele werden der Konkurrenz mit den billigen chinesischen Erzeugnissen nicht standhalten können. Das werde sich — so die „Business Week“ — am empfindlichsten auf die Konjunktur in Indonesien, Malaysia, auf den Philippinen und in gewissem Grade auch in Thailand auswirken. Sie waren bei ihren Plänen ja von einer Steigerung des Fertigwarenexports ausgegangen. In Thailand z. B. wurden Textilbetriebe gebaut, die schon für den Export produzieren. Ebenso steht es mit der Textilindustrie der Philippinen. Nicht von ungefähr hat deren Außenminister, Romulo, erklärt, sollte es den ASEAN-Staaten nicht gelingen, einen Plan für die wirtschaftliche Bekämpfung des chinesischen Dumpings zu vereinbaren, so könnte es ihnen passieren, daß sie nur Rohstofflieferanten bleiben.

Diese Sorge haben auch andere Länder, z. B. Indien. Die Agentur Press Asia International schrieb im Dezember v. J.: „China droht, Indien im Export von Waren Konkurrenz zu bieten wie den Erzeugnissen des Leichtmaschinenbaus einschließlich Fahrräder, Diesel, elektronischer Ausrüstungen und auch herkömmlicher indischer Waren wie Tee, Jute und Lederwaren... Die Gefahr des chinesischen Expansionismus auf den Weltmärkten ist noch bedrohlicher geworden...“, seitdem China und Japan zu einer wirtschaftlichen Verständigung gelangt sind. Indische Experten befürchten, japanisches Kapital und Know-how, unterstützt durch chinesische Arbeitskräfte und Warenressourcen, könnten den indischen Waren die westlichen Märkte versperren.“

Diese Befürchtungen sind um so begründeter, als der Westen an noch engeren politischen Beziehungen zu Peking interessiert ist und den Chinesen deshalb durchaus gewisse Zugeständnisse im Handel machen kann. Ein derartiges Wohlwollen wird die Positionen der Hegemonisten im Konkurrenzkampf auf den westlichen Märkten untermauern und die der Entwicklungsländer schwächen.

Im Sommer v. J. zitierte die Zeitschrift „Textile Asia“ Worte von Tran Van Thinh, dem Chefvertreter der EG bei den Verhandlungen über die Einfuhr chinesischer Textilien: „Jede Steigerung des Imports aus China würde eine gewisse Verringerung des Imports aus Indien und wahrscheinlich auch aus Hongkong, Korea oder Taiwan bedeuten.“ Voriges Jahr konnte China allerdings die Quote seines Textilexports nach den EG-Ländern nicht erhöhen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß es das noch schaffen wird. Mit wirtschaftlichen Zugeständnissen an Peking ist Japan beispielgebend. Es sucht seine Positionen auf dem chinesischen Markt zu verstärken. Kein Wunder, daß die Handelsbeziehungen der ASEAN-Staaten zu Japan schon jetzt auf ernste Schwierigkeiten stoßen. Thailand z. B. ist über das große Defizit im Handel mit Japan ungehalten. Tokio lehnt eine Steigerung des Imports von Rohstoffen sowie Fertigerzeugnissen, namentlich Textilien, von den Philippinen ab. Als der inzwischen verstorbene Ministerpräsident Ohira Peking besuchte, wurde Japans Bereitschaft bekanntgegeben, China Zollpräferenzen zu erteilen. Das kann sehr bald dazu führen, daß chinesische Gebrauchsgüter ähnliche Waren aus Südostasien vom japanischen Markt verdrängen.

Pekings Außenwirtschaftspolitik weckt in der Geschäftswelt und in der Öffentlichkeit Asiens, Afrikas und Lateinamerikas schon jetzt mit Recht Besorgnis. Und was wird morgen und übermorgen sein? Der Ansturm auf die Märkte der Entwicklungsländer und die Verdrängung ihrer Erzeugnisse von den Märkten des Westens wird offenbar mit jedem Jahr zunehmen. Peking wird ja immer mehr Devisen brauchen, um sein großspuriges Programm der „vier Modernisierungen“ auszuführen und sein Militärpotential beschleunigt aufzustocken.

FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE

Samuil SIWS, Vizepräsident des sowjetischen Juristenverbandes
Grigori LOKSCHIN, Sekretär des Sowjetischen Friedenskomitees

Eins der wichtigsten Resultate der Entspannungspolitik ist die größere Gewissheit der Völker, daß die Gefahr eines neuen Weltkriegs gebannt und auf Erden für einen festen und gerechten Frieden gesorgt werden kann. Jedes Volk und jeder Mensch hat das unveräußerliche Grundrecht, in Frieden zu leben. Es stellt die Grundlage für die Ausübung aller anderen Rechte und Freiheiten des Menschen dar. Das ist der Leitgedanke einer am 15. Dezember 1978 von der 33. UNO-Vollversammlung auf Antrag Polens angenommenen Deklaration über die Erziehung der Völker im Geiste des Friedens. Gegen ihre Annahme trat kein Land auf, und nur die Vertreter der USA und Israels enthielten sich der Stimme.

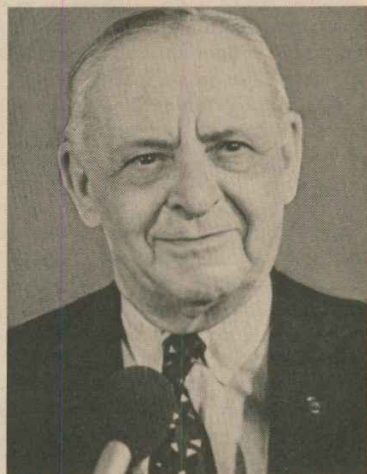
Schon seit einigen Jahren benutzen die herrschenden Kreise der USA und anderer Länder des Westens, statt sich darum zu bemühen, daß die Probleme der Menschenrechte und -freiheiten im Interesse der Entspannung und des Friedens gelöst werden, diese Probleme, um die internationale Spannung aufzuheizen und auf die sozialistischen Länder einen ideologischen und politischen Druck auszuüben.

Die fortschrittliche Weltöffentlichkeit macht sich mit Recht Sorgen über diese gefährliche Situation. Nicht von ungefähr zeigte sie ein so lebhaftes Interesse, als der bekannte amerikanische Industrielle Armand Hammer, ein energischer Verfechter der sowjetisch-amerikanischen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit, 1978 vorschlug, auf gesellschaftlicher Ebene regelmäßig im Rahmen einer internationalen Konferenz von Wissenschaftlern, Politikern und anderen Persönlichkeiten die Probleme des Friedens und der Menschenrechte ausführlich zu erörtern. Er beabsichtigt, ein ständiges Forum für einen allseitigen und freien Meinungsaustausch über dieses höchstwichtige Problem zustande zu bringen.

Die praktischen Vorbereitungen zu den Konferenzen hat das Internationale Institut für Menschenrechte in Strasbourg übernommen, dem der namhafte Politiker und Teilnehmer am öffentlichen Leben Frankreichs Edgar Faure, Ehrenvorsitzender der Nationalversammlung, vorsteht.

Die erste Konferenz tagte im Dezember 1978 in Oslo. Es folgte ein Treffen im August 1979 im ehemaligen Familiencottage Roosevelts auf der kleinen Insel Campobello. Dann wurde beschlossen, daß die Konferenzen nach Armand Hammer benannt werden sollen. Vom 3. bis zum 6. Juli hat die dritte in Warschau stattgefunden.

Unter den Konferenzteilnehmern waren die Außenminister Österreichs, Pahr, und Kolumbiens, Uribe Vargas, Minister Machado aus Venezuela, Edgar Faure, ferner der Vorsitzende der UNO-Kommission für Menschenrechte, Saadi (Jordanien), Lord Noel-Baker und der Träger eines Lenin- und eines Nobel-Preises MacBride (Irland). Auch offizielle Vertreter einiger Länder aus Organen der UNO und der UNESCO für Menschenrechte sowie über 50 angesehene Wissenschaftler



Armand Hammer, von dem die Initiative zu internationalen Konferenzen unter der Devise „Frieden und Menschenrechte — Menschenrechte und Frieden“ ausgegangen ist

aus kapitalistischen, aus sozialistischen und aus Entwicklungsländern waren anwesend.

Als Dr. Hammer die Konferenz eröffnete, sprach er besorgt über die internationale Entwicklung, die zu einer Zuspitzung der Weltlage geführt habe. Im Sinne der realistisch denkenden Geschäftsleute in den USA trat er entschieden für eine Rückkehr zur Entspannungspolitik und für die Wiederaufnahme des politischen West-Ost-Dialogs ein. Er kam auf seine kürzliche Begegnung mit Leonid Breschnew zu sprechen und äußerte sich mit höchster Anerkennung über dessen große Beisteuer zur Festigung des Friedens und zum Ausbau der geschäftlichen Zusammenarbeit. Er bezeichnete es als notwendig, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen möglichst bald ins Fahrwasser einer vernünftigen, für beide Seiten vorteilhaften Zu-

sammenarbeit zu steuern. Für die Friedens- und Entspannungspolitik gebe es keine Alternative.

In der Diskussion betonte Edgar Faure, das Recht auf Frieden bedeute nicht nur die Befreiung der Menschheit von der Gefahr physischer Vernichtung und von den schweren Lasten des Wettrüstens. Jedes Volk und jeder Mensch trage so oder anders zum Fortschritt der Weltwissenschaft und -technik bei. Den Menschen sei nicht gleichgültig, wofür deren Erkenntnisse benutzt werden. Sie seien durchaus berechtigt zu fordern, daß die Verwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse für immer verheerendere Systeme von Massenvernichtungswaffen verboten wird. Gerechtigkeit und Vernunft verlangen, daß man die Rüstungsproduktion ins Geleise des friedlichen Aufbaus bringt.

Bei der Verschiedenartigkeit der Teilnehmerschaft war es nur natürlich, daß in Warschau die Ausgangsbegriffe „Frieden“ und „Menschenrechte“ mit gewissen Unterschieden interpretiert worden sind. Manche Diskussionsredner gingen, als sie das Recht auf Frieden vor allem als ein rein individuelles Recht begründen wollten, von den typischen Vorstellungen des bürgerlichen Individualismus aus. Das führte unvermeidlich dazu, daß die Rechte und die Pflichten des Menschen der Gesellschaft gegenüber, in der er lebt, in Gegensatz zueinander gebracht wurden.

Aber nicht diese Stellungnahmen bestimmten die Atmosphäre und den Hauptinhalt der Diskussion. In der Kardinalfrage wurde restloses Einvernehmen erzielt. Im Warschauer Manifest heißt es: „Aus dem heroischen Warschau wenden wir uns an alle Männer und Frauen der Erde und alle unsere Staatsmänner mit diesem Appell, in dem unser fester Glaube an einen dauerhaften, gerechten und allgemeinen Frieden, an die Respektierung der Grundrechte aller Menschen zum Ausdruck kommt.“

...Wir appellieren an alle, die den Charakter und das Bewußtsein der jetzigen und kommenden Generationen formen, noch nachdrücklicher die Ideale des Friedens und die Respektierung der Grundrechte und -freiheiten des Menschen zu propagieren und denen eine entschiedene Abfuhr zu erteilen, die nichts anderes wollen als gegenseitige Feindschaft stiften und Verachtung für

andere Menschen, Völker und Staaten wecken. Wir bekräftigen nochmals die entschiedene Verurteilung jeder Propaganda für Krieg, für rassistischen und nationalen Haß.“

In der Schlußsitzung sprachen Hammer und Außenminister Pahr sehr befriedigt über das erzielte Einvernehmen und vermerkten, daß das Treffen sachlich und konstruktiv war.

Damit könnten wir schließen, wenn nicht einige Tage nach der Warschauer Konferenz in der „New York Times“ ein Interview mit einem amerikanischen Teilnehmer — dem offiziellen Vertreter der USA in der UNO-Kommission für Menschenrechte, Shestack — erschienen wäre. Er sagte, auf der Konferenz sei hauptsächlich mit den sowjetischen Vertretern über Afghanistan und die Dissidenten polemisiert worden. In Wirklichkeit versuchte er als einziger, ihr eine solche Diskussion aufzunötigen. Er operierte mit den Schlagworten der US-Propaganda über die Vorgänge in Afghanistan und legte sich dann mit Verve für die „entrechteten, unglücklichen sowjetischen Dissidenten“ ins Mittel. Mr. Shestack ging so weit, jedwede sowjetisch-amerikanische Entspannungs- und Abrüstungsvereinbarungen davon abhängig zu machen, daß wir die Gesetze unseres Landes und die Normen des sozialistischen Gemeinwesens nach westlichem Standard ummodellern.

Natürlich stimmte ihm eine Mehrheit nicht zu und riet Mr. Shestack, seinen Eifer auf anderes zu richten. Er hätte wohl besser daran getan, an die Rechte Hunderttausender Japaner zu denken, die vor 35 Jahren von der radioaktiven Asche von Hiroshima und Nagasaki begraben wurden; oder an die Rechte der 50 000 amerikanischen Jungen, die im „schmutzigen Krieg“ der USA gegen das Volk Vietnams fielen.

Dazu fand Mr. Shestack nichts zu sagen, wie er auch keine Zustimmung fand, ausgenommen beim Chefberater vom Ausschuß für nationale Sicherheit der USA, Marschall Brement. Die beiden US-Vertreter steckten sichtlich unter einer Decke. Sie haben aber nichts ausgerichtet.

Die anderen Konferenzteilnehmer distanzieren sich von Mr. Shestack. So erklärte der jordanische Diplomat Saadi: „Ohne das Recht auf Leben kann es überhaupt kein Recht geben.“ Der namhafte spanische An-

walt Ruiz Giménez, der im öffentlichen Leben steht, hob hervor, daß die Versuche des US-Vertreters, mit Hilfe der westlichen Doktrin von den Menschenrechten die sozialistischen Länder anzugreifen, nur zu höherer Spannung und einer gefährlichen Weltlage führen können.

MacBride riet Shestack, dort Sorge für die Menschenrechte an den Tag zu legen, wo das vor allem notwendig ist. Wäre es dem Weißen Haus wirklich um die Menschenrechte zu tun, so müßte es den Rassisten in Pretoria, der Militärjunta in El Salvador und den vielen anderen faschistischen Diktaturen, die unter der Schutzherrschaft der USA stehen, die militärische und finanzielle Hilfe sperren. MacBride fuhr fort, daß die jetzigen militaristischen Aktionen der USA im Nahen und Mittleren Osten und ihre ständigen Drohungen, ihre sogenannten Lebensinteressen mit Waffengewalt zu wahren, alles andere als geeignet sind, die Menschenrechte zu gewährleisten.

Die geheuchelte Sorge mancher westlicher Politiker um die Menschenrechte in den sozialistischen Ländern ist auch von Noel-Baker verurteilt worden. Er sagte, daß sich diejenigen, die weder Frieden noch einen Fortschritt hinsichtlich der Menschenrechte wollen, durch ihre Versuche verraten, die Entspannung und Abrüstung abzubremesen.

Wir hätten vielleicht nicht so ausführlich auf die Polemik mit Mr. Shestack einzugehen brauchen, dem übrigens nicht einmal die Delegation der USA beipflichtete, nähme er nicht seine offizielle Stellung ein und hätten seine Aussprüche so kurz vor dem Madrider Treffen nicht besorgniserregende Aspekte. Bekanntlich haben die USA durch Anfachen der Polemik über die Menschenrechte den konstruktiven Verlauf der Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz zu stören versucht. Washington scheint mit seinem strapazierten Rüstzeug auch in Madrid aufkreuzen zu wollen.

Das muß ernst genommen werden. Man muß unbedingt verhindern, daß das Spekulieren auf das Menschenrechtsproblem die Kräfte der Öffentlichkeit verzettelt und sie erlahmen läßt im Kampf für einen festen Frieden und für eine wirkliche Gewährleistung der Menschenrechte und -freiheiten.

SCHLUSS DER PREMIERE

Alexander TER-GRIGORIAN

In letzter Zeit wachsen die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze in Sri Lanka an. Die Streikbewegung ist derart vehement geworden, daß am 17. Juli über das ganze Land der Ausnahmezustand verhängt worden ist.

Die Vorgeschichte dieser Geschehnisse schildert nachstehend der Journalist Alexander Ter-Grigorian.

Es kam so, daß ich gleich an meinem ersten Abend in Colombo in den nach Solomon Bandaranaike benannten Saal ging, in dem wichtige internationale Konferenzen und andere Gremien getagt haben. Er war vorübergehend in ein Theater umgewandelt, und einheimische Schauspieler führten darin das bekannte Musical „My Fair Lady“ auf.

Auf der Bühne wurde englisch gesprochen und gesungen, während der Pausen begrüßten einander im Foyer Damen in zartblauen oder rubinroten Saris und ihre Herren. Für dieses Publikum war die Vorstellung, weil „so schön englisch“, ein Ereignis, das selbst der Ministerpräsident mit seinem Erscheinen beehrte. Dabei hat das Bühnengeschehen herzlich wenig oder vielmehr gar nichts mit dem Leben und den Sorgen der Landesbewohner gemein.

In dem einen Jahr seit meinem vorigen Aufenthalt in Sri Lanka hatte sich da viel verändert. Es gibt neuerdings ein Fernsehen, das sendet aber noch keine eigenen Programme, sondern größtenteils amerikanische Filme. Die erste nationale Luftfahrtgesellschaft, Air Lanka, ist entstanden. Ihre Passagiermaschinen versehen den Flugverkehr mit den Nachbarländern. Die Inselbewohner bekommen nicht mehr allmonatlich kostenlos ein Maß Reis, dafür die Arbeitslosen eine kleine Unterstützung (50 Rupien monatlich) und Leute mit einem Lohn unter 300 Rupien zusätzliche Nahrungsmittelmärkte. Die Zeitungen schreiben viel über neue ausländische Investitionen, über Teuerung und Streiks.

„Es ist paradox, aber unser Land nennt sich seit zwei Jahren sozialistisch: die Demokratische Sozialistische Republik Sri Lanka. Dabei waren wir wohl noch nie so weit vom Sozialismus entfernt wie jetzt.“

Das sagte mir ein grauhaariger Mann im weißen Sarong, der im Land bekannte Schriftsteller Gunasena Witana, von dem einige Bücher

übersetzt bei uns in der UdSSR erschienen sind. Er war ein Freund und Schüler des großen Martin Wikramasinge, der als Klassiker gilt und vor drei Jahren starb. Er besaß mehrere nationale und internationale Preise. Witana leitet die Front der Volksschriftsteller seines Landes und gehört dem ZK der KP Sri Lankas an.

„Unsere Wirtschaft wird immer mehr von der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung beherrscht“, sagt er. „Auf ihre Empfehlung hat das Land ausländischen Investitionen Tür und Tor aufgetan und fördert nach Kräften den privaten Wirtschaftssektor. Den Werktätigen aber geht es immer schlechter.“

Er erzählt mir von der Entwicklung der fortschrittlichen Literatur in Sri Lanka. Sehr beliebt ist seit einigen Jahren der junge Dichter Parakkrama Kodetuwakku. Er besingt die Arbeit und die einmalige Schönheit der Natur. Viel diskutiert wird über Witanas Roman „Die Rebellen der Revolution“ über die Geschehnisse von 1971 auf der Insel. Der Dramatiker und Regisseur Ranjir Daramakirti, ein Verehrer Gorkis, der in Colombo Arbusows „Irkutsker Geschichte“ inszenierte, schreibt jetzt ein soziales Drama.

Gunasena Witana und seine Kameraden schreiben für die breiten Massen, ihre Werke sind human und zeugen davon, daß ihnen das Volkswohl am Herzen liegt. Ihr Publikum würde die geistreichen Pointen eines Shaw kaum verstehen.

Wie immer herrscht in Colombo reger Passanten- und Wagenverkehr. Ich komme zu einem mir schon bekannten Geschäft mit Theater- und mit rituellen Masken. Nebenankeln in einem breiten Schaufenster die hiesigen Saphire, Amethysten und Topase. Schnitzereien aus Ebenholz und Bein, Halsketten aus Muscheln, Figürchen aus Kobra, Batischen, Bronzen und vieles andere gibt es da. Überall große und kleine Läden, Stände oder einfache Waren auf einer Matte, die auf dem Gehsteig ausgebreitet ist. Schlangenbeschwörer, Leute, die sich als Fremdenführer anbieten, Greisinnen mit bemalten Gesichtern und in die Wangen gespießten Stöckchen, die für eine Rupie vor der Kamera des Touristen posieren möchten.

Etwa hundert junge Männer und Mädchen stehen abseits vom Passantenstrom im Schatten eines großen Amtsgebäudes. Sie halten Spruchbänder, darauf steht singhalesisch, Tamil und englisch: „Wir fordern Preissenkung!“

Plötzlich sehe ich einen Bekannten im Wagen. Er nimmt mich nach Mount Lavinia mit. Wir fahren die Galle Road entlang durch ganz Colombo. Die frühere Residenz der britischen Generalgouverneure ist jetzt ein Luxushotel und sieht wie ein in



Colombo. Studenten protestieren gegen die Teuerung

Foto des Verfassers

See stechendes Schiff mit vielen Decks aus. Warum es so heißt, weiß niemand genau. Man sagt, Lavinia habe ein Mädchen geheißt, in das sich ein britischer Machthaber verliebte. Schon beim vorigen Mal in Colombo erkannte ich den Bau nach einer Beschreibung von dem russischen Forschungsreisenden Pusanow, der zu Anfang dieses Jahrhunderts dort war. Wahrscheinlich sahen das geheimnisvolle Schloß auch Tschchow und Bunin.

Ich unterhalte mich mit einheimischen Journalisten darüber, wie es heute in Sri Lanka steht.

„Trotzdem“, sagt Orlando, als setze er einen angefangenen Streit fort, „ich finde, das Mahaweli-Ganges-Projekt hat jetzt für unsere Wirtschaft erstrangige Bedeutung. Dahin muß die Auslandshilfe gehen. Wenn man dort wasserwirtschaftliche Anlagen und ein Be- und Entwässerungssystem baut, dann werden es die Bauern leichter haben — und das Land auch.“

„Wenn das Wörtchen wenn nicht wär“, wirft sein Kollege Sirijananda ein. „Ich sehe noch nicht, daß etwas dabei herauskommt, und wenn, dann wann.“

Die Journalisten sind parteilos, es bekümmert sie aber, daß sich die sozialen Gegensätze verschärfen, daß die Preise steigen, die Arbeitslosigkeit anwächst und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung an Einfluß gewinnt.

Natürlich können die Sri Lanker nicht gleichgültig zusehen, wie es die USA und China gemeinsam darauf anlegen, die Situation in Süd- und Südostasien sowie im Mittleren Osten zu destabilisieren. Meine Gesprächspartner in Colombo äußerten ernste Besorgnis über die Aufstockung der US-Streitmacht im Indik.

Sri Lanka hat in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen immer eine wichtige Rolle gespielt, und ich möchte wissen, wie es jetzt zu ihr steht. Im Außenministerium empfängt mich der hohe Beamte Jayanta Danapala. Der jugendlich wirkende hagere, energische Mann umgeht geschickt alles, was unser Gespräch erschweren würde. Mich interessiert eigentlich nur eins: was er von den Aussichten der Bewegung für die nächsten Jahre hält.

„In letzter Zeit ist sie auf äußerst brennende Probleme gestoßen und hat einige Erschütterungen durchgemacht“, sagt er. „Die letzten vier, fünf Jahre waren für sie wohl die kritischsten. Einige nichtpaktgebundene Länder waren miteinander schwer konfrontiert. Durch die Konferenz von Havanna ist die Einheit zweifellos konsolidiert worden. Jetzt bemüht sich unsere Republik als Mitglied des Koordinationsbüros möglichst dabei zu helfen, die Bewegung noch fester zusammenzuschließen und die in Havanna gefaßten Beschlüsse in die Tat umzusetzen.“

Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Republik sind eminent wichtig. Sie beschäftigen weitest Kreise Sri Lankas. Das Volk verfißt immer energischer seine Rechte und die wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit.

Colombo—Moskau

ALLMÄCHTIGE MAFIA

Valentin BURDENJOW

In den 20er und Anfang der 30er Jahre verstanden die Führer der amerikanischen „Cosa Nostra“: Um ihre Tätigkeit, die schon damals milliardenhohe Gewinne einbrachte, zu erweitern, mußten sie den verwaltungstechnischen und politischen Apparat der Städte und Bundesstaaten unterwandern. Warren Moscow verdeutlicht die Taktik der Mafiosi in seinem Buch „Der letzte der großen Bosse“ am Beispiel New York.

An einem Tag des Jahres 1931 erschienen die „Jungs“ von „Lucky“ Luciano, dem damaligen Mafiachef, in der Bezirksabteilung Manhattan der Demokratischen Partei, übrigen nur etwa 30 m vom Rathaus entfernt. Die Hand an ihrer Revolvertasche, forderten die Gangster den Abteilungsleiter auf, seinen Posten aufzugeben. „Lucky“ hat gesagt, daß du bei ihm unten durch bist“, sagte einer von ihnen. Das genügte. Darauf wurde „das demokratischste Wahlsystem der Welt“ in Gang gesetzt, das wie eine gut geölte Pistole funktionierte: Zum neuen Leiter dieser wichtigen Abteilung der Demokratischen Partei wurde ein Mann der Mafia gewählt.

Seitdem besteht zwischen den Mafiabossen und den Bossen der Demokratischen Partei im Staat New York eine enge „geschäftliche“ Zusammenarbeit. Zu Beginn der 40er Jahre kontrollierten Gangsterguppen schon die meisten Sitze im Exekutivkomitee der Partei in diesem Staat. Die Mafia brachte ihre Leute auf die Posten von Richtern, von Bezirksstaatsanwälten und sogar auf den Posten des OB der Stadt New York. Ein Strohmann der Verbrecherwelt auf diesem Posten, Vincent Impellitteri, dinierte jede Woche mit dem berühmten Mafiaboss Drei-Finger-Luchese. Der dritte im Bunde war Polizeidezernatsleiter Thomas Murphey.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei diesen Dinners die Deckungsoperationen ausgeklügelt wurden, die gewöhnlich kurz vor den fälligen Wahlen stiegen. Plötzlich leiteten die Behörden einen lärmreichen Feldzug gegen die organisierte Kriminalität und die Korruption ein. In der Regel lösten sich solche Kampagnen in allgemeines Wohlgefallen auf: Die Einwohner der Stadt waren stolz auf ihre kühnen Vertreter, und die Mafiachefs hatten ebenfalls keinen Grund zum Klagen, mußten doch nur kleine Fische daran glauben.

Nach allem zu urteilen, gehört diese Zusammenarbeit nicht restlos der Vergangenheit an. Laut „New York Times“ ist z. B. Anthony Scotto ein alter Freund des gegenwärtigen Gouverneurs von

New York, Cary, und sein Berater für Arbeitsfragen. Das Justizministerium kennt ihn seit langem als einen Mafiaboss. Scotto hatte viel Geld zur Wahlkampagne des Gouverneurs beigesteuert. Er hat's ja: Unter seiner Kontrolle steht eine ganze Gewerkschaft, die der Hafenarbeiter der USA-Ostküste. Außerdem nahm er, wie sich später erwies, Schmiergelder von Reedereien, denen er die sogenannten gütlichen Kollektivverträge mit den Gewerkschaften deichselte. Als Ergebnis solcher Verträge zog in den Beziehungen zwischen Reedern und Hafenarbeitern „Burgfrieden“ ein, und die Mafia breitete ihre blutbesudelten Hände darüber aus.

Koloritvoll ist auch Hermann Badillo, 1. Stellvertreter des OB von New York und ehemaliger Kongreßmitglied vom Bundesstaat New York. Seine Wahlkampagne wurde ganz offiziell von zwei „Großen“ der Verbrecherwelt — Joseph Monserrat und Water Diamond — geleitet. Männer vom Schlage eines Badillo bekleiden wichtige Verwaltungsstellen auch in anderen Bundesstaaten. Mitunter wird es paradox. In Long Branch, New Jersey, wurde der stellvertretende Bürgermeister vom Stadtrat gegangen, weil er versucht hatte, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen!

Einen besonders großen Erfolg konnte die Mafia 1978 in New Jersey für sich verbuchen, als in Atlantic City nach langer Zeit wieder ein Spielkasino eröffnet wurde. Dieses gehörte der Resorts International, die mit Meyer Lansky liiert ist. Auch die Caesars World und die Bally Manufacturing, die beide ebenfalls von der „Cosa Nostra“ kontrolliert werden, wollen ihre Kasinos in Atlantic City eröffnen. Als Leiter der Kommission, die die Spielhäuser überwachen soll, setzte der Gouverneur des Staates Byrne seinen Freund Joseph Lordy ein. Das geschah trotz des Einspruchs der Polizei des Staates, die weiß, daß Lordys Anwaltsfirma früher die Finanzinteressen des bekannten Gangster Jerry Catena vertreten hatte. Dieser Kriminelle aber gehört zur Führung der Bally Manufacturing...

In Louisiana, Arizona und New Mexico ist der Einfluß der Mafia auf die politischen und Verwaltungsorgane wohl noch spürbarer als an der Ostküste.

In den Korridoren der Macht

Auch die „Hochburg der USA-Demokratie“ — der Kongreß — konnte



Handschrift der Mafia

dem Ansturm der organisierten Kriminalität nicht standhalten. Wie die „New York Times“ schreibt, werden die Interessen der Mafia dort entweder von Kongreßmitgliedern vertreten, die mit Unterstützung von Mafiosi gewählt wurden, oder aber von energischen Lobbyisten, die von den Verbrechern belohnt werden. Einer dieser Lobbyisten Natan Voloshen, der mit Mafiabossen verbunden ist, war zwei Jahrzehnte lang mit John McCormick, dem Speaker des Repräsentantenhauses des Kongresses, befreundet. Der USA-Publizist R. Winter-Berger bezeugt, daß Voloshen seinen Einfluß im Kongreß und in der Regierung benutzte, um so bekannten Bossen der „Cosa Nostra“ wie Costello, Lansky und Scallise beim Einsteigen in legales Business und bei Gerichtsprozessen zu helfen.

Die Öffentlichkeit erfuhr etwas über die Zusammenarbeit zwischen großen Mafiosi und Kongreßmitgliedern u. a. beim Prozeß in Sachen Frank Brasco, Mitglied des Repräsentantenhauses von Brooklyn (Bezirk von New York). Er wurde beschuldigt, von einer Transportgesellschaft, die von der Verbrecherwelt kontrolliert wird, Schmiergelder empfangen zu haben. Brasco wurde für schuldig befunden und zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt, aber schon drei Monate später war er auf freiem Fuß. Offenbar hatten die einflußreichen Schutzherrn dabei ihre Hand im Spiel.

Die Frage geheimer Vertreter der Verbrecherwelt im Kongreß wurde einmal von John Dean, einst Berater von Nixon, gestreift. Einem Korrespondenten der Zeitschrift „Us“ erklärte er: „Als ich in der juristischen Kommission des Repräsentantenhauses tätig war, sagte man mir, daß ein Sitz darin der Mafia gehöre. Wir verdächtigten die Vertreter der Bundesstaaten,

in denen die Mafia besonders stark ist.“ Mit nicht geringerem Grund hätte man den Vorsitzenden der Kommission Peter Rodino (Demokrat von New Jersey) verdächtigen können: Er machte aus seiner Freundschaft mit dem großen Gangster Richard Boiardo kein Hehl.

In einem Interview für dieselbe Zeitschrift sprach Dean davon, daß die organisierte Kriminalität ins Weiße Haus eingedrungen sei. Ihm wurde die Frage gestellt: „Lassen nicht einige Beziehungen Nixons die Annahme zu, daß er sich in der Gesellschaft von Männern der organisierten Kriminalität ganz gut fühlte?“ Dean antwortete: „Das ist wahr. Einmal hatte ich die Angaben über Gewerkschafter zu prüfen, die zu einer Beratung im Weißen Haus eingeladen worden waren, und zwar mußte ich das in einer halben Stunde vor der Beratung absolvieren. Es erwies sich, daß im Justizministerium über etwa drei Viertel von ihnen Untersuchungen wegen Verbindungen zur organisierten Kriminalität liefen. Und diese Menschen kamen ins Weiße Haus hereingetanzt.“

„Mafia im FBI!“

Unter diesem Titel veröffentlichte das „New York Times Magazine“ vor einiger Zeit einen Beitrag, in dem es hieß, daß die Mafiosi in etwa 10 Jahren 23 FBI-Geheimagenten liquidiert hatten. Diese und einige andere Tatsachen zwangen selbst den FBI-Leitern die Annahme auf, daß sich die organisierte Kriminalität selbst in das Federal Bureau of Investigation eingeschlichen hat.

Man urteile: Bis vor kurzem bezog das FBI elektronische Ausrüstungen bei der Rasco Electronic Systems, und sie wird von Gangstern kontrolliert. Kein Wunder, daß die Mafia besser über die FBI-Operationen informiert ist als das FBI über die Aktivitäten der Gangster und daß die Versuche des FBI, seine Leute in die „Cosa Nostra“ einzuschleusen, immer wieder scheitern.

Hie und da, wie beispielsweise in Las Vegas, haben FBI-Agenten mit Vertretern der Unterwelt sogar Freundschaft geschlossen. Damit mußte sich das Justizministerium befassen, das übrigens keinen besonderen Eifer an den Tag legt, wenn es gilt, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen, d. h. eine Hauptaufgabe zu lösen. So verfügte der Justizminister der Nixon-Administration Richard Kleindienst, wie wir in der „New York Times“ lesen, die Untersuchung über eine rechtswidrige Abmachung zwischen Frank Fitzsimmons, dem Vorsitzenden der LKW-Fahrer-Gewerkschaft, und Mafiabossen einzustellen. Es ging

damals um den Sozialfürsorgefonds der Gewerkschaft.

Natürlich gab es auch andere Justizminister. Anfang der 60er Jahre bekleidete Robert Kennedy diesen Posten, und er versuchte eine breite Offensive auf die Verbrecherwelt. Im Ministerium wurde damals eine Abteilung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität gegründet, die Zahl der Gerichtsfälle in Sachen Gangstertum stieg von 19 im Jahre 1960 auf 687 im Jahre 1964. In jenen Jahren und etwas später, als Ramsey Clark dem Ministerium vorstand, wurde eine Kartei von 300 000 mit der Mafia liierten Firmen und Geschäftsleuten angelegt.

Das alarmierte selbstverständlich die Anführer der Verbrecherwelt. Sie versuchten es mit der Kompromittierung John und Robert Kennedys. Der berühmte Schlagersänger Frank Sinatra führte nicht ohne Hintergedanken die Freundin des Gangsters Sam Giancana mit dem Präsidenten zusammen. Angaben liegen vor, daß auch Robert Kennedy eine gleiche Falle gestellt wurde. Die Versuche blieben erfolglos, und die Brüder Kennedy mußten sterben. Etwas später wurde auch Giancana beseitigt: ermordet genau zu der Zeit, als er im Kongreß in Sachen des Mordes an Präsident Kennedy hätte aussagen sollen. Im typischen Gangsterstil wurde auch der Mafiosi John Rosselli ermordet, der in gleicher Angelegenheit vor den Kongreß zitiert worden war.

Der ehemalige FBI-Direktor Edgar Hoover spielte auch eine Rolle beim Mord an Präsident Kennedy. Jahrelang behauptete Hoover, die organisierte Kriminalität sei von Krimiautoren erfunden worden. Hank Messick beweist in seinem Buch „John Edgar Hoover“ anhand zahlreicher Tatsachen, daß Hoover — willentlich oder unwillentlich — das Anwachsen der organisierten Kriminalität gefördert hatte. Zu Hoovers Umgebung gehörte z. B. der zwielichtige Geschäftsmann Lewis Rosenstiel, der zur Zeit der Prohibition Alkohol

Die Spielkasinos von Las Vegas florieren unter den Fittichen der „Cosa Nostra“



aus Kanada in die USA schmuggelte und ein Intimus von Meyer Lansky war. Rosenstiel stiftete sogar einen „Edgar-Hoover-Fonds“. War dies vielleicht der Grund dafür, daß Hoover bei den Mafiaverbrechen ein Auge zudrückte? Auf jeden Fall war sein Eifer bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität bei weitem nicht so groß wie bei der „Hexenjagd“ und bei der Hetze gegen die schwarzen Bürgerrechtskämpfer.

Hoover machte auch kein Hehl aus seiner feindseligen Haltung zu Justizminister Robert Kennedy, der erklärte, ein solcher FBI-Direktor müßte pensioniert werden. Oberdies forderte Kennedy, anders als die früheren Minister, daß Hoover ihm Bericht erstatten sollte. Da darf es nicht wundern, daß das FBI das Vorhandensein einer Verschwörung beim Mord am älteren Bruder des Justizministers, John Kennedy, „nicht feststellen konnte“.

Vor einigen Jahren veröffentlichte der USA-Kongreß eine Studie, in der es hieß, daß der langjährige Plan zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität gescheitert sei. Dieses Ergebnis ist im Grunde gesetzmäßig. Das Jahreseinkommen der „Cosa Nostra“ beträgt ja nach verschiedenen Schätzungen 50—100 Md. Dollar. So gepolstert, kann es sich die organisierte Kriminalität leisten, runde Summen für die Wahlfonds von Richtern, Staatsanwälten, Bürgermeister und Gouverneuren von Bundesstaaten lockerzumachen. Die Mafia hat den Polizeiapparat dieser Staaten und selbst das FBI unterwandert, kontrolliert große Gewerkschaften in den USA und hat ihre Leute im Kongreß und auch sonst auf hoher Ebene.

In seiner ersten Wahlkampagne versprach der Kandidat der Demokratischen Partei auf den Posten des USA-Präsidenten, Carter, den Wählern einen energischen Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Zahlenwütige Journalisten errechneten, daß Carter in den dreieinhalb Jahren seines Aufenthalts im Weißen Haus ungefähr 230 seiner Versprechungen nicht eingehalten hat. Dazu gehört auch die Verpflichtung, die organisierte Kriminalität zu bekämpfen. Diese Absicht wurde schon während der Wahlkampagne aufgegeben. Laut „New York Times“ tauschte der Präsidentenkandidat bei einer Wahlkundgebung 1976 einen feierlichen Händedruck mit Anthony Scotto aus. Der Kandidat wußte: Schüttelt man diese Hand dienstfertig genug, so läßt sie einen Goldregen in die Wahlfonds prasseln.

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 13

WÖRTER- UND WORTVERBINDUNGEN

стержневой вопрос	die Hauptaufgabe
специализация и координация производства	die Spezialisierung und Koordinierung der Produktion
наметить меры (для чего?)	Maßnahmen vormerken
экономическая ситуация	die Wirtschaftssituation
научно-техническое сотрудничество	die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
энергетическая проблема	das Energieproblem
сырьевая проблема	das Rohstoffproblem
проблемы слаборазвитости	die Probleme der Unterentwicklung
набирать силы	zu Kräften kommen
заключать соглашение (о чем?) (заключить)	Abkommen schließen
долгосрочное соглашение	das langfristige Abkommen
развивающаяся страна	das Entwicklungsland
иначе и быть не может	anders kann es auch gar nicht sein

Übung 1: Übersetzen Sie folgenden Text:

In Prag stattfand die XXXIV. Sitzung des Rates der Wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Stützpunkt der Sitzung — Entwicklung der Formen der Spezialisierung und Kooperation der Produktion zwischen brüderlichen Ländern in den 80er Jahren. Teilnehmer der Sitzung, analysierend die wirtschaftliche Situation in der Welt des sozialistischen Wirtschaftens, nahmen konkrete Maßnahmen für den Aufschwung der produktiven Kooperation. Rede ging um ihre Verbindung mit dem wissenschaftlich-technischen Zusammenwirken mit dem Ziel des erfolgreichen Lösen der energetischen und Rohstoffprobleme. Besonderes Interesse wurde diesem Thema gewidmet, was die Spezialisierung und Kooperationsentwicklung im Maschinenbau.

In den Rahmen der EWZ wird erfolgreich gelöst und eine dringende Aufgabe für die moderne Welt — das Problem der Unterentwicklung. Länder der EWZ leisten allseitige Unterstützung ihren weniger entwickelten nichteuropäischen Partnern. Erfolgreich verläuft der Prozeß der Industrialisierung in Mongolei und in Kuba, gewinnt die Vjetnam, beseitigt die Folgen der verheerenden Kriege. In der Sitzung wurde bemerkt, daß die Länder der EWZ leisten ökonomische und wissenschaftlich-technische Unterstützung 90 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Sonst und anders nicht möglich, da die Interessen der sozialistischen und sich entwickelnden Staaten im Kampf um den Frieden und den Fortschritt einig sind.

Übung 2: Erklären Sie mit anderen Wörtern die Wortverbindungen:

экономическая ситуация (в стране)
энергетическая проблема
сырьевая проблема
проблема слаборазвитости
последствия войны

Übung 3: Bilden Sie mit den gegebenen Wortverbindungen Sätze:

- | | |
|---------------------|-----------------------------|
| a) острая проблема | б) уделить внимание (чему?) |
| сложная проблема | оказать содействие (кому?) |
| стержневая проблема | наметить меры (для чего?) |

Die Welt hat sich immer in wirtschaftlich schwache und starke Länder eingeteilt. Ich glaube, Ihr System wird kaum etwas daran ändern können. Sind Sie denn solche Altruisten, sich etwas zu versagen, damit andere Ihr Niveau erreichen!

O. LANGMAN
Bern, Schweiz



Es diskutiert
das Mitglied des
NZ-Redaktions-
kollegiums

Irina
TROFIMOWA

Hätten wir uns vor 20 Jahren unterhalten, so hätte ich das Gespräch theoretisch führen müssen. Jetzt ist das nicht nötig. Die Argumente dafür, daß die neuartigen internationalen Beziehungen die Möglichkeit bieten, selbst ein so schwieriges Problem wie die Angleichung des Wirtschaftsniveaus sehr unterschiedlicher Länder zu lösen, haben sich inzwischen in der Praxis bestätigt.

Urteilen Sie selbst. Stellte sich die Spanne in der industriellen Pro-Kopf-Produktion der RGW-Länder Europas in den 50er Jahren maximal mit 1:4,6 dar, so Mitte der 70er Jahre schon mit 1:2; die Spanne in der Arbeitsproduktivität war ebenfalls groß und macht jetzt nur 1:1,7 aus. Der Unterschied im Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung ist nicht größer als 1:1,4. Das industrielle Entwicklungsniveau eines beliebigen Landes wird ziemlich genau durch den Anteil des Maschinenbaus an seinem Export charakterisiert. In Bulgarien war er 1950 gleich null, 1980 aber wird er 50% ausmachen. Folglich liegt im Grunde genommen keine Ursache mehr vor, die RGW-Länder Europas in hoch- und unterentwickelte einzuteilen, wenn sie sich darin auch noch voneinander unterscheiden.

Ich kann Ihnen versichern, daß das schwerer zu erreichen wäre, wenn nicht alle Länder, auch die hochentwickelten, Interesse daran gehabt hätten. Es ist nicht nur Altruismus, sondern auch ein direktes wirtschaftliches Interesse. Bekanntlich liegen die günstigsten Voraussetzungen für eine internationale Arbeitsteilung, auf die sich die sozialistischen Länder ja orientieren, bei einem

relativ ähnlichen Entwicklungsstand der sich integrierenden Staaten vor.

Dabei muß man im Auge haben, daß beim Angleichen der Entwicklung zweier Ländergruppen keineswegs das Nationaleinkommen zwischen ihnen umverteilt zu werden braucht. Die Zunahme des Wirtschaftspotentials jedes Staates beruht vor allem auf der größtmöglichen Nutzung seiner eigenen Ressourcen. Diejenigen, die ihre von früher herrührende Zurückgebliebenheit noch nicht überwunden haben, besitzen besondere Möglichkeiten zum wirtschaftlichen Vorwärtsschreiten. Ich meine den sogenannten Starteffekt. Sie brauchen nicht jedes „Amerika“ selber zu entdecken und nicht jede einzelne Stufe aufwärts zu nehmen, die andere vor ihnen nehmen mußten. Vielmehr können sie sich die neuesten Leistungen des allgemeinen wissenschaftlichen und technischen Fortschritts zunutze machen.

Es versteht sich aber von selbst, daß dabei die internationale Hilfe eine sehr große Rolle spielt. In das Komplexprogramm für die sozialistische Wirtschaftsintegration, das 1971 beschlossen wurde, als die Mongolei schon Mitglied des RGW war, wurde ein spezieller Paragraph über dieses Land hineingenommen. Da heißt es, daß große Investitionen und die Hilfe der anderen RGW-Staaten notwendig sind, damit in der Mongolischen VR ein optimaler Wirtschaftskomplex, noch dazu forciert, geschaffen werden kann. Diese Unterstützung hat verschiedene Formen. Unter Beteiligung der UdSSR und anderer sozialistischer Staaten werden in der Mongolei Industrie- und andere Betriebe gebaut. Sie bekommen zu Vorzugsbedingungen Kredite. Falls nötig, werden Außenhandelspreise für ihre Agrarprodukte und für die Erzeugnisse ihrer ver-

arbeitenden Industrie festgesetzt, die ihre Entwicklung stimulieren.

Ich war mehrmals in der Mongolei und habe mich von der Effektivität dieser Hilfe überzeugen können. Dort entstehen nicht nur Industriestädte und Großbetriebe der Viehzucht und des Ackerbaus. Die Lebensweise der Menschen ändert sich, die früher nichts als ihr Filzzelt und die Steppe kannten. Neue Generationen gebildeter Menschen wachsen auf. Kurz, die Hebung des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus der Mongolei auf den Stand der anderen sozialistischen Länder geht über die eigentliche Wirtschaft hinaus und erfaßt so gut wie alle Lebensbereiche.

Als Kuba und später Vietnam dem RGW beitraten, wurden Maßnahmen zur Beschleunigung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung getroffen, wie sie im Komplexprogramm für die Mongolei festgesetzt wurden. Allmählich werden auch sie sich aktiv in die internationale sozialistische Arbeitsteilung einschalten können. Der Bau von Nickelbetrieben auf Kuba ermöglicht es, den Nickelbedarf der ganzen Ländergemeinschaft zu decken. Vietnam wird die Gewinnung von Kupfer, Bauxiten, Kohle und Erdöl sowie die Lieferung von Kautschuk, Zitrusfrüchten, Heilkräutern usw. steigern.

Wie Sie sehen, Herr Langman, kann man hier schwer einen Trennungsstrich zwischen moralischen und wirtschaftlichen Stimulantien ziehen. Beide werden in dieselbe Waagschale gelegt. Die Positionen der sozialistischen Ländergemeinschaft werden stärker, unser Gleichheitsprinzip — auch in der wirtschaftlichen Entwicklung — wird erhärtet, wenn wir in dieser Hinsicht auch noch nicht das Endziel erreicht haben.



Bitte um Auskunft über die spanische Fremdenlegion.

K. ZEMAITIS

Vilnius, Litauische SSR

Sie wurde 1920 aufgestellt. In den 20er Jahren nahm sie an der Niederwerfung der Freiheitsbewegung in Marokko teil, 1934 an Strafoperationen gegen den antifaschistischen Aufstand der Bergarbeiter Asturiens. 1936 bis 1939 war sie auf Seiten der Puttschisten gegen die spanische Republik im Einsatz.

Um in die Legion aufgenommen zu werden, brauchte man keine Papiere. Das benutzten deklarierte Elemente und Verbrecher, und so bestand die Legion denn zum größten Teil aus solchen.

Jetzt besteht die spanische Fremdenlegion nicht mehr.

Eine Landplage

Die US-Propaganda wird nicht müde, den Bundesbürger daran zu erinnern, daß er den US-Truppen Ruhe und Sicherheit zu verdanken habe. Was aber muß er erleben? Pressemeldungen zufolge wurden in den letzten Monaten in den amerikanischen Garnisonen in Hanau, Geilshausen und Büdingen rund 100 GIs wegen Rauschgifthandels festgenommen. Bei Übungen auf dem Schießplatz Grafenwöhr (Bayern) schossen die US-Artilleristen auf eine nahe Fabrik, wobei mehrere Arbeiter von Granatsplittern verwundet wurden. In Dietldorf brach eine Panik aus, als drei Soldaten mit einem Panzer in den Straßen herumrasten. Die Bevölkerung wird von den amerikanischen Soldaten buchstäblich terrorisiert. Sie rauben, vergewaltigen Frauen und verwunden Leute. Diese Mitteilung der PPA (Progress-Presse-Agentur) kommt der Wahrheit viel näher als das Gerede von Sicherheit.

Hochsaison für Langfinger



In der Touristensaison in Italien haben Einbrecher, Diebe und Betrüger alle Hände voll zu tun. Vorbeisausende Motorradfahrer reißen Passanten ihre Reisetaschen aus den Händen, Damen Perlenketten vom Hals usw. Einem bei rot

haltenden Autotouristen können Wertsachen vom Sitz geraubt und Touristinnen Ohringe von den Ohren gerissen werden. Wer lieber mit der Bahn fährt, kann das im Abteil erleben. Als einmal das Personal eines Bahnhofs streikte, nahmen uniformierte Gauner die Plätze an den Kassenschaltern ein, verkauften flott Fahrkarten und verschwanden mit dem Geld.

Die plaudern nichts aus



Die amerikanische CIA macht seit Jahren streng geheim Experimente mit Robben, Ottern, Hunden und Katzen, um sie darauf abzurichten, Sprengstoff oder Mikrophone an Orte zu bringen, wo Menschen nicht unbemerkt hinkönnen. Davon berichten die „New York Times“ und die „International Herald Tribune“. Diesem Blatt zufolge haben sich Ottern am geeignetsten gezeigt, „weil sie sich sowohl zu Lande als auch im Wasser heimisch fühlen, äußerst intelligent und sehr flink sind“.

Durch Pleiten zum Sieg

Wie soll die Bundesrepublik über Inflation und Arbeitslosigkeit hinwegkommen? Wie eine stabile Wirtschaftslage erreichen? Der Bankier von Bethmann,

Mitglied des CDU-Wirtschaftsrats, hat dafür folgendes Rezept: „Nur durch eine Krise, nur über Pleiten und Entlassungen wird so Stabilität zurückgewonnen. Also soll es bald geschehen.“ Das schreibt er im „Handelsblatt“. Da hätten die Bundesbürger ja schöne Aussichten, wenn die CDU bei den kommenden Wahlen zur Macht käme.

Eine Stimme warnte

Sofort nach dem Kanonenschuß, der die Essenzeit ankündigt, stürzte in Alexandria ein fünfstöckiges Haus ein und begrub unter seinen Trümmern 95 Personen. Nur zwei Familien konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. „Al-Ahram“ (Kairo) schreibt, die Mitglieder hätten gleichzeitig eine warnende Stimme gehört. Die ägyptischen Theologen wollen herausbekommen, ob das nicht Allahs Stimme war. Die Ursache des Einsturzes ist ohne Herumraten klar: Es ist die Minderwertigkeit des Wohnungsbaus, den eine Privatgesellschaft ausführt.

Sie horten schon Kupfer



In den USA werden täglich 60 Mio Kupferpence geprägt, und sie reichen doch nicht. Warum? Experten sagen, weil die Amerikaner das Kleingeld horten, für den Fall, daß Kupfer teuer werden sollte. Da Geschäfte oft nichts zum Herausgeben haben, hat eine Bank angefangen, für je 100 Centmünzen 1,25 Dollar zu zahlen, und hat so schon welche für 10 000 Dollar eingewechselt. Ein Herr brachte im Schubkarren Kupfermünzen für 1200 Dollar an.

Rekorde, Rekorde...



Der neue Weltrekord im Beisammensein mit Giftschlangen ist von dem Engländer Mike Dickson aufgestellt worden. Er hat sich genau zwei Monate in einem Terrarium mit einer Fläche von 8 m² in Gesellschaft von 25 Kobras, schwarzen Mambas und giftigsten südafrikanischen Schlangen aufgehalten. Danach gestand er: „Ich kann von Glück sagen, daß ich heil davongekommen bin.“

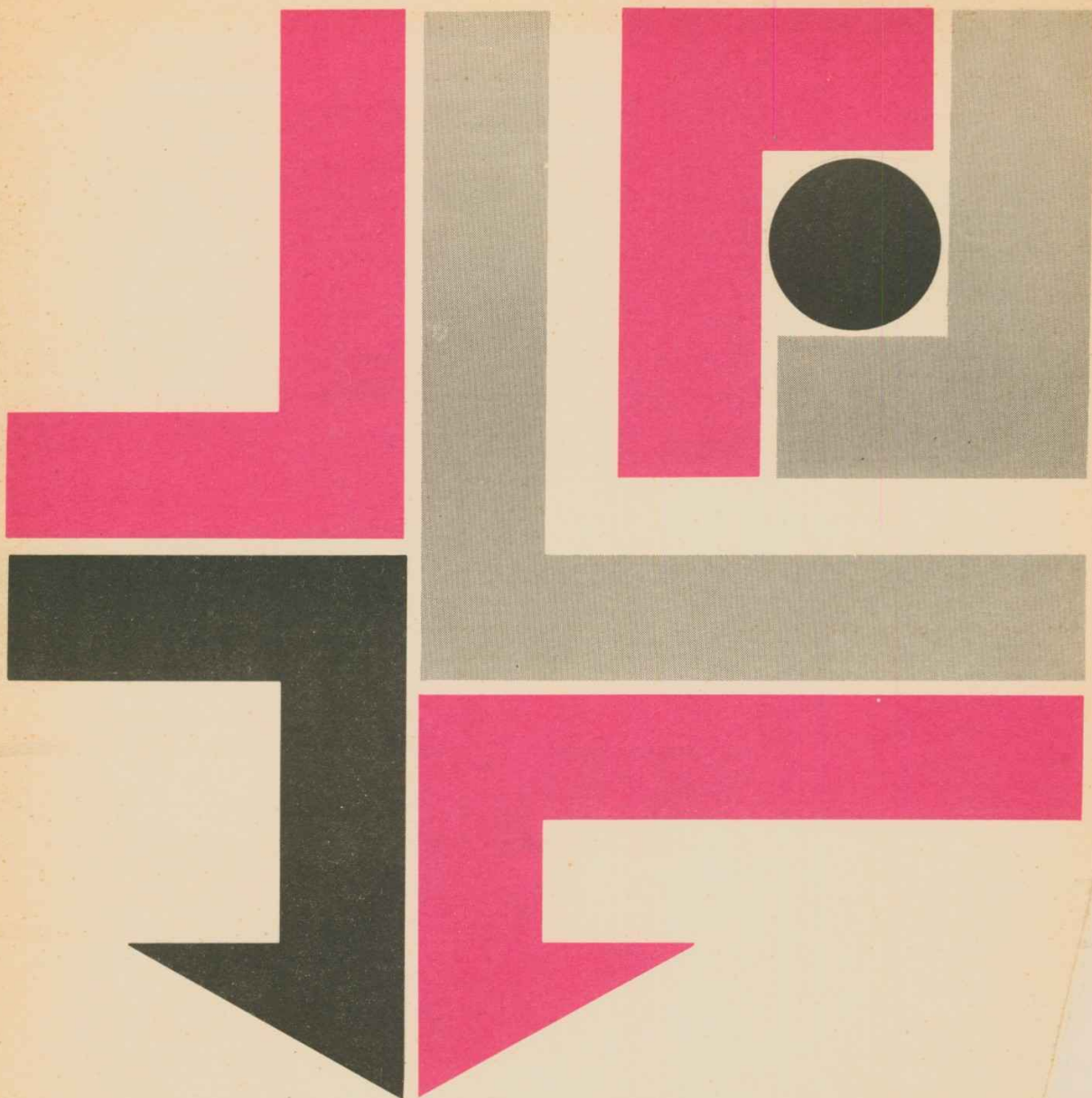
Spät, aber doch

Die Italiener waren baß erstaunt, als es hieß, die Regierung habe angefangen, Leuten Häuser nachzuweisen, die durch ein Erdbeben, das die Stadt Avezzano zerstörte, obdachlos wurden. Das geschah nämlich am 13. Januar 1915, d.h. es hat 65 Jahre gedauert, bis sich der Staat besonnen hat, den Überlebenden des ungeheuer schweren Bebens zu helfen, das 13 000 Menschenleben dahinraffte.

Das verstehe einer!

Die bundesdeutschen Zollbeamten haben auch Polizeibefugnisse. Sie dürfen z. B. an der Grenze Verdächtige festnehmen. Das tun sie auch fleißig und haben es im Wochendurchschnitt auf 400 Verhaftungen gebracht. Das wird in einem Werbeheftchen des Bundesfinanzministeriums mitgeteilt, auf dessen Umschlag als Titel steht: „Gute Fahrt mit dem Zoll!“

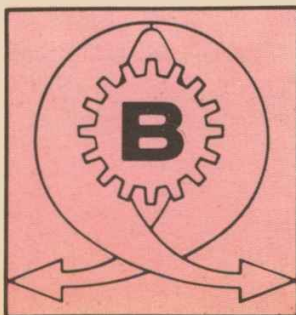
Zeichnungen:
W. Rosanzew



Kooperation, Spezialisierung, Integration —
eine langfristige Aufgabe.
Bei deren Lösung hilft Ihnen die

XXII. INTERNATIONALE MASCHINENBAUMESSE

10. — 18. September 1980
in BRNO Tschechoslowakei



Eingehende Informationen erteilt:
BVV veletrhy a výstavy BRNO,
Výstaviště 1
602 00 Brno Tschechoslowakei
Telefon: 314
Telex: 062294, 062295
Telegrammanschrift:
FAIRBRNO

OLYMPIADE

14159-31 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-7101 PSF-77

Die XXII. Olympiade ist ein Feuerwerk neuer, glänzender Rekorde. Millionen Menschen auf allen Kontinenten warten ungeduldig auf Nachrichten über die Wettbewerbe in Moskau, auf die Namen ihrer Landsleute in der Siegerliste. Die Olympiade täuscht nicht ihre Erwartungen. Jeder Tag bringt Korrekturen der Tabellen von Welt-, Olympia- und Landesrekorden. Nach allgemeiner Ansicht der Olympioniken hat die Geschichte der neuen Olympischen Spiele so hohe Leistungen noch nicht gekannt.

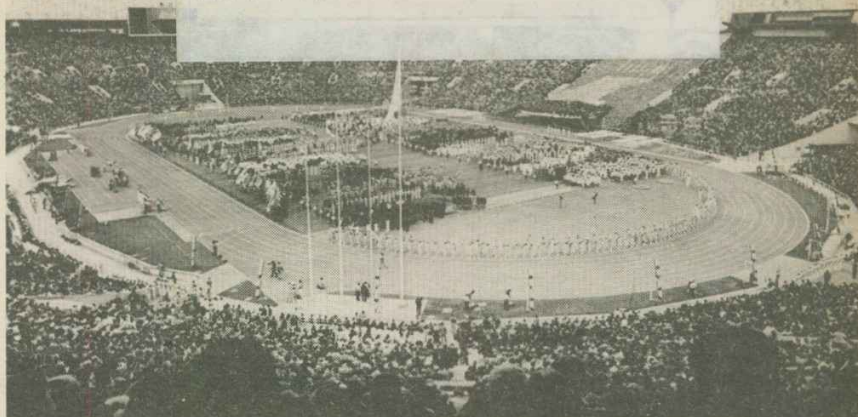
Selbstverständlich werden nicht alle Athleten olympische Medaillen heimbringen. Den Sieg erkämpfen die Stärksten. Aber schon die Teilnahme an diesem weltweiten Fest von Sport, Frieden und Freundschaft ist ein schöner Lohn für die langen Tage von Training und Aufregungen. Der olympische Geist triumphiert

**Den Boxern steht
das Hallenstadion
„Olimpiiski“
zur Verfügung**

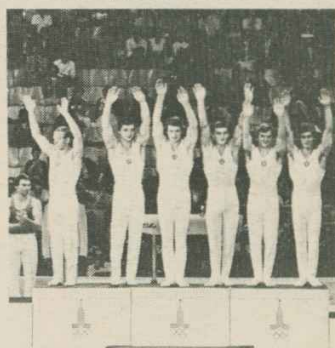
**Feierliche Eröffnung
der Olympiade '80**

**S. Simeonis (Italien)
Siegessprung**

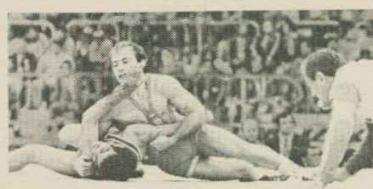
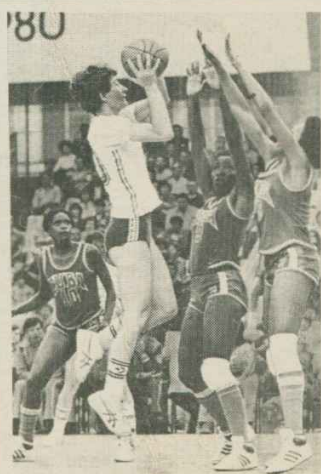
in Moskau. In Stadien, Hallen und Schwimmbecken, beim Rennen und Schießen wetteifern die Sportler unter der inspirierenden Devise: Citius, altius, fortius!



Beim 100-m-
Rückenschwim-
men siegte
B. Baron
(Schweden)



Sowjetische
Gymnasten
auf dem
Ehrenpodium



Wer wen!

Die glückliche
Vier aus der
DDR

Jugoslawinnen
und Kubanerinnen
streiten
um den Sieg

